

8 Tagesordnung

Beginn Tagesordnung: 13.44 Uhr

Bürgermeisterin **Kahr:**

Ich darf Sie bitten, die Tagesordnung zur Hand zu nehmen und möchte mich bei den Klubobleuten bedanken, wieder für die Zusammenschau, damit wir einige Punkte gemeinsam gleich en bloc abstimmen können. Und das sind Folgende in der öffentlichen Tagesordnung: Tagesordnungspunkt 4, 5, 6 und 7 sind alle einstimmig. Tagesordnungspunkt 9 gegen die Stimme von Herrn Gemeinderat Eustacchio, Tagesordnungspunkt 10 ist wieder einstimmig und der Tagesordnungspunkt 12 auf der Nachtrags-Tagesordnung ist ebenso einstimmig, genauso wie die Tagesordnungspunkte 15, 16 und 18. Beim Tagesordnungspunkt 13 gibt es einen Abänderungsantrag von der ÖVP und somit kommen wir schon zum ersten Tagesordnungspunkt.

en bloc:

8.1 Stk.4) A8/4-004197/2014/0386 Adaptierung Remise III

Originaltext des Antrages:

Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Immobilien stellt daher gemäß § 45 Abs 2 Ziffer 6 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl. Nr. 130/1967 i.d.g.F. LGBl. Nr. 77/2024, den

ANTRAG

der Gemeinderat wolle beschließen:

- *Die unentgeltliche Übertragung der im Motivenbericht angeführten ca. 6 m² großen Teilfläche des GST Nr. 2627, KG 63104 Lend, EZ 50000 von der Stadt Graz in das Eigentum der Holding Graz GmbH gemäß beigefügtem Informationsplan des A 10/6 — Stadtvermessungsamtes wird vorbehaltlich des dafür notwendigen Stadtsenatsbeschlusses zur Auflassung dieser Grundstücksfläche aus dem öffentlichen Gut der Stadt Graz genehmigt.*

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

8.2 Stk.5) A8/4-042104/2012-111 Hochwasserschutzprojekt Messendorferbach

Originaltext des Antrages:

Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen, Immobilien sowie Wirtschaft und Tourismus stellt daher gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 6 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl. Nr. 130/67 i.d.g.F. LGBl. Nr. 20/2024, den

Antrag

der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1. Die unentgeltliche Übertragung des GdSt. Nr. 216/1, EZ 1145, KG Graz Stadt-Messendorf im Ausmaß von ca. 3.174 m² aus dem privaten Eigentum der Stadt Graz in das Eigentum der Republik Österreich - Öffentliches Gut - Gewässer, wird genehmigt.*
- 2. Sämtliche mit der Übertragung in Verbindung stehende Kosten, Abgaben und Gebühren gehen zu alleinigen Lasten der Stadt Graz.*
- 3. Die Herstellung der Grundbuchsordnung wird durch die Stadt Graz veranlasst.*

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**8.3 Stk.6) A8-27855/2016/0028
A8-020509/2006/0104**

Städtische Tagesbetreuung Graz GmbH

Originaltext des Antrages:

Im Sinne des vorstehenden Motivenberichts stellt der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Immobilien gemäß § 87 Abs 4 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl Nr 130/1967, idF LGBl. Nr 77/2024, den

Antrag

der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem Vertreter der Stadt Graz in der Städtischen Tagesbetreuung Graz GmbH, Stadtrat Kurt Hohensinner, MBA, wird die Ermächtigung zur Unterfertigung des Umlaufbeschlusses mit folgenden Punkten erteilt:

- 1. Die diesen Beschluss unterfertigende Gesellschafterin der „Städtische Tagesbetreuung Graz GmbH“ erklärt sich mit der Form der schriftlichen Abstimmung im Umlaufweg gem. § 34 GmbHS einverstanden.*
- 2. Genehmigung der Erhöhung des gesicherten Rahmens für die Städtische Tagesbetreuung Graz GmbH von 1.000.000,00 Euro auf 2.000.000,00 Euro.*
- 3. Genehmigung der Anpassung des Annex zum notional Cash Pooling Rahmenvertrag vom 01.07.2024.*

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

8.4 Stk.7) A8-021777/2006/0531

Verkehrsverbund Steiermark

Originaltext des Antrages:

Im Sinne des vorstehenden Motivenberichtes stellt der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Immobilien den

Antrag,

der Gemeinderat wolle gemäß § 45 (2) Ziffer 18 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl 130/1967 in der Fassung LGBl. 77/2024 beschließen:

Genehmigung der beiliegenden und einen integrierenden Bestandteil dieser Beschlussfassung bildenden 4. Zusatzvereinbarung zum Grund- und Finanzierungsvertrag (Guf) für den Verkehrsverbund Steiermark, abzuschließen zwischen der Republik Österreich, dem Land Steiermark, der Stadt Graz sowie der Verkehrsverbund Steiermark GmbH betreffend die Finanzierung und Abwicklung der Wartung, Instandhaltung und Erneuerung der Regiobus-Haltestellen im Stadtgebiet von Graz ab 01.01.2025.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

8.5 Stk.9) A8-115741/2023-80

Gebührenbremse

Originaltext des Antrages:

Antrag,

der Gemeinderat wolle gemäß § 93 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.130/1967 idF LGBl. 77/2024 beschließen:

- 1. Der Auflösung der Rücklage in iHv. 4.878.952,- Euro wird zugestimmt.
Betreffend Zahlungsmittelreserve wird nach Beschlussfassung die ZMR
Auflösung bei der GUF bekanntgegeben. Auf Seiten der Stadt Graz wird eine
Forderung iHv. 4.878.952,- Euro eingebucht.*
- 2. Die Budgetvorsorge im Nicht-LCF 2024 iHv. 4.879.700,- Euro wird beschlossen.
Die budgetäre Verbuchung lt. Punkt 1 und 2 werden in SAP vorgenommen.*

Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen (gegen Eustacchio).

8.6 Stk.10) A8-115741/2023-84

**Budgetvorsorge: Ankauf Liebenauer
Hauptstraße 202**

Originaltext des Antrages:

Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Immobilien stellt daher gemäß § 93 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl. Nr. 130/67 i.d.g.F. LGBl. Nr. 77/2024, den

Antrag

der Gemeinderat wolle beschließen:

öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 19.09.2024

Der Budgetvorsorge in Höhe von insgesamt € 270.000, -- für das Jahr 2024 wird zugestimmt.

Der Finanzierungs- und Ergebnishaushalt 2024 werden wie folgt geändert:

Finanzstelle	Fonds	Finanzposition	Haushaltsprogramm	Beschreibung des HHP/der Fipos	Deckungsring	FVA 2024	EVA 2024
210	840000	1.000000	12103400	Ankauf Liebenauer Hauptstraße 20a/ Bebaute Grundstücke	D.210340	+270.000	
180	840000	2.346000		Investitionsdarlehen		+270.000	

Die Bedeckung von € 270.000, -- für 2024 erfolgt durch eine Umschichtung aus dem Investitionsfonds. Der aktuelle Stand über Höhe und bisherige Verwendung des Investitionsfonds geht aus der Ausschussinformation für den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Immobilien hervor.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

8.7 Stk.12) A8/4-60072/2004-0116

Grenzberichtigungen

Originaltext des Antrages:

Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Immobilien stellt daher gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 5 und 6 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl. Nr. 130/67 i.d.g.F. LGBl. Nr. 20/2024, den

Antrag

der Gemeinderat wolle beschließen:

Der vom Gemeinderat der Stadt Graz am 14.04.2016 beschlossene unentgeltliche Eigentumsübergang des GST Nr. 1016/3, KG Seiersberg vom Land Steiermark in das Öffentliche Gut der Stadt Graz umfasst auch das GST Nr. 651, KG Rudersdorf, inneliegend derzeit noch in EZ 650, KG 63281 Seiersberg.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**8.8 Stk.15) A10/5-001968/2008/0042 Hochwasserschutz Leonhardbach
A8-115740/2023-40**

Originaltext des Antrages:

Der Ausschuss für Verkehr, Stadt- und Grünraumplanung und der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Immobilien stellen daher gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 18 iVm. § 93 Abs. 1 und § 95 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGB1.130/1967 idF LGBI.77/2024 den

Antrag

der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1. Der Projektgenehmigung „Hochwasserschutz Leonhardbach“ in Höhe von € 242.800,- wird für 2024 und 2025 wird erteilt.*

Die Verteilung der Budgetmittel ergibt sich wie folgt:

Jahr	Betrag
2024	10.000,-
2025	232.800,-
Summe	242.800,-

- 2. Der Budgetvorsorge in Höhe von € 10.000,- wird zugestimmt.*

Der Finanzierungs- und Ergebnishaushalt 2024 werden wie folgt geändert:

Finanzstelle	Fonds	Finanzposition	Haushaltsprogramm	Beschreibung des HHP/der Fipos	Deckungsring	FVA 2024	EVA 2024
240	639000	1.069000	12403900	Hochwasserschutz Leonhardbach / AiB kofinanzierte Schutzbauten	D.240390	+ 10.000	
180	639000	2.346000		Investitionsdarlehen		+ 10.000	

Die Budgetmittel iHv. € 232.800,- für das Jahr 2025 werden in SAP auf folgender Budgetstrukturplan-Kombination zur Verfügung gestellt:

Fonds: 639000 / Sachkonto: 1.069000 / D.240390 / HHP 12403900 „Hochwasserschutz Leonhardbach“

Die Bedeckung in Höhe von (10.000,- für 2024 und € 232.800 für 2025 erfolgt durch eine Umschichtung aus dem Investitionsfonds. Der aktuelle Stand über Höhe und bisherige Verwendung des Investitionsfonds geht aus der Ausschussinformation für den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Immobilien hervor.

Die Finanzierung der etwaigen Folgekosten hat aus den jeweiligen LCF der Abteilung für Grünraum und Gewässer zu erfolgen.

3. *Der Abschluss des Finanzierungsvertrages (Anhang A) wird genehmigt.*

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**8.9 Stk.16) A10/BD-118071/2024/0001 Quartierserschließung Reininghaus
A8-115740/2023-42**

Originaltext des Antrages:

Der Ausschuss für Verkehr, Stadt- und Grünraumplanung und der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Immobilien stellen daher gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 5 iVm. § 93 Abs. 1 und § 95 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.130/1967 idF LGBl.77/2024 den

Antrag,

der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1. Die Projektgenehmigung „Südbahnstraße neu“ in Höhe von insgesamt € 2.307.000, -- wird wie folgt erteilt:*

Jahr	Betrag
2024	150.000, --
2025	1.900.000, --
2026	257.000, --
Summe	2.307.000, --

- 2. Der Budgetvorsorge über € 150.000, -- für 2024 wird zugestimmt.*

Der Finanzierungs- und Ergebnishaushalt 2024 werden wie folgt geändert:

Finanzstelle	Fonds	Finanzposition	Haushaltsprogramm	Beschreibung des HHP/der Fipos	Deckungsring	FVA 2024	EVA 2024
220	612000	1.060000	12204580	Südbahnstraße neu / Im Bau befindliche Grundstückseinrichtungen	D.220458	+150.000	
180	612000	2.346000		Investitionsdarlehen		+150.000	

Die Budgetmittel iHv. € 1.900.000, -- für das Jahr 2025 und € 257.000, -- für das Jahr 2026 werden in SAP auf folgender Budgetstrukturplan-Kombination zur Verfügung gestellt:

Fonds: 612000 / Sachkonto: 1.060000 / D.220458 / HHP 12204580 „Südbahnstraße neu“

Die Bedeckung in Höhe von € 150.000, -- für 2024, € 1.900.000, -- für 2025 und € 257.000, -- für 2026 erfolgt durch eine Umschichtung aus dem Investitionsfonds. Der aktuelle Stand über Höhe und bisherige Verwendung des Investitionsfonds geht aus der Ausschussinformation für den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Immobilien hervor.

Die Finanzierung etwaiger Folgekosten erfolgt über die jeweiligen SLA-Vereinbarungen.

- 3. Der Bericht bzw. die darin beschriebenen Ausbaumaßnahmen werden zustimmend zur Kenntnis genommen.*
- 4. Die Stadtbaudirektion wird unter Einbeziehung der betroffenen Magistratsabteilungen mit der Projektleitung des Gesamtprojektes bevollmächtigt.*

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**8.10 Stk.18) A8-115740/2023-48
ABI-038451/2003/131**

Schulsozialarbeit

Originaltext des Antrages:

Der Ausschuss für Bildung, Sport, Jugend und Familie sowie der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Immobilien stellen daher gemäß § 95 Statut der Landeshauptstadt Graz 1967 idF LGBl. Nr. 77/2024 den

ANTRAG,

der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Projektgenehmigung „Schulsozialarbeit“ in Höhe von € 347.909-- für die Jahre 2024 und 2025 wird wie folgt erteilt:

Jahr	Betrag
2024	139.200,--
2025	208.700,--
Summe	347.900,--

Die Bedeckung erfolgt zur Gänze aus dem LCF der Abteilung für Bildung und Integration, Finanzstelle 340 / Fonds 212000 / Fipos. 1.728.000 / HHP 23400030 / Deckungsring D.340021 / MR 371008549.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Ich darf Herrn Gemeinderat Lenartitsch um die Berichterstattung Umbenennung Julia-Pongracic-Straße, und ich darf den Vorsitz an Herrn Stadtrat Eber übergeben.

Vorsitzwechsel – StR. Eber übernimmt den Vorsitz (13.47 Uhr).

8.11 Stk.1) A10/6-045786/2024/004

Umbenennung Julia-Pongracic-Straße

(Berichterstatter: GR Lenartitsch, SPÖ)

Gemeinderat **Lenartitsch**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, hoher Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher zu Hause und hier im Saal.

Das erste Stück, was wir heute auf der Tagesordnung behandeln, ist die Umbenennung der Dr.-Hans-Kloepfer-Straße in die Julia-Pongracic-Straße. Wir alle wissen und haben uns auch hier im Gemeinderat dazu bekannt, Straßen oder Plätze, die einen belasteten Namen haben, zu ändern. Dieser Name eben von Dr. Hans Kloepfer, oder eben diese Straße, wurde eben auch auserkoren von der Expertenkommission ihn abzuändern.

Wer diese Straße nicht kennt oder nicht weiß, wo sie ist, sie ist eine relativ kleine Straße. Sprich, die Änderung, die dort vorgenommen wird für die Bewohner, das betrifft genau 29 Bewohner, acht Adressen und laut der Wirtschaftskammer die Information, dass auch keine Betriebe dort angesiedelt sind. Wie wir es auch gemeinsam beschlossen haben, werden die Bewohner für die Unannehmlichkeiten, dass sie eine neue Adresse haben, werden sie unterstützt und auch mit Graz-Gutscheinen dementsprechend versorgt.

Jetzt gehe ich ein bisschen in die Geschichte ein, wer war die Julia Pongracic. Es war keine Unbekannte, es war eine Widerstandskämpferin, sie war Rechtsanwältin und sie

hat einfach in unserer schweren geschichtlichen Zeit sich eingesetzt für Demokratie und für die Gerechtigkeit. Leider ist sie allerdings, wie viele andere, auch in diesen Kriegsjahren, nämlich am 4. April 1945, verstorben. Zum Gedenken an sie, an diese außergewöhnliche, mutige und sozialdemokratische Widerstandskämpferin, wird diese Straße benannt. Es war bei uns im Ausschuss leider nicht einstimmig, ich hoffe aber, dass vielleicht heute bei der Entscheidung hier mitabzustimmen eine Einstimmigkeit vorhanden ist, da es uns, glaube ich, uns Gemeinderätinnen und Gemeinderäten sehr wichtig ist, unsere Stadt auch dementsprechend, wie soll man das sagen, sauberer zu machen von vorbelastenden Namen und das ist mitunter einer. Ich bitte um Annahme dieses Stücks. Danke.

Originaltext des Antrages:

Der Ausschuss für Verkehr, Stadt- und Grünraumplanung stellt daher gemäß § 45 Abs 2 Z 19 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl. Nr. 130/1967, zuletzt in der Fassung LGBl. Nr. 118/2021 den

Antrag,

der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1.) Die derzeit bestehende Dr.-Hans-Kloepfer-Straße, bestehend aus Teilen der Grundstücke 271/2 und 271/3, KG 63109 Baierdorf, wird mit 01. November 2024 umbenannt in

Julia-Pongracic-Straße*
- 2.) Die Erstellung der Texte für die Erläuterungstafel und der Langfassung erfolgt durch das Kulturamt.*
- 3.) Die Beschaffung und Anbringung der Benennungs- und Erläuterungstafeln erfolgt durch die Holding Graz - Kommunale Dienstleistungen GmbH Spartenbereich Stadtraum.*

Stadtrat **Eber**:

Danke für die Berichterstattung, gibt es dazu Wortmeldungen? Frau Kollegin Unger und dann der Kollege Eustacchio.

Gemeinderätin **Unger**:

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Vorsitzender, das Thema der Umbenennung von Straßennamen beschäftigt uns seit Jahren und deswegen möchte ich vorausschicken, erstens einmal die Historikerkommission legt nicht fest, dass Straßen umbenannt werden sollen, das einmal nur zur Korrektheit, sondern die legt fest, welche Namen belastet sind. Und auch darauf möchte ich hinweisen, belastet und nicht belastend. Ich habe den Eindruck, dass in der Diskussion diese Dinge ab und zu verwechselt werden, es ist vielleicht ganz gut, sich da entsprechend wirklich auch auf das zu konzentrieren.

Ich möchte vorausschicken, wir haben eine klare Haltung, nämlich die Kontextualisierung von belasteten Namen, aus dem einfachen Grund, dass Bewusstseinsbildung und Kenntnis über die Geschichte und Persönlichkeit eine ganz wichtige Voraussetzung dafür ist, eben entsprechend mit extremen, extremistischen Neigungen umzugehen und sich auch zur Wehr zu setzen. Wir sind der Meinung, dass die ausgewählte Person, nämlich die Frau Julia Pongracic, durchaus natürlich eine verdiente Persönlichkeit ist, die auch in der Stadt Graz gewürdigt werden soll. Aber ich möchte, nachdem zu ihrer Person bereits einige biographische Daten genannt worden sind, auch ganz kurz anhand des Herrn Kloepfer ausführen, warum eine differenzierte Herangehensweise einfach von großer Bedeutung ist.

Ich weiß nicht, ob sich viele mit dem Herrn Kloepfer konkret beschäftigt haben in der Vorbereitung auf dieses Stück, aber ich gehe einfach einmal davon aus, dass das getan wurde und dass deswegen allgemein bekannt ist, dass er einerseits ein Arzt war, andererseits natürlich ein Nazi. Also er war auch sehr früh Mitglied der NSDAP, was selbstverständlich abzulehnen ist. Er hat sich zugleich für russische Kriegsgefangene eingesetzt. Ich nehme an, die einen oder anderen kennen auch das Gedicht „Der Ruß“

von ihm. Das alles soll jetzt nicht beschönigen, dass er einer schrecklichen Ideologie anheimgefallen ist und sich dafür interessiert und auch engagiert hat. Aber ich möchte darauf hinaus, dass es oft darauf ankommt, gerade diese Schnittstellen, wo Dinge kippen können, wo Menschen sich verleiten lassen, wo die Gefahren sind, warum entsprechende Ideologien überhaupt Zulauf bekommen. Das ist ganz wichtig in einer Zeit, wo wir ständig die Demokratie verteidigen. Wo ganz viele Projekte sind, wo wir uns diesem Thema widmen, ist es wichtig, dass wir diese Bewusstseinsbildung haben. Aus diesem Grund, das haben wir schon an anderer Stelle öfter ausgeführt, sind wir für die Kontextualisierung. Auch dazu gab es übrigens einmal ursprünglich einen gültigen Gemeinderatsbeschluss, auch entsprechende Umsetzungen, die bereits weit gediehen waren, die auch viel Geld gekostet haben. Aus diesem Grund sind wir selbstverständlich dafür, vielen verdienten Persönlichkeiten, vor allem Frauen in der Stadt Graz, Platz und auch Sichtbarkeit zu geben. Das möchte ich ausdrücklich betonen. Aber auch unsere Haltung, dass Kontextualisierung einfach wichtig ist, um das Verständnis, Geschichtsbewusstsein und vor allem den Effekt zu erzielen, dass möglichst viele Leute sich gegen Extremismus zur Wehr setzen, bewusst sind und auch aufstehen, sehen wir so besser umgesetzt.

Danke vielmals.

Stadtrat **Eber**:

Danke schön zu Wort gemeldet ist Herr Gemeinderat Eustacchio.

Gemeinderat **Eustacchio**:

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren der Stadtregierung, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, sehr geehrte Zuhörer hier im Saal und zu Hause, sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung.

Eine Umbenennung von Straßennamen sehe ich als völlig ungeeignet an, um Bewusstsein zu schaffen. Meine Vorrednerin, Frau Gemeinderätin Unger, hat das

schon ausgeführt. Das ist, glaube ich, sehr gut, überhaupt Straßen zu erläutern, zu erklären, weil ich glaube, dass viele Menschen in dieser Stadt überhaupt nicht wissen, warum dieser Straßenzug, diese Gasse benannt worden ist oder nach wem benannt worden ist. Das ist auch ein Auftrag, in der Historie zurückzugehen.

Was den Herrn Dr. Hans Kloepfer anbelangt, darf ich ein wenig zurückgehen und über sein Werden und sein Werk erzählen. Ich glaube nicht, dass sich wirklich viele Damen und Herren, die hier für diese Umbenennung sind, mit diesem Thema und mit dieser Person auseinandergesetzt haben.

Dr. Hans Kloepfer, geboren 1867, gestorben 1944, Arzt, Werksarzt der Alpine Montangesellschaft in Köflach, Distriktsarzt, Bahnarzt, Schularzt, Klosterarzt, Gestütsarzt, Hausarzt, Armenarzt, wissenschaftlicher Schriftsteller historischer und landeskundlicher Arbeiten, Dichter, Erzählungen aus seinem Lebens- und Arbeitsmilieu, Gedichte in hochdeutscher Sprache und weststeirischer Mundart. Bedeutendster steirischen Mundartdichter nach Peter Rosegger.

Man sollte in Rechnung stellen, welche Bedeutung Kloepfer als Arzt, Literat und Wissenschaftler hatte. Man sollte in Rechnung stellen, wie viele arme Bauern, Arbeiter und Bergleute Dr. Knöpfel, wie sie ihn in der Weststeiermark nannten, gratis behandelte. Im Übrigen Arbeiter sozialistischer Orientierung, kommunistischer Orientierung, das war für ihn einerlei. Man sollte in Rechnung stellen, wie viele poetische Werke in steirischer Mundart er schuf, gerade auch im Geist eines damals nicht immer selbstverständlichen Humanismus. Ein ergreifendes Beispiel, du hast es schon erwähnt: Der Ruß. Bitte einmal lesen - hilft.

Die Steirische Ärztekammer widmete sich dem Wirken Dr. Kloepfers in der Ausgabe der Ärztekammer-Zeitung Steiermark im Oktober und im November 2021 und im Mai 2022. Die Abhandlung über Kloepfer wurde vom Mediziner und Medizinhistoriker Dr. Harald Salfellner vollzogen. Was schreibt er denn über den Kloepfer? Dr. Kloepfer scheint in den Quellen als gütiger, bescheidener, hilfsbereiter und humorvoller Mensch, der über alle Parteigrenzen hinweg beliebt war. In seinen Werken zeigte er immer Verständnis für das brüchige und bedrohte Leben der Arbeiter und Kleinbauern. Er spendete großzügig, wenn Not am Mann war, und er behandelte die Ärmsten ohne

Honorar. Ein hartherziger Chauvinismus oder ein feindselig hasserfüllter Ton findet sich weder in seinen Werken noch in seinen Briefen. Mit dem Gedicht, schon erwähnt, „Der Ruß“, hat Kloepfer den milden, liebenswürdigen Kriegsgefangenen gezeichnet. Was ist das Besondere an diesem Gedicht? Als Kloepfer dieses Gedicht 1915 oder 1916 - man weiß es nicht genau - schrieb, waren bereits weit über eine Million Österreicher an der russischen Front gestorben. Trotzdem verfasste er dieses Lied, mitten im Ersten Weltkrieg, über den gefangenen Russen und zeigte damit die Absurdität des Krieges auf. Der warmherzig gezeichnete Fremde steigt mit einem steirischen Buben, der auf ihn aufpassen sollte, zum Zahnreisen nach Eibiswald hinab und trägt dann am Abend den müde gewordenen Knaben behutsam wieder heim. Sowas inmitten eines Weltkrieges über den Gegner zu veröffentlichen, dazu gehört Mut und persönliche Größe. Und meine Damen und Herren, Sie reduzieren diesen Menschen, diesen großartigen Menschen aus der Weststeiermark, auf eine Mitgliedschaft in einer Partei, die ohne Zweifel verboten gehört, die Grausiges angestellt hat, wo wir heute wissen, wie falsch es war. Er war ein Kind seiner Zeit und was Sie hier heute machen, ist beschämend und letztlich pietätlos.

Stadtrat **Eber**:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Herr Gemeinderat Ammerer, bitte.

Gemeinderat **Ammerer**:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuseher:innen. Ja, um diese Kloepfer-Huldigung noch etwas zu differenzieren, weil dafür sind wir ja da, wir haben ja gesagt, wir werden differenzieren, lassen Sie mich einmal die nicht so schönen Ecken seines Lebenslaufes erläutern.

Hans Kloepfer war eines der ganz, ganz frühen Mitglieder der NSDAP. Er war illegaler Nationalsozialist, er ist nicht einfach mitgeschwommen und war ein Kind seiner Zeit.

Nein, er war ein führendes Mitglied des Bundes Deutscher Schriftsteller in Österreich,

einer illegalen nationalsozialistischen Vorfeldorganisation, die den Anschluss propagandistisch vorangetrieben hat. Dafür wurde er auch von den Nationalsozialisten nach Berlin in die Reichsschau geholt und mit Geld und Preisen überhäuft. Er hat sich verdient gemacht im Nationalsozialismus. So viel dazu, er wäre bloß ein Kind seiner Zeit, nein, er war ein Vorreiter im Nationalsozialismus, ein Propagandist.

Und ja, selbstverständlich hat Hans Kloepfer auch Wohltätigkeit gezeigt, niemand bestreitet das. Wissen Sie was, der Lagerkommandant von Auschwitz hat seinen Kindern jede Nacht Gute-Nacht-Küsse gegeben, war ein sehr freundlicher Familienmensch. Ändert nichts an dem, was er sonst getan hat, und beim Kloepfer ist es ähnlich. Seine Wohltätigkeit ist kein Grund zu ignorieren, dass er den Nationalsozialismus in Österreich vorangetrieben hat, und zwar als einer der vordersten. So viel dazu, wer Hans Kloepfer war und wissen Sie, ich bin auch ein Freund von Kontextualisierungen, aber eine Straßenbenennung ist nicht nur ein Stück Geschichte, sondern eine Ehrung, und wenn man jetzt kontextualisiert, wir wollen ja nicht alle Straßen, wo es irgendeine Problematik in der Biografie gegeben hat, umbenennen. Nein, wir stehen auch hinter den Zusatztafeln, aber es gibt eine Liste von etwa 20 schwerst belasteten Straßennamen und da wollen wir sehr wohl ansetzen. Weil was passiert, wenn man eine schwerst belastete Straße mit einem Zusatzschild kontextualisiert? Dann macht man nur transparent, dass die Stadt Graz noch immer einen Nationalsozialisten ehrt. Wir wollen diese Ehrung abschaffen, weil Nazis sind ehrenlos.

Stadtrat **Eber**:

Weitere Wortmeldungen? Wenn das nicht der Fall ist, kommen wir zum Schlusswort.

Gemeinderat **Lenartitsch**:

Es wird keine Einstimmigkeit stattfinden, so viel habe ich und die Leute, die uns im Livestream zuschauen, jetzt dann mitbekommen, wer hinter welcher Ideologie nach

wie vor steht. Für mich ist es einfach nur traurig, wenn wir als Stadt, als Gemeinderat hier nicht zusammenstehen können. Aber es wird sich wahrscheinlich eine breite Mehrheit bilden, damit wir auch dieses Stück Geschichte abhaken können. Ich kann es nicht besser sagen, wie es der Herr Tristan Ammerer gesagt hat: Was alles diese Person auch getan hat, man muss sich immer bitte alles anschauen und nicht nur das, was ich sehen möchte. Ich bitte trotzdem um weiterhin breite Zustimmung.

Stadtrat **Eber**:

Sachliche Berichtigung? Passt, bitte. Zur Geschäftsordnung jedenfalls.

Gemeinderätin **Unger**:

Ich möchte mich dezidiert dagegen verwehren, dass hier gesagt wird, dass es gewisse Leute gibt, sofern ich mitgemeint war, die noch immer dieser Ideologie nachhängen oder wie auch immer das jetzt genau formuliert war. Das möchte ich bitte zurückweisen. Diese Formulierung trifft auf die ÖVP in keinem Fall zu, sondern es geht uns rein um die Kontextualisierung und die ordentliche Aufarbeitung.

Stadtrat **Eber**:

So, wir kommen zur Abstimmung. Wer diesem Antrag auf Umbenennung zustimmt, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe. Danke, damit ist der Antrag angenommen.

Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen (gegen ÖVP, KFG, FPÖ, Eustacchio).

Wir kommen zum nächsten Punkt: Bebauungsplan Puchstraße. Auch hier
Berichterstatter Lenartitsch.

**8.12 Stk.2) A14-044538/2018/0037 17.20.1 Bebauungsplan „Puchstraße -
Puntigamer Straße - Herrgottwiesgasse“,
1. Änderung**

(Berichterstatter: GR Lenartitsch, SPÖ)

Gemeinderat **Lenartitsch:**

Herzlichen Dank, werter Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, liebe Zuseher:innen zu Hause und hier. Das nächste Stück, was ich vortragen darf, ist eine Änderung eines Bebauungsplanes, und zwar ist das der in dem Bereich Puchstraße – Puntigamer Straße – Herrgottwiesgasse. Falls Sie es sich vor Augen führen wollen, das ist das Gebiet rund um das ehemalige Ackern-Grundstück, wo auch jetzt das Rote Kreuz schon heftig baut und seine neue Landeszentrale errichtet. Hier gibt es im rechten oberen Bereich einen kleinen Grünstreifen, der damals eingerichtet wurde, und weil sich die Besitzer bzw. die Eigentumsverhältnisse geändert haben wurde gebeten, dass dieser Grünstreifen jetzt nicht mehr durch das Grundstück durchgeht, sondern verlegt wird, an den Rand des Grundstücks und das ist im Großen und Ganzen die Änderung dieses Stücks. Ich möchte nur dazusagen, dass dieser Bebauungsplan aus der vorigen Periode stammt, also 2020, wo man sich schon Gedanken darüber gemacht hat, wie man die Stadt verändern möchte. Jetzt natürlich aufgrund neuer Besitzverhältnisse einfach nur dieser Grünstreifen verändert werden soll. Ich bitte daher um breite Annahme, damit wir auch diesen Bebauungsplan, beziehungsweise die Änderung dieses Bebauungsplanes, weiterbearbeiten können. Danke.

Originaltext des Antrages:

Der Ausschuss für Verkehr, Stadt- und Grünraumplanung stellt daher gemäß § 63 Abs. 2 Stmk. ROG 2010 den

Antrag,

der Gemeinderat wolle beschließen:

1. *den 17.20.1 Bebauungsplan „Puchstraße - Puntigamer Straße - Herrgottwiesgasse“, 1. Änderung bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht.*

Stadtrat **Eber**:

Gibt es eine Wortmeldung? Herr Gemeinderat Georg Topf.

Gemeinderat **Topf**:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, hohe Stadtregierung, werte Zuhörer:innen und Zuseher via Livestream.

Selbstverständlich werden wir diesem Antrag zustimmen. Ich habe noch gestern auch im Ausschuss ganz klar dargelegt, dass die Verkehrsprognose, die für das Ackern-Grundstück seinerzeit hier erstellt wurde, natürlich immer evaluiert und entsprechend nachgezogen, wenn ich das so sagen darf, werden muss. Denn wir haben schon gemerkt, dass die Annahme für den Bereich des Roten Kreuzes den seinerzeitigen Annahmen nicht mehr gerecht wird. Das heißt, wir müssen auf jeden Fall sehr umsichtig, das sage ich bewusst so, schauen, in welcher Form sich das Ackern-Grundstück weiterentwickelt, welche Nutzungen dort stattfinden. Vielleicht gibt es Nutzungen, die weniger Verkehr sozusagen generieren, dann kann man das wieder ausgleichen mit dem jetzt größer werdenden Verkehr im Bereich des Roten Kreuzes, aber ich bitte darum, dass wir gemeinsam wirklich bei den Nutzungsänderungen, die ja laufend auf uns zukommen werden, so gehe ich einmal davon aus, beim Ackern-Grundstück wir auf jeden Fall immer wieder die seinerzeitigen Annahmen der Verkehrsprognose anschauen, damit wir nicht dort dann etwas erleben, was viele Anrainerinnen und Anrainern dort befürchten, nämlich einen Verkehrskollaps, der zum Teil ja auch schon in der Puchstraße hier zu befürchten beziehungsweise auch

tagtäglich zu erleben ist. Also ständige Begleitung der Entwicklung des Ackern-Grundstückes, was das Verkehrsaufkommen betrifft, das scheint mir sehr wichtig zu sein. Und das habe ich auch gestern jetzt unabhängig davon, dass wir zustimmen, unabhängig auch zu Protokoll gegeben eben im entsprechenden Planungsausschusses.

Stadtrat **Eber**:

Danke für die Anregung. Gibt es weitere Wortmeldungen? Wenn nicht, dann bitte zum Schlusswort. Auf das wird verzichtet. Dann kommen wir schon zur Abstimmung. Wer dieser Bebauungsplanänderung zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe ist somit einstimmig angenommen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Bebauungsplan Triester Straße 17.26.0. Frau Gemeinderätin Würz-Stalder ist Berichterstatterin.

8.13 Stk.3) A14-083620/2020/0064

**17.26.0 Bebauungsplan „Triester
Straße - Mälzerweg - Feldkirchner
Weg“**

(Berichterstatterin: GRⁱⁿ Würz-Stalder, Grüne)

Gemeinderätin **Würz-Stalder**:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, werte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen und liebe Zuseher:innen hier und am Livestream. Ich darf den Bebauungsplan 17.26.0 vorstellen, Triester Straße – Mälzerweg – Feldkirchner Weg im 17. Bezirk – Katastralgemeinde Rudersdorf.

Am 23. Mai 2019 ersuchte ein Eigentümer oder der Eigentümer der Liegenschaft 81 sowie 85/1, 85/2, 171/5, und 171/9 um die Erstellung eines Bebauungsplanes. Das Planungsgebiet ist ein ungewöhnliches Planungsgebiet für einen Bebauungsentwurf, es spannt sich zwischen der Triester Straße und Feldkirchner Weg auf, führt bis fast zur Stadtgrenze und weist eine Fläche von 65.520 m² auf. Es ist also ein sehr schmales Stück, entlang der Triester Straße am Rande des Gemeindegebiets. Gemäß des 4.0 Stadtentwicklungskonzeptes für den gegenständlichen Bereich ist Industrie und Gewerbe gemäß §16 im STEK 4.0 mit einer infrastrukturellen Erschließung und die Verbesserung dieser vorgesehen. Gemäß 4.0 Flächenwidmungsplan der Landeshauptstadt Graz ist ein nördlicher und überwiegender Bereich als Nutzungsüberlagerung Kerngebiet mit Gewerbegebiet mit Einkaufszentren Ausschluss vorgesehen mit einer Dichte von 0,5 bis 1 und ein kleiner Teil im Süden als reines Gewerbegebiet mit der ebenfalls selben Dichtenausweisung. Insgesamt ist der Bereich laut Flächenwidmungsplan auch als Sanierungsgebiet Lärm ausgewiesen.

Vom Stadtplanungsamt wurde mit allen betroffenen Abteilungen in Absprache, aber auch mit der Baubezirksleitung des Steirischen Zentralraumes abgestimmt, ein Bebauungsplan erarbeitet. Die Zielsetzungen dabei des räumlichen Leitbildes sind der Erhalt und die Schaffung der charakteristischen straßenraumbildenden und überwiegend geschlossenen Bebauung entlang der Grazer Einfahrtstraßen, dem sozusagen wird mit einer geschlossenen Bebauung entlang der Triester Straße entsprochen. Es geht aber auch um die Attraktivierung des Straßenraumes für den nicht motorisierten Verkehr und die Schaffung von Aufenthaltsmöglichkeiten. Gegebenenfalls abrückend durch Bebauung zugunsten einer Qualitätssteigerung. Es ist auch vorgesehen, die Erhöhung des Durchgrünungsgrades des Straßenraumes mit beispielsweise Baumstreifen beziehungsweise ergänzenden Baumpflanzungen. Im Bebauungsplan wird dem entsprochen mit insgesamt fünf zusätzlichen Durchwegungen für Fußgänger und Radfahrer:innen zwischen Triester Straße und Feldkirchner Weg, die den Abstand von 150 Metern nicht überschreiten. Flächen entlang der Triester Straße werden zur Errichtung eines Gehweges und eines Radweges mit einer Baumreihe vorgesehen. Entlang des Feldkirchner Weges wird eine

10m breite Zone als Grünstreifen mit Baumpflanzungen vorgesehen, die einen Abstand zur Bebauung herstellt, der westlichen Bebauung.

Im Verfahren kam es zu einer ersten Entwurfsauflage. Der Ausschuss für Verkehr wurde im März 2023 darüber informiert. Es gab eine Kundmachung darüber, die grundbücherlichen Eigentümer:innen im Planungsgebiet wurden angehört und der Bebauungsplan wurde von der Zeit 13. April bis 15. Juni 2023 zur allgemeinen Einsichtnahme aufgelegt. Eine öffentliche Informationsveranstaltung fand ebenfalls statt, und zwar am 23. Mai 2023. Die Folge auf diese Auflage waren 28 Einwendungen und es wurden etliche Änderungen gegenüber der ersten Auflage im Entwurf festgelegt. Es kam dementsprechend zu einer zweiten Auflage.

Im Zuge der Einwendungsbearbeitungen zur ersten Auflage gab es Anpassungen im Planwerk hinsichtlich von Baugrenzlinien. Meist ging es dabei um die Berücksichtigung von schützenswerten Bäumen. Bei zwei Bäumen wurde die Unterschutzstellung zurückgestellt. Der eine Baum wurde schon Opfer eines Sturmschadens, der andere war beschädigt. Drei Achsen der Durchwegung wurden hinsichtlich zusammengehöriger Grundstücke abgeändert beziehungsweise versetzt. In der Verordnung gab es auch geänderte Aussagen zur Höhenentwicklung, zum Hellbezugswert und den mindestens zu erhaltenem unterbautem Boden. Im Erläuterungsbericht wurde auch korrigiert, dass die Bebauungsdichte gemäß FLÄWI 4.0 nicht überschritten werden kann. Die von der Änderung jeweilig betroffenen Anrainer:innen wurden unter Berücksichtigung einer Frist von zwei Wochen zur Übermittlung von Einwendungen angehört. Dazu kamen keine Einwendungen mehr. Der Bebauungsplan wurde nun in die zweite Auflage gebracht. Darüber wurde der Ausschuss am 14. Februar 2024 informiert. Die Eigentümer:innen wurden ebenfalls angehört. Der Bebauungsplan lag über neun Wochen auf und am 29. Februar fand eine Bebauungsplan-Präsentation statt. Ich glaube, da irre ich mich gerade, ja, jedenfalls fand sie statt. Ich war selbst dabei und habe auch dort schon erfahren dürfen, dass es weitere Einwendungen gab, die sich durchaus auch oftmals mit den Einwendungen in der ersten Auflage sozusagen deckten. Es sind 14 Einwendungen eingebracht worden und es ist nochmals wegen einer Unterschutzstellung eines Baumes, eines zusätzlichen

Baumes auch nochmal der Planwerk angeglichen worden. Zur Anhörung selbst wurden keine Einwendungen eingebracht. Ich stelle daher nun den

Antrag

im Namen des Ausschusses für Verkehr, Stadt- und Grünraumplanung:

Der Gemeinderat wolle beschließen erstens den 17.26.0 Bebauungsplan „Triester Straße - Mälzerweg - Feldkirchner Weg“, bestehend aus dem Wortlaut der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht und zweitens den Einwendungserledigungen zu beschließen.

Ich bitte um breite Annahme.

Originaltext des Antrages:

Der Ausschuss für Verkehr, Stadt- und Grünraumplanung stellt daher gemäß § 63 Abs. 2 Stmk. ROG 2010 den

Antrag,

der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1. den 17.26.0 Bebauungsplan „Triester Straße - Mälzerweg - Feldkirchner Weg“, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht, und*
- 2. den Einwendungserledigungen.*

Stadtrat **Eber**:

Danke für die Berichterstattung. Wortmeldungen? Herr Gemeinderat Topf.

Gemeinderat Topf:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, kurze Anmerkung und Ausführung, wieso wir diesem Bebauungsplan nicht zustimmen werden. Mit mehrmaliger Konfrontation hätte ich bald gesagt, aber Diskussion mit Grundeigentümern und Versuche, diese Durchwegungen, die alle 150 Meter, so wie es die Berichterstatterin richtig gesagt hat, zu begründen, habe ich mir das noch einmal genau im Detail angeschaut. Wir haben tatsächlich also alle 150 Meter - der gesamte Abschnitt ist in etwa einen Kilometer lang - Durchwegungen vom Feldkirchner Weg in die Triester Straße und es ist interessant, dass insbesondere im Bereich Mälzerweg zur Feldkirchner Straße es dort nie einen Radweg geben wird in der Triester Straße. Also das hat für mich keinen Sinn, eine Durchwegung zu machen, auf eine Straße hin, wenn am Feldkirchner Weg ohnedies einen Radweg habe und in der Triester Straße wird nie ein Radweg gebaut werden, jedenfalls in diesem Bereich, den ich jetzt angesprochen habe. Es gibt allerdings einen Stichradweg, sage ich, Richtung Süden zur Stadtgrenze beziehungsweise Gemeindegrenze Feldkirchen. Dort ist auch zu sehen, dass auch vom Süden kommend nie ein Anschluss an diese Stichstraße, diesen Radweg, erfolgen wird, weil natürlich Feldkirchen präferiert den Radweg über die Rudersdorfer Straße, Feldkirchner Straße zu führen. Das heißt, auch von Süden kommend wird nie ein durchgehender Radweg in der Triester Straße sein. Also für mich ist es nach wie vor und auch für die betroffenen Grundeigentümer nach wie vor nicht nachvollziehbar, wieso man Durchwegungen macht, wenn dort eh kein Radweg stattfindet.

Dann habe ich mir natürlich überlegt, ja, vielleicht gibt es dort attraktive Geschäfte, dass man zumindest zu Fuß von der Feldkirchner Straße oder aus dem angrenzenden östlichen Siedlungsbereich auf die Triester Straße kommt. Siehe da, es gibt dort keine Geschäfte, es gibt ein Einkaufszentrum, ein Kleines im Bereich der Grenzgasse. Dieses Einkaufszentrum kann man ohne Weiteres über die Feldkirchner Straße erreichen, weil dort ja die einzige Möglichkeit auch ist, entsprechend gesichert mit einer Ampel die Triester Straße zu überqueren.

Dann war natürlich von meiner Seite auch die Frage, gibt es dort einen ÖV. Natürlich gibt es dort einen Regionalbus, der jetzt Gott sei Dank in einem engeren Intervall

geführt wird. Das ist auch ausführlich gestern dargestellt worden. Nur diese Haltestelle kann ich ohne Weiteres über den Feldkirchner Weg erreichen, also überhaupt kein Problem. Die meisten, die ich dort befragt habe, fahren sowieso mit der Linie 80. Ich sage das nur dazu, damit man weiß, es gibt aus meiner Sicht nach wie vor keine Begründung, wieso man jetzt wirklich alle 150 Meter eine Durchwegung macht. Es war gestern auch die Aussage auf meine Frage hin, wieso macht man das. Man macht jetzt, ich sage es ein bisschen salopp, alle 150 Meter Durchwegungen, auch wenn der Bedarf möglicherweise, so wie im konkreten Fall, nicht vorhanden ist. Also die Grundeigentümer, die dadurch jetzt beeinträchtigt und sozusagen auch in Anspruch genommen werden müssen, verstehen die Situation nicht, auch nicht, weil es keine entsprechende Begründung dafür gibt, außer man macht halt alle 150 Meter eine Durchwegung.

Stadtrat **Eber**:

Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Herr Gemeinderat Kozina-Voit, bitte.

Gemeinderat **Kozina-Voit**:

Lieber Kollege Topf, wir haben es ja gestern im Ausschuss auch diskutiert und der Stadtplanungschef hat das damit auch begründet, dass er gesagt hat, naja, wir haben das festgelegt. Wir haben das im Mobilitätsplan für 2020 schon festgelegt, das heißt weit davor, irgendwann im Jahr 2013, glaube ich, ist der beschlossen worden, wir wollen eine Stadt der kurzen Wege haben. Da geht es gar nicht so sehr um einen Radverkehr, sondern in erster Linie einmal um den Fußverkehr. Wenn man sich das Gebiet dort anschaut, hinter dem Feldkirchner Weg, hat man auch eine viel Bessere Durchwegung, dort hat man das faktisch eigentlich schon, dass da überall zwischen den Grundstücken sozusagen auch durchkommt. Davor kommt man zurzeit einfach über einen relativ langen Abschnitt nicht zur Triester Straße. Jetzt ist es natürlich so, wie Sie auch gesagt haben, zurzeit gibt es dort auch nicht viel, warum man dort jetzt

unbedingt hinwill. Aber das sagt ja eben genau der Bebauungsplan, es soll dort eine Erdgeschosszone entsprechen ausgerichtet werden, das heißt da wird dann zum Beispiel ein Supermarkt unten drinnen sein und dann geht es einfach darum, dass ich zu Fuß auch sehr schnell diesen Supermarkt erreiche und nicht fünf Minuten um einen Block rennen muss, um den Supermarkt zu erreichen, den ich sonst vielleicht in einer Minute oder in einer halben Minute erreiche, wenn ich da durch diese Durchwegung gehe. Also das ist so die Grundidee und das ist aus meiner Sicht sehr wichtig, dass wir da auch wirklich über die Bebauungspläne etwas machen können für den Fußverkehr. Das ist ja über andere Maßnahmen gar nicht so leicht, aber die Bebauungspläne spielen da doch eine sehr wesentliche Rolle.

Das andere ist natürlich der Radverkehr. Die Triester Straße an sich ist als Hauptachse geplant, es ist im Masterplan Radoffensive auch so drinnen. Es gibt natürlich da jetzt verschiedene Abschnitte. Dort unmittelbar ist zurzeit noch kein Radweg angrenzend, aber eben auch, wie man es in vielen anderen Straßen macht, wenn schon gebaut wird dort, dann hält man einmal den entsprechenden Platz frei, um dann perspektivisch irgendwann auch eine gute Radverkehrsachse zu haben. Also auch das ist einen Schritt in die Zukunft gedacht und insofern glaube ich, dass da die zuständigen Abteilungen eine sehr gute und sehr weitblickende Arbeit geleistet haben. Danke.

Stadtrat **Eber**:

Danke. Wenn es keine weiteren Wortmeldungen gibt, bitte ich um das Schlusswort.

Gemeinderätin **Würz-Stalder**:

Ich möchte hier schon noch ein Schlusswort halten. Wir haben ja gestern schon die Argumente auch gehört, lieber Georg. Also mein Zugang ist, da schon noch einmal zu betonen, dass das durchaus nachvollziehbar ist, dass die Grundeigentümer:innen dort wenig Verständnis haben, weil sie sind, und das, was du erwähnt hast, bezieht sich vor allem auf die jetzige Situation, so ein Bebauungsplan ist aber auch in 20 oder 30 Jahren

noch wirksam und diese Perspektive ist besonders in diesem Bebauungsplan wichtig, dass man das weiß. Deshalb habe ich das auch so genau erläutert, dass eben Stadtentwicklungskonzept genau dieser Bereich ausgewiesen ist als Gewerbe- und Industriezone, überlagert mit Kerngebiet, die sozusagen auch eine infrastrukturelle Aufgabe übernehmen soll. Das ist jetzt nicht sozusagen für die einzelnen Parzellen dort, sondern für das Umfeld, das vor allem nach Osten hin sich entwickeln wird. Da können wir davon ausgehen, dass sich das dort auch noch verdichten wird, das Wohnen. Sonst wäre die Übung sinnlos, sozusagen den Straßenbereich abzuschotten, indem man dort eine geschlossene Bebauung macht. Das macht dann Sinn, wenn ich dort das nutze, um den dahinterliegenden Bereich auch vor Lärm zu schützen, zum einen, und auch Angebote zu generieren, wo die Menschen hingehen können, um die Bedürfnisse des täglichen Bedarfs auch zu erfüllen. In Zuge dessen ist es natürlich schon wichtig, Durchwegungen, Fußgänger:innen- und Radfahrwegen zu entsprechen. Ich habe mir dann so gedacht gestern, es ist schon interessant. Wir hatten ja kürzlich heftigste Diskussionen im Innenstadtbereich, wo es darum ging, dass 25 oder 30 Meter zwischen dem Hauseingang und einem sozusagen entsprechenden Parkplatz nicht vertretbar wären für den motorisierten Verkehr und für die Verbindung zwischen Bewohner:innen und motorisiertem Verkehr. Wird dann nicht mit zweierlei Maß gemessen, dass man sozusagen Menschen, die dort leben und in Zukunft vielleicht dorthin einkaufen gehen. Jetzt gibt es noch keine Geschäfte, aber wenn ich da entlang die Stadt hineinfahre, dann glaube ich nicht, dass diese Einfamilienhäuser die nächsten...also in 50 Jahren wird das hoffentlich anders aussehen, was im Übrigen auch eine Wertsteigerung für diese Gebäude bedeutet, weil niemand wird dort wohnen wollen an dieser Straße, an dieser Einfahrtstraße. Und du selbst hast das erwähnt, es wird vermehrt dort Verkehr fließen. Das ist auch eine ausgewiesene Verkehrsstraße für den motorisierten Verkehr, die ist ganz wichtig. Also die Idee, dass dort irgendwann einmal der Verkehr weniger wird und das Idyll „Ich wohne im Grünen“, mehr wieder sozusagen zum Tragen kommt, dem, glaube ich, muss man eine Absage erteilen.

Insofern, der Zustand ist ja jetzt, offensichtlich sind die Menschen auch zufrieden dort mit dem Jetztzustand. Der ändert sich ja nur dann, wenn Interesse besteht, sozusagen hier eine Änderung vorzusehen. Soweit zu dieser Sachlage und den Einwendungen. Ich habe das auch selbst den Betroffenen bei der Bürgerinformationsveranstaltung versucht zu erklären.

Ich hoffe dennoch um breite Zustimmung.

Stadtrat **Eber**:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe. Das ist somit angenommen, gegen die Stimmen der ÖVP, der KFG und der FPÖ.

Zwischenruf

Und NEOS.

Stadtrat **Eber**:

Und NEOS, Entschuldigung.

Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen (gegen ÖVP, KFG, NEOS, FPÖ).

Mitteilen muss ich, dass der Gemeinderat Ammerer aus gesundheitlichen Gründen die Sitzung jetzt verlässt. Gute Besserung, alles Gute und wir kommen zum Tagesordnungspunkt 8. Berichtstatter, machst du das? Berichterstattung Herr Gemeinderat Kozina-Voit.

**8.14 Stk.8) A10/8-059003/2024/0003
A8-115740/2023-43**

**Haltestellenausbau und Zuzahlung
Landesstraßenausbau**

(Berichterstatter: GR Kozina-Voit, Grüne)

Gemeinderat **Kozina-Voit:**

Liebe Alle, wir wollen, dass die Menschen den öffentlichen Verkehr mehr nutzen. Da ist die Geschwindigkeit der öffentlichen Verkehrsmittel entscheidend, da ist wichtig, dass es dann Busspuren gibt, dass vielleicht auch die Haltestellen intelligent platziert sind im Bereich der Kreuzungen. Da ist aber auch der Komfort sehr wichtig. Da spielen Haltestellen eine noch wichtigere Rolle. Da geht es darum, dass man Wartehäuschen hat, einen Schutz vor Sonne, Regen, Schnee, dass man entsprechende Flächen hat, wo man auch stehen kann, auch warten kann, dass auch der sichere Zugang gewährleistet ist, dass man über die Straße kommt, dass man zu Fuß zur Haltestelle gut hinkommt. Es geht aber auch um eine gewisse Symbolkraft. Wenn eine Haltestelle gut ausgebaut ist, zeigt das, dass der Stadt der öffentliche Verkehr etwas wert ist. Wir haben andere Beispiele, wenn man zum Beispiel an die Elisabethstraße denkt. Da sind eine Zeit lang jetzt einfach an manchen Stellen nur Tafeln gestanden und es war nicht einmal ein Bankerl oder sonst etwas daneben. Das ist das genaue Gegenteil und dort wird ja auch zurzeit gerade umgebaut. Und es geht auch darum, das Liniennetz kontinuierlich weiterzuentwickeln. Auch das ist in dem Stück mit drinnen. Der 62er ist ja schon verlängert worden vor einiger Zeit zur Wirtschaftskammer beziehungsweise zum WIFI. Es wird die Endhaltestelle des 31ers in absehbarer Zeit verlegt in Richtung der Harter Straße und es soll auch die Linie 67 in Zukunft anders fahren. Es soll eben Richtung Kasernenstraße-Liebenau fahren, nicht mehr Richtung Zentralfriedhof. Also da gibt es einige Änderungen und natürlich bedingt das alles auch, dass man umbauen muss, dass man auch entsprechende Haltestellen umbauen, ausbauen muss. Konkret geht es jetzt in dem Stück um einige Haltestellen im Bereich der Landesstraßen und einige im Bereich der Gemeindestraßen. Konkret sind es zwei in der Kärntnerstraße oder entlang der Kärntnerstraße. Das sind die, die eben vom Land

gebaut, geplant werden, wo die Stadt 50 Prozent der Gesamtkosten tragen muss und das Land eben die anderen 50 Prozent. Da geht es einmal um den Umbau der Kreuzung, die Erweiterung der Busspuren und der Haltestellen im Bereich der Kärntnerstraße-Kapellenwirt. Es geht einmal um den Umbau der Kreuzung, die Erweiterung der Busspur stadtauswärts im Bereich Kärntnerstraße – Straßganger Straße. Wer die Kreuzungen kennt, der weiß, dass dort einiges an Verbesserungspotential ist. Es gibt dann einige Gemeindestraßen, ebenfalls Großteils im Süden oder Südwesten der Stadt, wo eben ein Ausbau passieren soll. Konkret im Bereich der Bauernfeldstraße, dort wird zurzeit auch ein Wohngebäude errichtet. Da geht es um den Ausbau der Fußgängerübergänge, der beiden Bushaltestellen und der Gehsteige im Kreuzungsbereich mit der Karl-Morre-Straße. Es geht um diese Endhaltestellen, die ich schon angesprochen habe, einmal im Bereich der Dr. Renner-Schule in Liebenau für die Buslinien 34, 34E und dann eben auch 67 im Bereich Eduard-Keil-Gasse. Da müssen Schulgrundflächen an das öffentliche Gut der Stadt Graz abgetreten werden. Es geht um die Bushaltestellen bei der Doktor-Plochl-Straße für dieselben Linien an der Kreuzung Kasernstraße, Doktor-Plochl-Straße. Es geht um die neue Endhaltestelle Harter Straße eben im Bereich der Straßganger Straße und es geht dann auch, was ich schon gesagt habe, um die Endhaltestelle beim WIFI, Wirtschaftskammer, die ist ja schon errichtet worden und ist jetzt aber auch nachträglich in diesem Stück drinnen, weil das von der Holding vorfinanziert worden ist. Last but not least geht es auch um den Jakominiplatz. Auch dort ist Verbesserungspotenzial, speziell was die Erreichung der Haltestellen im westlichen Bereich betrifft, also dort, wo 32er, 33er, 67E sind vorm Sorger in diesem Bereich. Also da soll ein behindertengerechter Fußgängerübergang errichtet werden zur Verbesserung der Barrierefreiheit. Diese städtischen Projekte werden eben dann von der Holding Graz abgewickelt. Das Ganze kostet insgesamt € 2.918.000,00, davon € 870.000,00 für die Ausbauten entlang der Landesstraßen und € 2.048.000,00 für die Ausbauten entlang der Gemeindestraßen. Es ist im Bericht drinnen, wie sich diese Mittel über die Jahre verteilen.

Deshalb stellt der Ausschuss für Verkehr, Stadt- und Grünraumplanung gemeinsam mit dem Ausschuss für Finanzen, Beteiligung und Immobilien den

Antrag,

der Gemeinderat wolle beschließen:

Erstens, die Projektgenehmigung Haltestellenausbau, Landesstraßenausbau in der Höhe von € 2.918.000,00 wird zugestimmt.

Zweitens, der Budgetvorsorge in der Höhe von € 290.000,00 wird zugestimmt, wo aufgelistet ist, wie sich dann entsprechend Finanzierungs- und Ergebnishaushalt verändern.

Die Bedeckung erfolgt dann für die Jahre 2024 bis 2027, das ist der Zeitraum, in dem das dann eben umgesetzt werden soll, durch eine Umschichtung aus dem Investitionsfonds.

Ich darf um Diskussion und Annahme des Stücks bitten.

Originaltext des Antrages:

Der Ausschuss für Verkehr, Stadt- und Grünraumplanung und der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Immobilien stellen daher gemäß § 45 Abs. 2Z. 5 iVm § 93 Abs. 1 und § 95 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl 130/1967 in der Fassung LGBl. Nr 77/2024 den

Antrag

Der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1. Der Projektgenehmigung „Haltestellenausbau, Landesstraßenausbau“ in Höhe von € 2.918.000,- wird zugestimmt.*

Die Mittel verteilen sich wie folgt:

Verteilung	Summe	2024	2025	2026	2027
Abt. f. Verkehrsplanung	870.000,-		70.000,-	400.000,-	400.000,-
Holding Graz	2.048.000,-	290.000,-	1.458.000,-	300.000,-	
Summe	2.918.000,-	290.000,-	1.528.000,-	700.000,-	400.000,-

2. Der Budgetvorsorge in Höhe von € 290.000,- wird zugestimmt.

Der Finanzierungs- und Ergebnishaushalt 2024 werden wie folgt geändert:

Finanzstelle	Fonds	Finanzposition	Haushaltsprogramm	Beschreibung des HHP/der Fipos	Deckungsring	FVA 2024	EVA 2024
260	612000	1.080000	12603870	Haltestellenausbau, Landesstraßenausbau / Beteiligungen an verbundenen Unternehmen	D.260387	+ 290.000	
180	612000	2.346000		Investitionsdarlehen		+ 290.000	

Die Budgetmittel iHv. € 70.000,- für das Jahr 2025, € 400.000,- für das Jahr 2026 und € 400.000,- für das Jahr 2027 werden in SAP auf folgender Budgetstrukturplan-Kombination zur Verfügung gestellt: Fonds: 612000 / Sachkonto: 1.060000 / D.260387 / HHP 12603870 „Haltestellenausbau, Landesstraßenausbau“

Die Budgetmittel iHv. € 1.458.000,- für das Jahr 2025 und € 300.000,- für das Jahr 2026 werden in SAP auf folgender Budgetstrukturplan-Kombination zur Verfügung gestellt: Fonds: 612000 / Sachkonto: 1.080000 / D.260387 / HHP 126038370 „Haltestellenausbau, Landesstraßenausbau“

Über den Betrag in Höhe von € 2.048.000,- erfolgen Auszahlungen der Abteilung für Verkehrsplanung an die Holding Graz lt. folgender Jahresverteilung:

	Summe	2024	2025	2026
Holding Graz	2.048.000,-	290.000,-	1.458.000,-	300.000,-

Die Bedeckung der Gesamtsumme in Höhe von € 2.918.000,- für 2024-2027 erfolgt durch eine Umschichtung aus dem Investitionsfonds. Der aktuelle Stand über Höhe und bisherige Verwendung des Investitionsfonds geht aus der Ausschussinformation für den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Immobilien hervor.

Stadtrat **Eber**:

Danke für die Berichterstattung, gibt es dazu Wortmeldungen? Ich sehe keine, dann kommen wir zur Abstimmung würde ich vorschlagen, oder ist ein Schlusswort gewünscht?

Gemeinderat **Kozina-Voit**:

Ich glaube, es waren ein paar interessante Informationen auch dabei.

Stadtrat **Eber**:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer diesem Stück Haltestellenausbau die Zustimmung gibt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe. Das ist somit einstimmig angenommen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 11. Kollege Gemeinderat Luttenberger zur Novelle der Unfallfürsorgesatzung.

8.15 Stk.11) Präs.118164/2024/0001

Novelle der Unfallfürsorgesatzung;

(Berichterstatter: GR Luttenberger, KPÖ)

Gemeinderat **Luttenberger**:

Sehr geehrte Damen und Herren, werte Stadtregierung oder werte Teile der Stadtregierung, sagen wir das so. Mein Stück wird ja relativ kurz sein, da es ja große

Übereinstimmung gibt, schon in der Vorarbeit. Es geht um die Novellierung der Fürsorge der Krankenfürsorgesatzung der Stadt Graz. Lange Rede, kurzer Sinn: Es soll, wenn es Beschwerden gibt, wie zum Beispiel ob jetzt im KFA-Ausschuss oder bei Entscheidungen des Stadtsenats, auch im Krankenfürsorgeausschuss, wenn es Beschwerden gibt, die abgewiesen werden, soll es künftig statt einem dreiteiligen einen zweiteiligen Instanzenzug geben, der analog zum Land Steiermark komplettiert ist. Also machen wir in dem Sinne nur eine Angleichung an das Land. Das wurde auch schon im Landesgesetzblatt angekündigt. Soweit mir bekannt ist, ist das auch in den diversen Gremien einstimmig zur Kenntnis genommen worden in der Stadt Graz.

Also bleibt mir eigentlich nur übrig, den

Antrag

zu stellen. Der Gemeinderat wolle nach § 37a Abs. 6 der Dienst- und Gehaltsordnung der Beamten der Landeshauptstadt Graz gemäß Landesgesetzblatt Fassung 75/2024 beschließen:

Erstens, der § 11 der Unfallfürsorgesatzung entfällt mit Wirksamkeit 09.07.2024 und zweitens, der in der Anlage angeschlossene Entwurf dieser Novelle der Unfallfürsorgesatzung wird genehmigt.

Ich habe das sehr zusammengezogen, aber ich glaube schon, dass verstanden worden ist, was ich sagen wollte. Ich bitte um Abstimmung.

Originaltext des Antrages:

Der Stadtsenat stellt daher den

Antrag,

der Gemeinderat wolle nach § 37a Abs. 6 der Dienst- und Gehaltsordnung der Beamten der Landeshauptstadt Graz 1956 LGBl. Nr. 30/1957, zuletzt in der Fassung LGBl. Nr. 75/2024 beschließen:

- *§ 11 der Unfallfürsorgesatzung entfällt mit Wirksamkeit 09.07.2024.*

- *Der in der Anlage angeschlossene und einen integrierenden Bestandteil dieses Berichtes bildenden Entwurf einer Novelle der Unfallfürsorgesatzung wird genehmigt.*

Stadtrat **Eber**:

Danke, wenn es keine Wortmeldungen gibt, wie ich sehe, dann kommen wir gleich zur Abstimmung. Wer zustimmt, bitte um ein Zeichen. Danke, Gegenprobe. Ist ebenso einstimmig angenommen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Nächster Tagesordnungspunkt ist 13. - Voranschlag 2024, Kollege Hackenberger.

8.16 Stk.13) A8-115685/2023-10

Voranschlag 2024

(Berichterstatter: GR Hackenberger, Grüne)

Gemeinderat **Hackenberger**:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Stadtregierung, sehr geehrte Zuseher und Zuhörer. Wir in der Stadt Graz sind, wie auch fast alle anderen Gemeinden und Städte in Österreich, mit wirtschaftlichen Themen befasst, die im öffentlichen Bereich dadurch gekennzeichnet sind, dass die Einnahmen der Gemeinden und Städte geringer werden und die Ausgaben, speziell die Pflichtausgaben, vor allem für Soziales, deutlich ansteigen. Das ist eine Folge, wie jeder weiß, der sich verändernden Wirtschaftslage, wenn die Arbeitslosigkeit höher wird, wenn hohe Inflation herrscht, dann sind die Einkommen niedriger, die verfügbaren Ausgabemöglichkeiten vermindern sich und

damit vermindern sich auch unsere Einnahmen, die sich ja primär einerseits durch die Ertragsanteile, die wir aus den allgemeinen Steuern, Bundesteuern beziehen, und auf der anderen Seite aus den eigenen Steuern und Gebühren, Kommunal-, Grundsteuer, zusammensetzen. Wir hatten, wie Ihnen ja bekannt ist, in den letzten Monaten, schon fast Jahren, drei oder vier hintereinander folgende Prognosen der Ertragsanteile seitens des Finanzamtes, die immer wieder eine Herabstufung zur Folge hatten, sodass wir nunmehr bei einem Punkt angelangt sind, wo die Prognose € 8.000.000,00 für 2024 unter dem Budgetwert liegt. Auf der anderen Seite müssen wir damit leben, dass die Kommunal- und Grundsteuer in Summe etwa € 2.000.000,00 geringer sein wird als die Budgetwerte. Das ist jetzt die Einnahmenseite.

Zu erwähnen ist noch, dass wir für das Jahr 2024 bisher nicht budgetierbare € 18.000.000,00, aus dem Zukunftsfond bekommen. Das konnte bisher deshalb nicht budgetiert werden, weil die Zahlen nicht klar waren.

Auf der Ausgabenseite haben wir mit einem gesetzlichen Sozial-, Kinder-, Jugend- und Behindertenaufwand zu kämpfen, der vermutlich, voraussichtlich derzeit mit € 56.000.000,00 höher sein wird wie seinerzeit budgetiert. Die € 56.000.000,00 muss man nicht als fixe Budgetzahl nehmen, weil ca. € 21.000.000,00 davon werden wir nächstes Jahr von der Landesreform vom Land Steiermark zurückbekommen, weil die Akkontierungen für diese Pflichtleistungen eben ca. € 21.000.000,00 zu gering gewesen sind und erst als Anlass der Endabrechnung nachgezahlt werden. Das hat in Summe zur Folge, dass aufgrund der sich aus dem Statut ergebenden Verpflichtungen wir in unserem Budget Änderungen vornehmen müssen, was mit dem gegenständlichen Antrag passiert. Ich betone nochmals, dass wir sowohl was die Einnahmen als auch die Ausgabenseite anbetrifft, es nicht mit Kür-Ausgaben zu tun haben, sondern mit Pflichtleistungen, das heißt mit Leistungen, die wir auf der Ausgabenseite tätigen müssen, aufgrund einer Rechtspflicht und der Einnahmenseite haben wir keine rechtlichen Möglichkeiten, die Einnahmen zu erhöhen.

Ich will gleich einen kurzen Vorgriff auf den Abänderungsantrag der Grazer Volkspartei machen. Wenn dort ausgeführt wird, dass ja ohnehin auf einem Sparbuch der Frau

Bürgermeisterin € 17.400.000,00 liegen und man die noch verwenden könnte, ist das naja eine sehr matte Milchmädchenrechnung, weil sich natürlich weder im operativen Saldo noch am Kassenstand dadurch eine Änderung ergeben würde, wenn man diese € 17.400.000,00 oder welchem Teil immer davon hernehmen würde und für diese zusätzlichen Ausgaben einsetzen würde. Denn es wäre nur ein Hin- und Herräumen von einer Tasche in die andere, ob ich entsprechend mehr Verbindlichkeiten und dafür auf der anderen Seite ein Guthaben habe oder kein Guthaben und höhere und dafür niedrigere Verbindlichkeiten, das ist eine völlig neutrale Geschichte, da ändert sich genau 0, es ist ein Nullsummenspiel. Und der Vorwurf, dass man erneut ein Budget nachschärfen müsse und uns der Vorgang inzwischen schon zur Genüge bekannt sein sollte, der ist wohl damit zurückzuweisen, dass sich, und das kann niemand ernstlich bestreiten, die Rahmenbedingungen deutlich geändert haben und es geradezu eine Verpflichtung der Politik und der zuständigen Verantwortlichkeiten in einer Gebietskörperschaft ist, dass wenn sich die Rahmenbedingungen ändern, darauf reagiert werden muss. Würde man das nicht tun und zuwarten, bis man den Jahresabschluss erstellt, wäre das wohl mehr als unprofessionell, wenn man dann irgendwann aus Anlass des Jahresabschlusses feststellt, dass € 20.000.000,00 fehlen. Der heutige

Antrag

richtet sich darauf, die Budgetveränderung gemäß der Beilage 1 zu diesem Gemeinderatsstück mögen beschlossen werden und die bis dahin erfassten Budgetsperrern bis dahin mögen aufgehoben werden. Die Auszahlungen und Aufwendungen werden in Summe umsaliert € 44.653.600,00 und die Einzahlungen umsaliert € 6.840.100,00 erhöht. Die sich daraus ergebende Verschlechterung im operativen Saldo 2024 sollte durch die diversen Rückersätze im Jahr 2025 wieder ausgeglichen und die städtische Kassenkredit-Obergrenze somit nur zwischenzeitig belastet werden.

Ich ersuche Sie um breite Zustimmung zu diesem Antrag.

Originaltext des Antrages:

Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Immobilien stellt daher gemäß § 93 Statut der Landeshauptstadt Graz 1967 idF LGBl. Nr. 20/2024 iVm mit § 32 der Grazer Haushaltsordnung den

Antrag,

der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Budgetveränderungen gemäß Beilage 1 werden beschlossen und die bis dahin erfassten Budgetsperren im SAP wieder aufgehoben. Die Auszahlungen/Aufwendungen werden in Summe um saldiert € 44.653.600 und die Einzahlungen um saldiert € 6.840.100 erhöht; die sich daraus ergebende Verschlechterung im operativen Saldo 2024 sollte durch die diversen Rückersätze im Jahr 2025 wieder ausgeglichen und die städtische Kassenkreditobergrenze somit nur zwischenzeitlich belastet werden.

Die LCF der diversen Abteilungen verändern sich somit wie folgt:

LCF-Bereich	LCF-Kürzung
K.100LCF	- 200.000
K.102LCF	- 300.000
K.120LCF	- 200.000
K.140LCF	- 100.000
K.150LCF	- 2.400.000
K.151LCF	- 900.000
K.152LCF	- 50.000
K.160LCF	550.000
K.161LCF	- 80.000
K.170LCF	- 200.000
K.171LCF	- 280.000
K.172LCF	- 40.000
K.180LCF	- 50.000
K.200LCF	- 50.000
K.210LCF	- 1.360.000

öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 19.09.2024

K.220LCF	-	200.000
K.230LCF	-	150.000
K.250LCF	-	70.000
K.270LCF	-	300.000
K.280LCF	-	150.000
K.290LCF	-	320.000
K.300LCF	-	150.000
K.320LCF	-	200.000
K.340LCF	-	430.000
K.341LCF	-	141.700
Gesamtergebnis	-	7.771.700

Stadtrat **Eber**:

Danke für den Bericht. Die Zuschauerreihen haben sich bereits etwas gelichtet, umso mehr freut es mich, einen alten Bekannten, wenn ich das so sagen darf, und geschätzten Bekannten, den früheren Bezirksvorsteher begrüßen zu dürfen. Herzlich Willkommen. Zu Wort gemeldet hat sich Frau Clubobfrau Anna Hopper.

Clubobfrau **Hopper**:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Kollegen der Stadtregierung, zugegeben, es klingt noch etwas ungewohnt, aber ich werde versuchen, das möglichst schnell abzulegen und freue mich, dass ich in dieser neuen Funktion heute hier stehen darf. Während ich mich freue, dass ich hier stehen darf, ist das Thema nichts anderes als bedauerlich. Wieder einmal dürfen wir hier stehen und zu wiederholten Male ein Budget adaptieren und das ist ja nicht so, das wissen wir alle hier, aber vielleicht für die, die sich gerade in den Livestream hineinklicken und sich das genauer anschauen, das passiert nicht zum ersten Mal. Es hat bis jetzt kein einziges Jahr gegeben, in dem wir das hier nicht tun mussten, seit diese Koalition die Verantwortung für die Stadt hat. Ich sage das bewusst hier nicht super polemisch oder in einer Stimmlage, die vielleicht fragwürdig ist, sondern das ist ein Faktum und ich mag das auch nicht sagen, um politisches Kleingeld zu wechseln, sondern viel mehr darauf aufmerksam machen und

an die Koalitionsparteien appellieren, dass bitte zukünftig auf jene gehört werden sollte, die schon vorab vor solchen Situationen warnen.

Und jetzt meine ich in allererster Linie hier nicht uns, die wir zwar auch darauf aufmerksam gemacht haben, das möchte ich schon erwähnt haben, sondern die Verwaltung. Kollege Hackenberger hat schon ausgeführt, dass ein wesentlicher Grund für diesen Beschluss heute die Tatsache wäre, dass sich die Ertragsanteile so verschlechtert hätten und das stimmt zwar de facto, aber gleichzeitig allerdings, und das ist jetzt nicht so breit ausgeführt worden, ist es auch so, dass die Stadt über den Finanzausgleich € 18.750.000,00 bekommt. Das heißt von Seiten anderer Gebietskörperschaften, hier nun eigentlich mehr Geld zur Verfügung steht, das es gilt vernünftig hier einzuplanen. Ich werde das später noch einmal kurz aufnehmen, zuvor vielleicht noch ganz kurz zur Frage, woher dieser Fehlbetrag eigentlich kommt.

Ein wesentlicher Grund ist, dass man, wie vorhin schon einleitend bemerkt, die Warnungen der Verwaltung nicht ernst genommen hat und die Warnungen auch der Opposition nicht hören wollte und das ist eine ganz klare politische Entscheidung. Es ist nämlich schon, und der Kollege Hackenberg ist eh darauf eingegangen, es geht hier in diesem vorliegenden Beschluss darum, nicht Kür-Projekte hier abzusichern, sondern tatsächlich die Pflichtausgaben abzusichern. Und das ist tatsächlich etwas, wo nicht nur wir in der Vergangenheit schon vehement darauf aufmerksam gemacht haben bei der Erstellung dieses vorliegenden Budgets, sondern auch die Abteilung. Und wer sich das Stück ein bisschen genauer angeschaut hat und sich die Beilagen vielleicht dazu auch angeschaut hat, das war heute im Ausschuss nämlich kurz Thema. Da hat der Kollege Hackenberg das so anklingen lassen, es wäre hier einfach zu wenig eingeplant worden, das ist de facto nicht so. In dem Stück verweist die Abteilung auch ganz genau auf diesen Umstand. Ich darf das ganz kurz hier ausführen: „Für das Budgetjahr 2024“, und ich zitiere hier aus der Beilage: „wurde für den Pflichtleistungsbereich nach dem Steiermärkischen Sozialhilfegesetz aufgrund von magistratsinternen Vorgaben lediglich ein Betrag von € 146.000,00 bewilligt, obwohl“, und das ist jetzt der Schlüsselpunkt: „seitens der Abteilung ein deutlich höherer Budgetvoranschlag eingemeldet wurde“.

Nicht für die Spaßsachen, nicht für die schönen Sachen, nicht für das, was wir vielleicht

zusätzlich noch anbieten wollen, sondern genau für die Pflicht, die der Kollege Hackenberger angesprochen hat. Des Weiteren, und das ist auch ein Zitat: „Für das Budgetjahr 2024 wurde für den Pflichtleistungsbereich nach dem Steiermärkischen Behindertengesetz von Magistratsinternen vorgaben lediglich ein Betrag von € 127.000,00 bewilligt, obwohl“, hier wieder der Schlüsselsatz: „Seitens der Abteilung ein deutlich höherer Budgetvoranschlag eingemeldet wurde“. Auch hier handelt es sich nicht, und ich möchte es wirklich unterstreichen, nicht um Kür-Projekte, um die Formulierung auch vom Kollegen Hackenberg aufzunehmen, sondern um Pflicht, die hier tatsächlich, obwohl der Finanzstadtrat und die Bürgermeisterin die konkreten Warnungen der Abteilungen vorliegen hatten, aus politischen Gründen und politischen Überlegungen hier nicht eingestellt wurden und bewusst ignoriert wurden. Das ist einmal das erste Faktum, so wie wir überhaupt hier dazu kommen.

Das zweite Faktum ist, ich habe es auch schon vorhin erwähnt, dass der Bund und das Land über den Finanzausgleich Geld für Kinderbetreuung zur Verfügung stellen. Wir haben das öfter schon hier in diesem Rahmen darüber diskutiert. Wir haben auch unsere Forderung schon öfters kundgetan. Für alle, die in diesem Kontext vielleicht sich noch nicht so gut eingelese haben, ganz kurz zur Übersicht: Das Geld wird deshalb zur Verfügung gestellt, um die Angebote im Kinderbetreuungsbereich auszubauen und zu verbessern. Ziel der Maßnahmen sind also mehr Plätze und geringere Kosten für jene, die die Kinderbetreuungsangebote in Anspruch nehmen. Insgesamt sprechen wir, und das ist eine Summe, die auch schon, glaube ich, alle hier in diesem Raum kennen, aber ich wiederhole sie noch einmal, in diesem Fall von Graz, von € 18.750.000,00 für dieses Jahr. Das ist nichts anderes als ein Rettungsanker, den uns die schwarz-grüne Bundesregierung, das möchte ich da auch hervorheben, für alle die Kollegen von der Grünen Fraktion, die hier drinnen sitzen, und die schwarz-rote Landesregierung, für die Kollegen von der SPÖ, die hier drinnen sitzen, als Rettungsanker zuwerfen, um den Kinderbetreuungsbereich abzusichern. Nicht um jetzt zusätzliche Projekte zu starten, die wir vielleicht auch gerne hätten, sondern um das eigentliche Angebot, das notwendig ist, in Graz abzusichern. Danke.

In Graz kommt dieses Geld aber nicht den Familien zugute, sondern dieses Geld wird verwendet, um Budgetlöcher zu stopfen. Das ist nichts anderes als unglaublich und ein Offenbarungseid, weil auch die Parteien der Koalition weisen immer wieder und das zu Recht darauf hin, dass Kinderbetreuung nicht nur ein Familienthema ist, was Vereinbarkeit von Familie und Beruf angeht, sondern nach wie vor auch ein Frauenthema ist. Gerade in dieser Hinsicht finde ich das total verwerflich, dass man hier noch immer darüber diskutiert, wo dieses Geld hinkommt.

Faktum drei in aller Kürze: Der Kollege Hackenberg hat es schon angeführt. Wir haben aktuell die Situation, dass zwar für diese Pflichtbereiche zu wenig eingepreist wurde in der Budgeterstellung, aber für das Ressort der Bürgermeisterin ein massiver Mehrbetrag, auf den wir auch hingewiesen haben, immer wieder budgetiert wurde. Das sind eben diese Rücklagen, sind dieses gemeinhin als Sparbuch bezeichnete Geld, das auch heute im Finanzausschuss Thema war für alle, die natürlich dort nicht dabei sein haben können. Ich spare meine zweite Wortmeldung, bitte lassen Sie mir noch den Schlusssatz über. Diese € 17.400.000,00, die auf dem Sparbuch von der Frau Bürgermeisterin liegen, ist, glaube ich, ein Offenbarungseid dieser Koalition, dass man hier in diesen Bereichen nicht einspart, dieses Geld hier nicht hernimmt, sondern in den ganzen Bereichen, die davor schon erwähnt wurden, jetzt so tut, als wäre es nicht möglich, zusätzliches Geld hier aufzutreiben beziehungsweise um zu budgetieren. Wir möchten einen anderen Weg aufweisen. Ich glaube, es ist wichtig, die positive Entwicklung im Blick zu halten und auch die Zukunft mitzudenken und nicht nur dieses Jetzt zu verwalten. Wir haben deswegen den vorliegenden Vorschlag zur Abänderung dieses Stückes eingebracht. Er ist an alle ergangen. Es geht darum, die Finanzdirektion aufzufordern, den Einsparungsbetrag aus den Rücklagen der Bürgermeisterin zu entnehmen und dieses von Land und Bund zur Verfügung gestellte Geld für Kinderbetreuung tatsächlich dorthin zu geben, wo es hingehört. Das meinen wir mit den zweiten zwei Punkten.

Ich hoffe auf die Zustimmung und appelliere nochmals gerade an die Kollegen der SPÖ und der Grünen, die eigentlich dieses Budget mit zur Verfügung stellen, den anderen

Gebietskörperschaften, aber hier in Graz schlichtweg nicht in die Kinder und die Zukunft investieren möchten. Danke.

Originaltext des Abänderungsantrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Erneut muss diese Koalition ein Budget nachschärfen. Dies ist ein Vorgang, der inzwischen ja für alle Beteiligten zur Gewohnheit wurde. Zur Erinnerung – es hat bisher noch kein Budget gegeben, das nicht nachträglich geändert, ergänzt oder erweitert werden musste.

Erneut wird wieder nicht dort gespart, wo nachweislich genug Geld vorhanden wäre. Hinlänglich bekannt ist dabei der Trick, sich zuerst viel zu viel Geld im Ressort einzustellen, um sich einerseits Geldmittel für kommende Jahre am Sparbuch anzusparen und andererseits im laufenden Budget erläutern zu können, dass man sparsam gewirtschaftet und nicht alles verbraucht habe. Eine Vorgehensweise, die durch die Bank von den Ressorts der Koalition in den letzten Jahren gewählt wurde. Wirklich sparen müssen wieder nur jene Bereiche, die ohnehin bereits unterdeckt sind und die tatsächlich inzwischen massive Probleme haben, den laufenden Betrieb aufrecht zu erhalten – nämlich die Bildung, die Wirtschaft und die Kultur. Insbesondere in der Bildung ist dies nachgerade infam – wird doch im eigenen Stück zugegeben, dass man vom Bund und Land 18,75 Mio. Euro zusätzlich bekommt, um dies zum Stopfen von Budgetlöchern zu verwenden.

Dabei wäre das vorhandene Problem ganz einfach zu lösen. Man müsste nur den vorhandenen Sparbuchbestand der Bürgermeisterin zu Hilfe nehmen und könnte so die budgetäre „Rasenmähermethode“ in all den anderen Ressorts verhindern.

Konkret wünscht sich die Koalition eine Einsparung von 7.771.700 Mio. Euro.

Gleichzeitig hat die Bürgermeisterin alleine Rücklagen in der Höhe von 17,4 Mio. Euro

auf ihrem Sparbuch. Es wäre daher ein Leichtes, diese Rücklagen um die gewünschte Summe zu verringern und so die gewünschte Einsparung zu erzielen. Auf diese Weise könnte zudem noch in diesem Jahr zumindest ein Teil der von Bund und Land zur Verfügung gestellten Mittel für die Kinderbildung- und -betreuung verwendet werden. In den kommenden Jahren sollte diese Summe dann zur Gänze der Abteilung für Bildung und Integration zusätzlich zufließen.

Namens des Gemeinderatsklubs der ÖVP stelle ich den

Antrag,

- 1. Die Finanzdirektion wird aufgefordert, den im Antragstext aufgeschlüsselten Einsparungsbetrag von 7.771.700 Euro nicht über die angeführten Kürzungen in den LCF-Bereichen, sondern über eine Kürzung der Rücklagen (des „Sparbuchs“) im Ressort der Bürgermeisterin aufzubringen.*
- 2. Die Finanzdirektion wird aufgefordert zu prüfen, ob ein Teil der verbliebenen rund 10 Millionen Euro noch in diesem Jahr für Verbesserungen (Elternbeitrag bzw. Plätze) im Kinderbildungs- und -betreuungsbereich verwendet werden kann.*
- 3. Der Gemeinderat beschließt bis auf Widerruf, dass in Zukunft sämtliche Mittel, die im Zuge des Finanzausgleichs der Stadt von Bund und Land für den Bereich Kinderbildung – und Betreuung überwiesen werden, ausschließlich zusätzlich zur bestehenden Mittelfristplanung in das Budget der Abteilung für Bildung und Integration fließen.*

Stadtrat Eber:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Wenn das nicht der Fall ist / . Herr Kollege Pointner und ich übergebe den Vorsitz an die Frau Vizebürgermeisterin.

Vorsitzwechsel – VizeBgm.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner übernimmt den Vorsitz (14.50 Uhr).

Gemeinderat **Pointner:**

Sehr geehrte Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, werte Grazerinnen und Grazer. Wie gerade angekungen, das vorliegende Stück lässt uns wieder einmal nachbessern und tätig werden. Wir sollen eine vom Finanzstadtrat verhängte Budgetsperre wieder aufheben. Ihrer Meinung nach, werter Herr Finanzstadtrat, war die Sperre notwendig, so die Information, die an uns gegangen ist, um Zeit zu bekommen, dass das Budget wieder ins Lot gebracht werden kann, eine Notmaßnahme. Wie diese Sperre erfolgt ist, da hakt mein erster Kritikpunkt gleich einmal ein. Sie erwähnen den § 32 der Haushaltsordnung im Berichtstext „Gefährdung des Haushaltsgleichgewichts, haushaltswirtschaftliche Sperre“. Da steht drinnen, dass Sie dem Gemeinderat unverzüglich berichten müssen, wenn das Gleichgewicht des Haushalts oder die Sicherstellung der Liquidität gefährdet sind. Das kam via E-Mail. Und dann wenn es die Entwicklung der Erträge und Aufwendungen oder die Sicherstellung der Liquidität erfordert, müssen Sie dem Gemeinderat empfehlen, die Inanspruchnahme von festzulegenden Budgetmitteln bis zu einem anzugebenden Betrag zu sperren. Dem Gemeinderat, das ist nicht erfolgt. Sie haben gesperrt, nicht der Gemeinderat. Das mag sein, es war die Urlaubszeit. Dann gibt es halt noch den § 88, dass die Liquidität in jedem Falle sicherzustellen ist. Vielleicht ist die Sperre aufgrund dieses § 88 erfolgt, den Sie auch anführen, aber Sie führen beide an. Das heißt, der Berichtstext und der Antragstext passen nicht zusammen. Das heißt, das gesamte Stück ist in meinen Augen defekt, sollte so nicht dastehen. Lassen wir das mal dahingestellt. Fehler.

Zweiter Kritikpunkt: Wenn wir das Stück jetzt einmal so nehmen, wie es ist, dann ist eine Budgetsperre eine Notfallmaßnahme, die aus überraschenden Gründen angewendet werden muss und deshalb notwendig wird. Eine überraschende Entwicklung, schlechte Entwicklung des Budgets, Kennzahlen und so weiter, das ist hier

meines Erachtens überhaupt nicht der Fall. Die Verschlechterung der Ertragsanteile war schon im Mai absehbar. Wir haben auch immer wieder im Finanzausschuss derartige Berichte bekommen. Also diese acht Millionen, auch dass diese Kommunalsteuer sich um zwei Millionen verschlechtern wird, war absehbar. Das heißt, bei einem laufenden Budgetcontrolling eines Einrichtens eines Budgetpuffers ist das eigentlich handlebar. Zehn Millionen im Vergleich zu 1,17 Milliarden Haushalt, das ist nicht einmal 1%. Und da sollen wir jetzt eine Notfallmaßnahme Budgetsperre wieder aufheben, die vielleicht gar nicht rechtmäßig ergangen ist. Auch die Zwischenfinanzierungen durch die Erhöhungen des SUG waren nicht überraschend. Wir haben heute im Finanzausschuss erfahren, die Kassenstärken sind zu 55 % erst ausgenützt, der Rahmen. Wo ist die Notsituation? Das ist handlebar, ist eine Zwischenfinanzierung von Geld, das wir vom Land zu 60 % eh wieder hereinbekommen. Das heißt, diese Budgetsperre war wirklich eine Nebelgranate, um von eigenen Versäumnissen der Stadt Graz abzulenken. Es wird aufs Land hingewiesen, auf den Bund, mit Wegbrechen von Ertragsanteilen und neues Sozialumlagegesetz und so weiter und so fort, weil die Kernaufgaben dieser Stadtregierung nicht erfüllt werden, nämlich endlich einmal eine strukturelle Aufgabenkritik und so weiter. Dann ist ein weiterer Kritikpunkt, dass der Antragstext und auch der Berichtstext so kompliziert gefasst sind, dass eigentlich die Bürgerinnen und Bürger und auch wir Gemeinderät:innen dem Ganzen nicht sehr gut folgen können. Das heißt, es ist nicht sehr verständlich gefasst, das Ganze. Wenn man nicht Tabellen und so weiter heranzieht und auch den Kontierungsleitfaden und so weiter, aber ich kläre die Öffentlichkeit gerne auf, wo jetzt gespart werden wird, nämlich wieder einmal bei Bildung, das ist schon angeklungen, unverzeihlich. Dann bei der Wirtschaftsentwicklung in der gegenwärtigen Lage in Graz, unverzeihlich und überraschenderweise auch im Bereich Soziales und wo da? Bei Asylern, das sind Frauenhäuser, Seniorenwohnungen und obdachlosen Asyle, also es wird bei den Schwächsten gespart, das ist besonders überraschend.

Nun, mein Appell: Gehen Sie endlich Ihre Aufgaben an, die Aufgabenkritik im Haus Graz. Sparen wir strukturell und nicht punktuell. Machen wir eine Haushaltssperre

dann, wenn es wirklich angezeigt ist. Das war erst letzten Dezember, wo wir per Landesgesetz schnell einmal den Rahmen auf 180 Millionen erweitert haben, und so weiter und so fort. Da wäre eine Haushaltssperre angesagt gewesen, oder im Jahr 2022, wo der Stadtrechnungshof seinen Brief geschrieben hat, dass der Hut brennt. Da gerne, nicht jetzt als Nebelgranate vorgeschoben.

Zum Zusatz der ÖVP, bitte getrennte Abstimmung, wir wollen mehr Geld für die Bildung, aber nicht basierend auf populistischen Fingerzeigen. In diesem Sinne, keine Zustimmung zu diesem Stück.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Als nächstes zu Wort gemeldet hat sich Kollege Hohensinner.

Stadtrat **Hohensinner**:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werter Gemeinderat, ich möchte mich gleich eingangs ganz, ganz herzlich bei der Finanzdirektion bedanken. Die Finanzdirektion hat es derzeit nicht leicht, das ist eine schwierige Zeit, weil der Herr Finanzdirektor muss jetzt die klientenorientierte Schwerpunktsetzung der Kahr-Schwentner-Regierung ausgleichen, damit die Stadt Graz nicht in eine völlige Schiefelage gerät und das Gleichgewicht behält, wie es auch im Stück beschrieben steht. Ich möchte auch eines sagen, wir verwehren uns jetzt keinesfalls gegen ein unterjähriges Sparen, aber es braucht ein Sparen mit Perspektive. Ich möchte ganz kurz die Sparbuchlogik anreißen. Der Herr Hackenberger hat es ja beschrieben, dass das keinen Sinn macht. Ich möchte es beschreiben für nicht gelernte Magistratsmitarbeiter und nicht für Politinsider. Die Sparbücher haben schon einen Sinn, wenn eine Abteilung im Kalenderjahr, was einspart, ein Geld nicht braucht, dass dieses Geld dann im darauffolgenden Jahr für Projekte ausgegeben werden kann, wenn man einfach einen Budgetengpass hat. Eigentlich eine gescheite Idee. Was aus meiner Sicht aber nicht geht, ist, dass diese Spielräume jetzt mit diesem Stück genommen werden, einerseits und andererseits

spart man dann, und das wissen wir jetzt schon, wir haben ja Gespräche mit dem Herrn Finanzstadtrat geführt, dass die Bereiche Bildung, Wirtschaft und Sport dramatisch gekürzt werden im nächsten Jahr. Das heißt sparen ja, auch unterjährig, aber man braucht auch für unsere Abteilungen, für unsere Fachämter Perspektiven und diese Perspektiven sind aus meiner Sicht nicht gegeben.

Und auf der anderen Seite ein bekanntes Teil am Rande und das ist schon mehrfach angesprochen worden, die Bürgermeisterin verfügt über ein richtig dickes Sparbuch, € 17.000.000,00. Das ist glaube ich das doppelte Jahresbudget. Aus meiner Sicht hat es das noch nie gegeben und die KPÖ geht wirklich immer in Richtung Stimmenmaximierung. Die Fachämter haben kein Geld, das heißt unsere Sportvereine, unsere Kulturvereine kommen zu uns, ich muss Ihnen sagen, leider, das geht sich mit dem Fachbudget nicht aus und die Vereine müssen dann zur Bürgermeisterin als Bittsteller gehen. Die Bürgermeisterin ist dann die große Gönnerin und gibt den Vereinen aus ihrem Budget das Geld. Aus meiner Sicht gibt es eine Ressortlogik und man muss einfach schauen, dass die Budgets dementsprechend ausgestattet sind, dass man auch die Stadt in eine gute Zukunft bringen kann.

Andererseits haben wir auch gesehen an der Budgetvorschau und an der Mittelfristplanung, dass Judith Schwentner und Elke Kahr ihre Fachbudgets von 21 bis 28 in der Mittelfristplanung verdoppelt haben. Das heißt, ein Sportbudget mit minus 10 % kann ich gut und gerne mittragen, wenn ich auf der anderen Seite in der Mittelfristplanung mein Budget verdoppelt habe. Also das ist aus meiner Sicht ein bisschen eine Augenauswischerei. Und dieses Stück hat aber auch zwei Punkte, die sich jetzt offenbaren. Wir haben ganz lang darüber diskutiert, mehrfach. Also ich habe es selber schon nicht mehr hören können. Weil ich mich für die Bildung einsetze, ist es mir ein Anliegen, der Bund zahlt € 18 Millionen, über € 18 Millionen, genau € 18,7 Millionen, erstmals 2024 für den Ausbau der Elementarpädagogik. Und ihr habt mich immer Fragen gehört, Frau Bürgermeisterin, bist du bereit zuzusagen, dass dieses Geld für den Ausbau der Kinderbetreuung bereitgestellt wird? Die Bürgermeisterin hat immer gehadert. Einmal hat sie gesagt, ja, einmal na, jetzt ist der Offenbarungseid da, dieses Geld wird für das Stopfen anderer Budgetlöcher verwendet. Aus meiner Sicht,

liebe KPÖ, das ist unverantwortlich. Alle Bereiche, die Wirtschaft, alle sagen natürlich die Gesellschaft insgesamt, wir müssen die Kinderbetreuung ausbauen und ihr sagt нет (nyet). Aus meiner Sicht ist das wirklich ein Wahnsinn. Wir wissen, ich habe auch ein Konzept. Die Frau Schlüsselberger ist jetzt auch hier, sie hat in ihrer eigenen Parteizeitung geschrieben: „Ja, der Hohensinner hat kein Konzept“. Im Mai habe ich ein ganz detailgenaues Konzept vorgelegt, was wir brauchen, um auch die Herabsetzung der Gruppengrößen auszugleichen. Ich war bei der Doris Kampus, habe ihr das vorgestellt. Dieses Konzept gibt es. Das Budget gibt es vom Bund. Ihr gebt uns dieses Budget leider nicht für die Bildungspolitik weiter. Aus meiner Sicht ist das unverantwortlich. Das sind genau die Sachen, die die KPÖ, die SPÖ und auch die Grüne Fraktion, ihr habt es alle immer gefordert. Die KPÖ war sogar auf der Straße unterwegs und ihr gebt dieses zusätzliche Geld, dass ihr nicht einmal selbst stemmen müsst, über den Finanzstadtrat. Das gibt eine andere Gebietskörperschaft her. Ihr gebt leider dieses Geld nicht weiter. Aus meiner Sicht ist das unverantwortlich und der Versorgungsgrad im Kindergarten wird in den nächsten Jahren rapide runterfallen. Die EU gibt uns sogar, was das Barcelona-Ziel vorgibt, was Neues vor, nämlich, dass wir 98% Versorgungsgrad haben müssen. Wenn es jetzt so weitergeht, werden wir um 20% in den nächsten Jahren runterfallen. Also, ich sage euch was, das ist eine Katastrophe, das ist eine Katastrophe für die Familien in dieser Stadt. Deswegen ersuche ich noch einmal, dass ihr da bis zur Budgetbeschlussfassung ein Umdenken habt.

Zweiter Punkt, das ist mir auch ganz wichtig, betrifft den Grund, dass die gesetzlichen Ausgaben so davon galoppieren. Behindertenhilfe, das steht im Stück, wir haben immer darauf hingewiesen, dass sich die Behindertenhilfe mit dem Budget nicht ausgeben wird. Aus meiner Sicht ist das vom Finanzstadtrat Eber absichtlich gewesen, dass er da zu wenig Geld eingestellt hat. Gerade bei den gesetzlichen Ausgaben haben wir keinen Ermessensspielraum. Das heißt, mein Fachamt hat gesagt, da sind € 20 Millionen zu wenig eingestellt und was kriegen wir jetzt präsentiert von der Finanzdirektion? € 23 Millionen gehen uns in diesem Bereich ab. Aus meiner Sicht habt ihr das gewusst, um das Budget schöner darzustellen, hat Manfred Eber dieses Geld

letzten Dezember zu wenig eingestellt. Das müssen wir jetzt nachbedenken. Aus meiner Sicht ist das keine seriöse Budgetpolitik und ich hoffe, dass es auch da ein Umdenken gibt, dass wir nicht dann nächstes Jahr wieder nachbessern müssen. Erlaubt mir bitte noch einen Satz, und der kommt wirklich tief aus meinem Herzen: Wer bei den Kindern spart, spart bei der Zukunft unserer Stadt. Leider sind wir so weit, dass wir massive Probleme haben werden im nächsten Jahr, und ich kann es nur immer noch nicht glauben, dass € 18 Millionen, die uns zusätzlich bereitgestellt werden, dass dieses Geld für andere Zwecke verwendet wird. Aus meiner Sicht ist das unverantwortlich, bis zum geht nicht mehr.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Als nächstes zu Wort gemeldet hat sich Stadtrat Riegler.

Stadtrat **Riegler**:

Danke schön. Ich kann ja zum Teil schon auf die Vorredner, auf Herrn Pointner und auf den Herren Kollegen Stadtrat Hohensinner aufsetzen. Herr Pointner hat ja auch schon zu Recht kritisiert, dass vieles, was eigentlich schon im Dezember vorhersehbar gewesen wäre, halt nicht budgetiert wurde und jetzt muss man schon wieder nachbessern. Ich möchte zwar der Budgetdebatte dann im Dezember nicht vorgreifen, aber jetzt schon anmerken, das was Sie budgetpolitisch machen, ist planlos, ist zynisch und ist zukunftsvergessen. Es ist planlos, weil, wie wir es schon herausgearbeitet haben, es im Dezember durchaus klar war, dass es eine Abschaffung der kalten Progression gibt, dass es einen Konjunkturunbruch gibt, wir wissen seit vielen Jahren, und jeder, der in diesem Haus für Finanzen verantwortlich ist, weiß, wenn es beim Bund circa 1 Milliarde weniger Einnahmen gibt aus der ESt, aus der Umsatzsteuer und aus der KÖst, dann kommen circa 18 Millionen weniger bei der Stadt Graz an, das wissen wir. Und da muss ich euch schon den Vorwurf machen, Manfred, dass ihr offensichtlich das Budget schön gerechnet habt, ein Budget gemacht habt, von dem

von Anfang an klar war, das wird nicht halten, das wird man nachbessern müssen, da wird es Nachtragskredite brauchen und das ist jetzt das dritte Mal in Folge, seit ihr an der Macht seid, seit ihr die Verantwortung, die Gesamtverantwortung habt, das ist das dritte Mal in Folge, dass ein Budget nicht hält, dass es umgeschmissen und geändert werden muss, also planlos.

Es ist zynisch, weil zum Teil ein Spiel gespielt wird, das am Perfidie nicht zu überbieten ist. Es wird einerseits von der geschätzten Frau Mohsenzada so getan, als ob sie die große Erfinderin des Fair-Pays ist. Es werden einstimmige Beschlüsse gefasst, wie wichtig Fair-Pay ist und wie toll alles ist. Gleichzeitig werden aber Budgetmittel nicht bereitgestellt und zynisch ist es deshalb, wenn man dann kurz vor einer Budgetsitzung schnell einmal oder auch, wie es geschehen ist im Nachtragsvoranschlag 23, dann schiebt man schnell einmal € 600.000,00 nach und sagt ja: „Was will er denn, was hat er denn? Wir haben ja eh dafür gesorgt“. Das ist ein zynisches Spiel, denn was sie damit völlig aufgeben, ist jedwede Planbarkeit. Viele Kulturschaffende - aber wir werden zur Kulturdiskussion dann sowieso noch in den nächsten Monaten kommen - haben sich darauf verlassen auf den einstimmigen Beschluss hier im Hause, dass es eben eine Fair-Pay-Abgeltung geben wird, und jetzt müssen Sie eigentlich mehr oder weniger feststellen und konstatieren und aus der Zeitung herauslesen, dass es halt beim Herrn Kulturstadtrat 15 % Kürzung gibt. Im Übrigen auch zynisch die Vorgehensweise, dass man dann, Manfred Eber zitierend, in der Kleinen Zeitung nachlesbar: „Ja, weil Herr Stadtrat Riegler im Kulturbereich und im Wirtschaftsbereich nicht freiwillig gespart hat, deswegen kriegt er halt jetzt 15 % Ersparnis drauf“. Das ist eine Vorgehensweise, also sowas von unkollegial, wie man sich es eigentlich nicht vorstellen kann. Also, eure Budgetarbeit ist planlos, ist zynisch und ist zukunftsvergessen, der dritte Punkt.

Und diese Zukunftsvergessenheit kann man deutlich ablesen. Einerseits an den vom Kollegen Hohensinner schon geschilderten Vorkommnissen, dass man auf die Kinderbildung, auf die Kinderbetreuung, auf diese Investitionen in die Zukunft vergisst. Und was natürlich noch schlimmer ist, dass wir eigentlich in einer Zeit, in der wir offensichtlich in einer Wirtschaftskrise sind, in der wir offensichtlich das Problem

haben, dass rundherum Unternehmen leiden, dass sie einerseits leiden unter der schlechten Konjunktur, andererseits multipel natürlich auch darunter, dass es einen Trend weg vom Stationär-Handel hin zum Internethandel gibt. Und zusätzlich ist noch eine Baustelle da, die zwar notwendig ist, aber die natürlich auch eine extreme Belastung darstellt. Und statt dass ihr uns die Mittel in die Hand gebt, dass wir gemeinsam Innenstadtpakete, wie sie die ÖVP mehrfach vorgeschlagen hat, wir haben in diesem letzten eineinhalb Jahren dreimal einen Dringlichen Antrag vorgelegt, der von euch niedergestimmt wurde, wo es darum gegangen wäre, dass man für den Innenstadthandel diverse Förderungen, diverse Maßnahmen unternimmt, die wurden einfach niedergestimmt. Das heißt, zukunftsvergessen, es wird auf Bildung, es wird auf Wissenschaft, es wird auf Kultur und es wird, leider Gottes, auch auf Kinderbildung und -betreuung einfach verzichtet. Es wird runtergekürzt und das Ganze nur, damit die Frau Elke Kahr € 7.000.000,00 mehr pro Jahr an Sozialbudget hat, das sie dann verteilen kann, wo sie dann zu den Künstlern dann sagen wird: „Ja, mein Gott, Künstler, wenn sich euch nicht ausgeht, das Geld, dann kommt ihr halt zu mir in den zweiten Stock und dann kriegt ihr halt ein bisschen was hinübergeschoben“. Das ist leider Gottes seit drei Jahren der Hausbrauch hier. Sie können zu welcher Uhrzeit auch immer, über das Rathaus, über die Eingangstüre hereinkommen, mit dem Lift hochfahren. Sie fahren pausenlos mit Leuten, die eben anstehen bei dir, Elke, und die halt darauf warten auf einen Termin, damit sie halt ein Geld zugesteckt bekommen. Das ist eine planlose, eine zynische und eine zukunftsvergessene Politik und deswegen werden wir eben so wie das Stück ist, sicher nicht zustimmen.

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ Kahr übernimmt den Vorsitz (15.10 Uhr).

Bürgermeisterin **Kahr**:

Frau Gemeinderätin Gamsjäger-Katzensteiner.

Gemeinderätin **Gamsjäger-Katzensteiner:**

Geschätzter Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Grazerinnen und Grazer. Ein ernstes Thema, über das wir wieder einmal debattieren, das Budget. Vorausgeschickt die Maßnahmen, die jetzt getroffen worden sind: Budgetsperre und andere Maßnahmen sind nichts, was wir uns wünschen oder was wir machen, weil wir lustig sind, sondern das ist notwendig, um weiterhin eine gut funktionierende Stadt zu gewährleisten. Da spielen auch Faktoren hinein, die sich unserem Einfluss, sage ich einmal, weitestgehend entziehen. Im Übrigen hat es auch jetzt davor, also 2017 zum Beispiel meines Wissens, auch schon einmal eine Budgetsperre gegeben, also das ist jetzt keine erstmalige, einmalige Angelegenheit. Worauf ich eingehen möchte und auch, wenn der Kollege Pointner mir dann wahrscheinlich sagen wird, jetzt wird die Schuld wieder sonst irgendwo hingeschoben, halte ich es dennoch für wichtig, zu kontextualisieren, warum wir jetzt schon wieder über das Budget debattieren. Zum ersten muss man natürlich, auch schon oft gesagt worden, aber gehört zur Kontextualisierung dazu, erwähnen, welches Budget wir übernommen haben, nämlich kein ausgeglichenes, keines, das strukturell gut war, sondern ein bereits angeschlagenes Budget, wo man jahrelang versäumt hat, gegenzusteuern. Dem ist man halt nicht nachgekommen von den Vorgängen. Nur um ein Beispiel zu nennen, da könnte man jetzt lange darüber sprechen, aber endfällige Kredite noch und nöcher aufgenommen wurden, keine Rücklagen dafür gebildet, die halt dann jetzt in den nächsten Jahren schlagen werden. Die Koalition hat dann Maßnahmen gesetzt, unter anderem, eh schon angesprochen, das Kommunale Plus, wo man immerhin € 7 Millionen optimieren konnte, nicht so viel wie vorgenommen, aber immerhin. Die GUF wurde neu aufgestellt und es wurde trotz schwieriger Zeiten, die wir jetzt eigentlich durchgehend haben in den Jahren 2021 bis 2024 nur sehr geringe Neuschulden gemacht. Dann muss man natürlich, haben wir auch schon gehört, allgemeine wirtschaftliche Entwicklungen berücksichtigen: Kriege, allgemein schwache Weltkonjunktur, was sich natürlich dann auch auf unsere Konjunktur und auf die Kommunalsteuereinnahmen niederschlägt. Ein sehr relevanter Punkt ist die Inflation.

Da hat unsere Bundesregierung leider nicht in die Preise eingegriffen, wie das zum Beispiel andere Länder gemacht haben, wo man einen Mietendeckel eingeführt hat. Man hat versucht, mit einmaligen Zahlungen das Schlimmste für die Bevölkerung zu verhindern, ist aber nicht gegen eine Erhöhung der Preise vorgegangen.

Dementsprechend haben diese ganzen Maßnahmen halt nicht preisdämpfend gewirkt und Österreich war lange und ist aktuell noch immer über dem Eurozone-Schnitt, was die Inflation betrifft. Diese Preiserhöhungen, die natürlich nicht nur Unternehmen und Private treffen, treffen auch Kommunen und führen halt dort auch zu steigenden Preisen, die übrigens nicht wie von Zauberhand steigen, sondern auch von den Protagonisten erhöht werden.

Zwischenruf:

Was hat das mit dem Budget zu tun?

Gemeinderätin Gamsjäger-Katzensteiner:

Was Steuern mit dem Budget zu tun haben und Inflation und Kostensteigerungen?

Sehr viel, würde ich sagen.

Dann sind wir jetzt bei den Ertragsanteilen, die sind nämlich der Hauptbestandteil eigentlich unserer finanziellen Handlungsfähigkeit in der Stadt. Da werden die Prognosen von Mal zu Mal schlechter und das resultiert einerseits natürlich auch aus einer schlechten wirtschaftlichen Lage, der wir alle mehr oder weniger jetzt ausgesetzt sind, aber auch durch gesetzte Maßnahmen der Bundesregierung: Senkung der Gewinnsteuer für Unternehmen von 25 auf 23 %. Profiteure davon vor allem große Unternehmen, Körpergeld von 400 bis 500 Millionen Euro. Abschaffung der kalten Progression ohne Gegenfinanzierung, großes Loch im Bundesbudget wurde auch vielfach von Wirtschaftsforschern kritisiert. Corona-Förderungen für Unternehmen hat der Bundesrechnungshof festgestellt, teilweise massive Überförderungen. Man sieht, da wurde halt für das ÖVP-Klientel Politik gemacht, zulasten des öffentlichen Haushaltes.

Die Schieflage im Bundeshaushalt, die erfordert halt jetzt, wie auch von vielen Seiten gefordert wird, Maßnahmen, da sind wir natürlich auch im EU-Korsett des 3 %-Defizites gefangen, wo jetzt eben offensichtlich Konsolidierungen gefordert werden. Da geht man aber jetzt nicht dahin und sagt, ok, wo könnten wir vielleicht, damit der Staat und die Gemeinden dann auch vor allem, die ja eben auch davon abhängig sind, dass der Bundeshaushalt genug einnimmt, was er dann weiter verteilen kann, wie könnten wir da Mehreinnahmen gestalten? Und jetzt höre ich die Schnappatmung schon, aber ich sage es trotzdem: Erbschafts- und Vermögensteuern, jawohl, für reiche Menschen. Denn es geht eben darum, nicht nur Mehreinnahmen zu generieren, die man dringend bräuchte, sondern auch gegen Ungerechtigkeiten bei der Besteuerung von Vermögen und Arbeit vorzugehen. In Österreich wird man nämlich in der Regel nicht durch fleißig arbeiten reich, sondern durch Erben- und Kapitalerträge.

Zwischenrufe

Gemeinderätin Gamsjäger-Katzensteiner:

Und das kann natürlich auch einer Vermögenskonzentration entgegenwirken. Eine Maßnahme übrigens, diese Steuern, die auch die OECD empfiehlt, meines Wissens, keine sozialistische Organisation. Stattdessen wird jetzt aber in den Wahlprogrammen von konservativen und liberalen Parteien weitere Steuersenkungen noch gefordert, das muss man sich vorstellen. Da wird dann gesprochen von der Senkung der Lohnnebenkosten für Arbeitgeber. Inwiefern da dann zwangsläufig den Arbeitnehmern mehr im Börserl bleibt, frage ich mich, warum das dann der Unternehmer nicht selbst einsteckt, aber gut. Geld fehlt dann halt dem Familienlastenausgleichsfonds, sprich, man wird da halt Leistungen für Familien kürzen müssen oder das Geld wird dann weiter aus dem regulären Budget kommen müssen, das aber ohnehin offenbar nicht vorhanden ist. Und dann hat die ÖVP ja auch anscheinend noch vor, die Einkommenssteuersätze zu senken, in einer Ausgestaltung, die halt dann auch eher Menschen mit ohnehin schon hohen Gehältern profitieren lassen wird.

Eine allgemeine Schieflage haben wir natürlich auch bei der Verteilung der Ertragsanteile, wurde hier auch schon oft thematisiert. Steiermark und Graz sind hier strukturell benachteiligt und das ist nicht nur für Graz eine budgetäre Herausforderung, sondern auch für andere Gemeinden. Erst am Montag oder Dienstag war in der Kleinen Zeitung ein Artikel dazu, wo auch eine ÖVP-Bürgermeisterin sagt, dass sie eigentlich jetzt nur mehr ein Drittel vom üblichen bekommt, der Ertragsanteile und damit kaum die Gehälter für die Angestellten noch bezahlen kann. Da ist es lächerlich, jetzt uns in Graz den Schwarzen Peter zuzuschieben, wenn es vielen Gemeinden und Kommunen ganz gleich geht. Ich verstehe, dass die ÖVP sagt: „Ja, wir hätten gerne natürlich noch mehr Geld für unsere Ressorts und wir brauchen dieses und jenes“. Verstehe ich. Im Übrigen ist auch die Kritik inhaltlich nicht ganz richtig, vor allem, was das Bildungsbudget betrifft. Es wird aber meine Kollegin Frau Naghibi dann noch etwas dazu sagen. Aber wie gesagt, wenn man der Meinung ist, man hat zu wenig Geld, dann auch an die Stellen wenden, wo dann das Geld für die Kommunen zu holen ist. Und meines Wissens hat die ÖVP ja lange genug den Finanzminister im Bund gestellt, da hätte man vielleicht dort auch schon anklopfen können, die längste Zeit. Dann sind wir auch noch auf Landesebene natürlich: Pflegefinanzierungsgesetz - ich bin gleich fertig- das natürlich erhebliche Mehrbelastungen für die Stadt Graz bedeuten wird. Jetzt wird man es noch nicht so merken, aber im Endausbau nach sieben Jahren werden das dann ca. € 30.000.000,00 im Jahr sein, die der Stadt Graz fehlen. Da hätte man vielleicht dann auch beim eigenen Landeshauptmann von der eigenen Parteifarbe intervenieren können, dass das so nicht kommt.

Noch einmal, wir setzen diese Maßnahmen nicht freiwillig, wir sind dazu gezwungen worden aufgrund der vergangenen Politik, die hier gemacht wurde und aufgrund der gegenwärtigen Politik der Steirischen und auch der Bundes-ÖVP. Und wenn man sich die Wahlversprechen anhört, wie gesagt, mit den ganzen Steuersenkungen, die jetzt noch kommen sollen, verdüstern sich die Aussichten für Kommunen und letztlich auch für die Bürgerinnen und Bürger. Um hier noch eine Metapher zu erwähnen, wir sitzen in einem Boot auf Wellen, die wir aber nicht selbst verursacht haben und nicht kontrollieren können. Wir versuchen hier bestmöglich zu navigieren. Wir werden das

weiterhin tun mit einer Politik, mit einem Fokus auf den Blick von unten und die Menschen, die es sich nicht so einfach richten können. Wir werden weiter für ein soziales Graz arbeiten, das ist unsere Priorität und dafür wurden wir auch gewählt. Danke schön.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke. Frau Clubobfrau Hopper, Klubobmann Pascuttini, Frau Gemeinderätin Naghibi und dann Frau Gemeinderätin...Genau.

Clubobfrau **Hopper**:

Nur ganz kurz eine Replik auf die Kollegin Gamsjäger-Katzensteiner. Mir hat eigentlich die Präsentation des Stückes durch den Kollegen Hackenberger, obwohl ich nicht inhaltlich seiner Meinung bin und meine Ausführungen und unsere Haltung zu diesem Stück schon vorab, glaube ich, recht gut erklärt habe, insofern mehr zugesagt, weil es bei ihm zumindest darum gegangen ist, was wir hier in Graz zu beschließen haben, weshalb wir hier sitzen, was unsere Aufgaben sind und auch bis zum gewissen Grad, auch wenn er es nicht so sagen würde, was unsere Versäumnisse in der Stadt auch sind. Insofern möchte ich einen Appell an alle zukünftigen Rednerinnen und Redner richten, dass wir uns vielleicht damit beschäftigen, was wir hier mit unseren Handzeichen bewirken können und auch damit, was wir vielleicht als Mandatäre des Gemeinderates auch unseren jeweiligen Stadtsenatsmitgliedern oder den Mitgliedern des Stadtsenats, deren Koalition wir angehören, vielleicht als Aufgabenstellung mitgeben möchten. Ich möchte noch einmal wiederholen, der Grund oder viele der Gründe, wieso dieses Stück jetzt hier so vorliegt, ist, dass wir selber unsere Hausaufgaben nicht gemacht haben, in den Bereichen, in denen wir gesetzlich dazu verpflichtet sind, diese Aufgaben zu übernehmen. Während ich Daniela Gamsjäger-Katzensteiner, insofern zustimmen kann, als dass es natürlich an vielen Enden strukturelle Änderungen braucht, sind wir in diesem Gremium hier, trotz dieser

Brandrede mit Bluthochdruck, sicher nicht jene, die das jetzt aktuell hier verändern können. Wir können aber die Dinge, die wir hier steuern können, selber gestalten. Und das ist der Grund, wieso wir einen Abänderungsantrag eingereicht haben, um den Bildungsbereich abzusichern, um den Bereich, für den wir zuständig sind, zu fixieren und sicherzustellen, dass die Grazerinnen und Grazer, die Kinder haben, auch einen Kinderbetreuungsplatz bekommen. Da geht es mir nicht darum, wie die Ertragsanteile aufgeteilt werden. Das ist ein Thema, aber das ist kein Thema für hier. Wir sind verantwortlich für Kinderbildung und -betreuung und das wird von der aktuellen Koalition verabsäumt und das ist eine Schande.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Herr Klubobmann Pascuttini, bitte. Danach Frau Gemeinderätin Naghibi und dann Frau Gemeinderätin Kreiner.

Klubobmann **Pascuttini**:

Hohe Stadtregierung, hoher Gemeinderat, man muss schon sagen, also heute ist es natürlich ein bisschen schwierig, auf die zahlreichen Vorredner einzugehen, weil sie haben halt alle ein bisschen durcheinander geredet. Ich werde aber versuchen, jetzt die vorhergehenden Redebeiträge ein bisschen aufzuarbeiten. Die Kollegin Hopper hat etwas gesagt, was ich eigentlich grundsätzlich unterstütze, nämlich dass wir bitte in Graz bleiben, bitte auf dieser Ebene bleiben. Gerade beim Budget können wir aber nicht nur in Graz bleiben, weil Graz schwebt halt nicht im luftleeren Raum irgendwo herum, sondern ist eingebettet in die Steiermark und hat natürlich auch Auswirkungen von dieser Ebene und von den Ebenen darüber zu erleiden. Jetzt muss man auch natürlich sagen, man kann dem Finanzstadtrat Eber viele, viele Vorwürfe machen, wir machen sie ja regelmäßig, immer wenn wir das Budget ändern. Ich muss jetzt aber schon noch dazusagen, und da bin ich der tiefsten Überzeugung, dass der Stadtrat Eber nicht vorsätzlich böse handelt und eine Budgetsperre verhängt, wenn sie nicht

notwendig gewesen wäre und dieser Überzeugung bin ich auch nicht, weil mich der Herr Finanzstadtrat in den letzten Jahren durch seine Arbeit überzeugt hat, sondern weil ich jetzt weiß, dass in der Finanzdirektion sehr, sehr fähige Leute unter einer sehr, sehr fähigen Führung sitzen, die wissen, was sie tun. Das ist der Bonus, den der Herr Finanzstadtrat jetzt hat. Wir haben Jahre verloren, wir haben davor Fehler gemacht, ja, das haben wir unter anderem auch gemacht, weil wir in den entsprechenden Positionen nicht die richtigen Leute hatten, das muss man halt einfach so würdigen. Das ist halt ein bisschen ein Match zwischen der ÖVP und der KPÖ, da wird halt alles Mögliche reingeworfen, jeder gibt halt seinen Senf ab. Es ist heute so, wenn man da ein bisschen zuhört, zuerst denkt man sich, ja, da hat die Kollegin Katzensteiner eigentlich recht. Endfällige Kredite sind ein Wahnsinn. Da hat man die zukünftigen Generationen damit verdorben. Da hat sie vollkommen recht, kann ich nur unterstreichen. Dann eine halbe Sekunde später kommt das Kommunale Plus, das mich wahnsinnig ärgert. Das habt ihr so groß präsentiert als Koalition, habt ihr so große Hoffnungen geschnürt, habt ihr uns zur Mitarbeit eingeladen und habt im Endeffekt nichts, aber auch gar nichts zustande gebracht. Also das geht halt hin und her. Sympathie hoch, Sympathie runter.

Dann kurz ein paar Worte zu den Steuern. Also wie man gegen die Senkung der Einkommenssteuer sein kann als vernünftig denkender Mensch, da hab ich mir gedacht, das ist ja ein Wahnsinn, das kann nur jemand sein, der nicht arbeitet, der sagt: „Ich bin dagegen, weil mir ist das wurscht, ich arbeite nicht“. Jeder Mensch, der arbeitet, der wird in diesem Land wissen, ob er Unternehmer ist oder Angestellter, dass die Steuern viel zu hoch sind, die Steuerbelastung ist zu hoch, jede Steuer ist zu hoch. Wir haben die Kapitalertragssteuer, da werden jetzt wieder die Kommunisten denken: „Oh, furchtbar“, die ist zu hoch für die normalen Menschen, die sparen und hoffen, dass sie vielleicht einmal bei einem ETF oder sonst irgendwas rauskriegen. Ja, da geht es nicht um die jemanden die an der Börse investieren. Das sind nicht alles die Investoren oder die Investmentfirmen. Ja, bei Einkommenssteuern noch viel weniger. Das betrifft jeden. Die Senkung der Einkommenssteuer wäre so wichtig und auch für die Menschen, die ein bisschen mehr verdienen. Die dürfen auch ein bisschen mehr

kriegen, weil das kommt ja alles wieder zurück über die Mehrwertsteuer. Also, wie man gegen Steuersenkungen sein kann, insbesondere die Einkommenssteuer, das zeigt nur, dass die Kollegin Katzensteiner im Steuerrecht ein bisschen einen Aufholbedarf hat. Man muss aber eines zugestehen, und das sage ich auch ganz offen, weil ich habe halt niemanden, der mich vor der Sitzung anruft und sagt, das darfst du sagen, das darfst du nicht sagen. Wenn man sich heute hier herausstellt und leugnet, dass die Gemeinden generell in diesem Land in einer sehr prekären Situation sind, dann verschließt man auch die Augen vor der Realität. Also, man könnte jetzt zig Gemeinden aufzählen, Schwarz-Rot, was auch immer regiert, die haben alle große Probleme, nicht weil alle unfähige Bürgermeister dort sitzen, sondern weil dort einfach es große Probleme gibt aufgrund der Gesamtlage.

Schauen wir in einen anderen Bereichen, wenn wir jetzt auf den Bau schauen, da ist es mittlerweile möglich, gibt es schon die ersten Urteile, dass man von Fixkostenvereinbarungen abgeht, weil es derartige Umstände seit 2022 gibt, die das erlauben. Wir haben diese zehnjährlichen Ereignisse, die in den ÖNORMEN, Ö-210 und dergleichen, verankert sind, die haben wir gesehen. Wir haben die Corona-Pandemie gesehen. Die meisten von uns, wahrscheinlich alle, haben davor keine derartige Pandemie erlebt. Wir haben den Krieg in der Ukraine erlebt mit einer Inflationsrate, die es davor viele, viele Jahre, jedenfalls zehn Jahre, nicht gegeben hat. Deswegen sind natürlich auch die Gemeinden, die eben nicht in einem luftleeren Raum schweben in einer sehr, sehr bedenklichen Situation und was mich dann oft ein bisschen ärgert ist dieses Janusköpfige agieren. Man schreibt in der Zeitung, die Graz weit an alle Haushalte geht, auf die Frage: „Ist denn das Budget knapp?“, sagt der Stadtrat Hohensinner: „Ja, natürlich ist es knapp. Allen Gemeinden geht es schlecht“. Und dann stellt man sich her und will das fast wegleugnen und sagt nur, die Koalition arbeitet schlecht. Nein, die Stadt Graz hat zu kämpfen wie die ganzen anderen Gemeinden. Die Stadt Graz hat noch dazu überproportional zu kämpfen, weil auch das weiß man, es gibt die Kleinstgemeinden, die haben es immer schwer gehabt. Dann gibt es diese Mittelgroßen, denen geht es halbwegs gut, da passt das, was sie einnehmen, zum Aufwand für ihre paar Bürger, die sie haben. Und dann gibt es die Großen, die halt

nicht ganz groß sind, so wie Wien, sondern so wie wir, wo wir halt Probleme haben. Ja, diese Probleme, die wir haben, die gibt es auch nicht erst seit gestern, die gibt es seit vielen, vielen Jahren. Es gibt viele, viele Väter des Erfolges und des Misserfolges. Aber, und da bin ich wieder voll beim Stadtrat Hohensinner und auch beim Stadtrat Riegler, was hat die Koalition in diesen letzten Jahren wirklich getan? Die ersten eineinhalb Jahre, die rechne ich Ihnen nicht zu, weil da haben Sie mit einem Finanzdirektor zu tun gehabt, der in weiten Teilen wahrscheinlich nicht wusste, was er da tut. Dann haben Sie einen guten Knief gemacht und einen fähigen Mann ins Boot geholt. Jetzt läuft das Ganze von der Administration, von der Verwaltungsarbeit her besser. Aber wo wird denn wirklich gespart? Wo gehen Sie denn wirklich einmal rein und sagen, ok, wir müssen etwas kürzen, wir können vielleicht nicht so viele Zusatzleistungen im Sozialbereich bringen, das sehe ich alles nicht. Also man kann im Endeffekt sagen, beide Seiten, die heute sozusagen groß versucht haben, sich gegeneinander zu reiben, wegen den bevorstehenden Wahlen, beide Seiten bringen Sachen, die kann ich unterstützen. Beide Seiten weisen die Schuld von sich, wenn ich mir denke, dass habt ihr auch mitverantwortet. Im Endeffekt sind wir dann doch wieder auf der Ebene in Graz und müssten uns einmal überlegen, ob wir nicht alle gemeinsam diesen Karren aus dem Dreck ziehen, weil eines wird halt auch nicht gehen, das geht auch bei einer Sanierung in einem Unternehmen in der Privatwirtschaft nicht, wenn man sagt: „Der andere muss sparen, aber ich nicht“. Schlussendlich, wenn das Schiff Graz sinkt, dann werden wir überall schauen müssen, wo wir die Mittel aufgreifen, damit das Ganze noch irgendwie rettbar ist. Da ist wirklich am Ende des Tages, und so wird es halt möglicherweise auch kommen müssen, wird man sich dann auf die elementaren, auf die zentralen Arbeiten konzentrieren müssen. Dann gibt es halt weniger Radwegausbau, dann gibt es vielleicht auch weniger zusätzliche Sozialhilfe, dann wird halt einmal ein paar Jahre hart gespart. Das muss man halt irgendwann einmal angehen, aber in allen Bereichen, ich sehe kaum einen Bereich, wirklich kaum einen Bereich, wo man nicht wirklich sparen könnte, wenn wir müssen, wenn dieses Schiff Graz wirklich sinkt.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke, Herr Klubobmann, ich möchte nur Herrn Stadtrat Riegler entschuldigen, weil Eröffnung Steirischer Herbst ist, und Frau Gemeinderätin Braunersreuther, dass sie hoffentlich nach Hause geht, jetzt gleich, weil sie starkes Fieber hat. Bitte. Als nächste ist Frau Gemeinderätin Naghibi, bitte.

Gemeinderätin **Naghibi**:

Guten Tag Damen und Herren des Stadtsenats, des Gemeinderats, liebe Bürgerinnen und Bürger. Ich möchte auf das Budget bezogen zum Thema Bildung sprechen und warum es nach wie vor sehr wichtig ist, sie auch mittels der Finanzpolitik weiterhin zu priorisieren. Es war und ist der KPÖ und auch der Koalition ein sehr großes Anliegen, gemeinsam mit politisch Verantwortlichen und im Austausch mit Beschäftigten zur Verbesserung von Rahmenbedingungen und zur Bereitstellung, im Rahmen des Möglichen, von Ressourcen mitzuarbeiten. Und das merkt man auch in der praktischen Arbeit. Ich kann Wortäußerungen meiner Vorrednerinnen und Vorredner nicht ganz folgen, die da sagen, sie können nicht sehen, wo priorisiert wird, sie sehen, dass bei der Bildung eingespart wird und so weiter und so fort. Ich möchte im Folgenden einige konkrete Beispiele angeben, damit Sie meine Skepsis nachvollziehen können.

Was bedeutet das also konkret, wenn ich von Verbesserungen durch den Finanzstadtrat für die Bildung spreche? Er ermöglichte mittels finanzieller Umsetzung von äußerst notwendigen Maßnahmen, dass die Elementarbildung sozialpolitisch wieder in die Mitte gerückt wurde. Es kam zu einem besseren Gehaltsschema, das mittlerweile sogar das Land Steiermark übernommen hat. Es kam zu Überschneidungstunden in der Mittagszeit, was sofort Verbesserungen für Kinder, für Bedienstete geführt hat. Es kam zu 54 Vollzeit-Äquivalenten und zu einer Prämie von € 1.000,00 für die Beschäftigten. Das alles hat der Herr Finanzstadtrat, sein Ressort, sein Büro gestemmt, noch bevor es vom Land irgendwie subventioniert wurde. Das muss man sich auch einmal vergegenwärtigen. Und die Früchte der Ernte einer solch

nachhaltigen und verantwortungsbewussten und sinnstiftenden Investition zeigen sich heuer erstmals, denn in diesem Jahr gibt es bereits 90 personelle neue Aufnahmen für das beginnende Kinderbildungs- und Betreuungsjahr. Im Vergleich dazu, davor waren es im Durchschnitt 40 bis 50. Und wir können hier so oft und so lange stehen und sagen. „Ja, wir wollen Plätze ausbauen“. Wir wissen jetzt durch die Fehlpolitik der Vergangenheit des ÖVP-Bildungsmonopols, wenn es zu einer Personalflucht kommt, kann man keine Gruppen ausbauen. Und das Geld, das zur Verfügung stand, hat man in Zusammenarbeit mit Bediensteten, mit dem Bildungsressort dafür verwendet, um für Verbesserungen zu sorgen. Und dass das richtig war so und gut, das merkt man jetzt. Die Priorisierung der Bildung und damit der Kinder und Familien zeigt sich auch dadurch, dass 31% des Liquid Cashflow dem ABI zukommt. Diese Gelegenheit möchte ich auch dafür nutzen, dem ABI für ihre großartige und kompetente und engagierte Arbeit zu danken. Aber es reicht eben nicht nur zu danken und zu klatschen, wie auch Bedienstete aus der Elementarpädagogik sagen. Man muss ihnen die finanziellen Mittel geben, um ihre Arbeit tun zu können. Und genau deswegen gibt es diese starke Priorisierung im Budget, 31% des LCF. Also, das muss man einmal sacken lassen, was das bedeutet. Und wie gesagt, zu Recht, denn es gab aus der Vergangenheit und gibt große Defizite, die man nun kompensieren muss. Genau, um das zu konkretisieren: 2022 war das ABI-Budget 42,3 Millionen. Bis 2024 wurde das ABI-Budget um 45% auf € 61,7 Millionen erhöht. Also, keine andere Abteilung kann eine Steigerung von € 19,3 Millionen in zwei Jahren vorweisen. Und das ohne, dass das Land es damals noch subventioniert hat. Koalition hat beim Budgetprozess 2025 ganz klar die Priorität auf die Bildung gesetzt, denn als einzige Abteilung sind hier keine Einschnitte eingeplant. Dafür werden alle anderen Abteilungen mehr als 10 % einsparen. Aber wir müssen das, wir müssen aufgrund von vielen bildungspolitischen Fehlentscheidungen der vorhergehenden Bildungspolitik der ÖVP. Aber das ist jetzt der politische Diskurs. Wieso wir es wirklich müssen, ist, weil wir den Kindern und Familien gegenüber verantwortlich sind. Und hier kommen wir auch zu einem wesentlichen Punkt. Es ist ja nicht unser Job, uns nur ewig beliebt zu machen und wir können nur Versprechungen machen, die wir halten können. Es muss jedem von uns klar sein, in welcher

budgetären Lage wir sind und dass wir diese Verantwortung gemeinsam zu tragen haben. Mir ist heute schon einiges von Seiten zu Ohren gekommen. Ich möchte an der Stelle an den Kaukasischen Kreis von Bertolt Brecht erinnern. Weiß nicht, wem von Ihnen das schon bekannt ist. Ich liebe dieses Gleichnis, das hat mir privat und beruflich schon sehr oft geholfen. Eine Amme und eine Mutter kommen mit einem Kind in ihrer Mitte zu einem Richter und jeder beansprucht, dass dieses Kind das eigene sei, dass man besser für dieses Kind sorgen könnte und jeder von ihnen hat Argumente dafür. Der Richter zeichnet mit der Kreide einen Kreis, stellt das Kind dazwischen und sagt, zieht das Kind. Diejenige, die stärker zieht, hat wohl mehr Kraft und kann besser auf das Kind schauen. Beide Frauen nehmen das Kind an der Hand und fangen an zu ziehen. Das Kind tut das, was jedes Kind in dieser Situation machen würde: Es schreit vor lauter Schmerz auf und die Amme lässt los. Daraufhin sagt der Richter: "Aus Liebe lässt man los, wenn das Kind Schmerzen erleidet" und spricht es ihr zu. Ich möchte, ohne irgendeine Polemik oder, na ja, Hang zur Romantik habe ich schon, aber ich möchte wirklich aufrichtig uns alle daran erinnern, dass die wichtigste Koalition, die wir führen, unabhängig von unserer politischen Couleur, die zur Bevölkerung ist und dass wir in dieser Situation zusammenhalten müssen und ich bitte daher auch dieses Stück zu unterstützen, da es sehr deutlich macht, und jeder, der etwas anderes behauptet, der sagt das unabhängig von den Fakten, dass sehr deutlich macht, dass wir über die Maßen bestrebt sind, das Ressort der Bildung zu unterstützen, sodass das was wir den Kindern und Familien schuldig sind, erhalten und ausgebaut werden kann. Aber wir müssen es auf realistische Art tun und wir müssen es tun, ohne dass wir die Stadt Graz, ohne dass wir das Gesetz brechen oder ähnliches. Ich danke dem Finanzstadtrat, dem Ressort und der Finanzdirektion und überhaupt allen Beteiligten dafür für diese Arbeit und für diesen Zusammenhalt.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke. Frau Gemeinderätin Kreiner bitte. Nein, Frau Gemeinderätin Kreiner. Möchten Sie die Wortmeldung zurückziehen? Danach ist Herr Stadtrat Eber und dann der Stadtrat Hohensinner.

Gemeinderätin **Kreiner**:

Sehr geehrte Gemeinderatskolleginnen und -kollegen, sehr geehrte Zuseherinnen und Zuseher, sehr geehrte Stadtregierung. Ich weiß gar nicht, wo ich jetzt anfangen soll. Es sind jetzt echt ein paar Sachen auf mich eingepresselt. Vielleicht fange ich einfach einmal kurz gleich mit der Mina Naghibi, die gerade gesprochen hat. Sie berichtet davon, 31 % des laufenden Cashflows, das ist eine tolle Geschichte, aber das hilft halt bei der aktuellen Lage leider nichts, weil es einfach zu wenige Einrichtungen gibt und die halt finanziert gehören. Das ist schön, wenn wir das meiste Budget haben von allen in dem Ressort, aber das schafft leider keine Betreuungsplätze. Dann auch ein schönes Gleichnis und es wäre schön, wenn wir mit Liebe alleine Betreuungsplätze schaffen würden, aber das geht leider auch nicht. Dann, weil immer das Argument kommt vielleicht auch in Richtung von unserer Frau Bürgermeisterin: Wir sollten schauen, dass wir finanzielle Mittel nach Graz bringen und dass man das am besten in den eigenen Reihen tun könnte beim Landeshauptmann, bei einem Finanzminister, aber Sie als Bürgermeisterin sind ja Landeshauptfrau, und könnten Ihr Amt und Ihre Aufgabe auch wahrnehmen und da bei Bund und Land für die Stadt Graz eintreten, unabhängig davon, welche Parteifarbe wir haben.

Ja, dann vielleicht auch an den Finanzstadtrat Eber: Wir haben zwei Gebietskörperschaften, die in Bildung, Kinderbildung und Betreuung investieren wollen, eben diese genannten € 18.000.000,00, die zusätzlich für Bildung und Betreuung eigentlich fließen hätten sollen und die jetzt aber einfach nicht in diesen Bereich eingestellt werden. Wenn ich das einmal kurz in Zahlen gießen darf, wir reden da immer von irgendwelchen Prozenten und wieviel Abdeckungsgrad wir da haben, aber wenn man das einmal in Zahlen gießt, heißt das, wir haben 280

Kinderbetreuungsplätze, jedes Jahr weniger in Zukunft. In drei Jahren fehlen uns über 1.000 Plätze, wenn man nicht zufällig gerade zwei Kinder hat, sind das 1.000 Familien, die keinen Betreuungsplatz bekommen werden in drei Jahren, also ich finde das dramatisch und wie man das jetzt auch noch schön reden kann und sagen, der Kinderbildungs- und Betreuungsbereich und Familien kriegen eh so viel Geld in ihre so eingestellt, also ich verstehe es nicht, es ist nicht nachvollziehbar für mich. Tatsache ist, dass mit dem derzeitigen Budget diese Betreuungseinrichtungen, und 14 Gruppen wären da pro Jahr notwendig, nicht schaffbar sind.

Vielleicht auch kurz zur Kinderbildung und -betreuung im Allgemeinen. Für eine Stadt ist das von zentraler Bedeutung, das hat eine große Wichtigkeit in der Gesellschaft, kurzfristige und langfristige Auswirkungen. Vielleicht ein paar wichtige Punkte: Die frühe Förderung, sprachliche und soziale Entwicklung, die Chancengleichheit, die soziale Integration der Kinder, eine ausreichende und qualitativ hochwertige Kinderbetreuung ermöglicht auch Eltern, insbesondere Müttern, eine Erwerbstätigkeit nachzugehen. Das ist besonders wichtig, vor allem auch in städtischen Gebieten, wo eben auch der wirtschaftliche Druck unter Umständen höher ist. Einfach die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, also das ist so ein wichtiges Thema, wie ich finde. Zusammenfassend vielleicht, der Ausbau der Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen in den Städten ist eine Investition in die Zukunft. Es fördert nicht nur die Entwicklung der Kinder, sondern stärkt auch die soziale und die wirtschaftliche Stabilität in der Gesellschaft. Dahingehend vielleicht noch einmal abschließend an unseren Finanzstadtrat Eber gerichtet: Zwei Gebietskörperschaften, nämlich Bund und Land, wollen zusätzlich in die Kinderbildung und Betreuung investieren. Bitte darüber noch einmal nachzudenken, weil es kann nicht sein, dass das jetzt einfach anders verwendet wird.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke Frau Gemeinderätin. Als nächstes Herr Stadtrat Eber bitte und danach Herr Stadtrat Hohensinner.

Stadtrat **Eber**:

Liebe Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat und in der Stadtregierung, ich darf zu ein paar Punkten hier kurz Stellung nehmen. Zunächst einmal zur Budgetsperre. Es ist ja auch gesagt worden: „Warum überhaupt ist das notwendig? Wir haben ja immer schon gewusst, dass die Wirtschaft sich schwach entwickelt und so weiter und so fort. Wir haben auf Ebene der Fachabteilungen höhere Zahlen angemeldet, sozusagen“. Ich möchte dazu schon sagen, ja, die wirtschaftliche Entwicklung ist seit fünf Quartalen, seit dem zweiten Quartal 2023, rückläufig oder zumindest bestenfalls stagnierend. Allerdings, um nur ein Beispiel zu nennen, die Österreichische Nationalbank hat erst am 13. September 2024 ihre Prognose für das laufende Jahr zurückgenommen von einem Wachstum von 0,3 % auf ein Minus von 0,7 %, also um ein ganzes Prozent zurückgenommen. Erst vor, kann man sagen, wenigen Tagen, nicht einmal eine Woche. Das bedeutet, bei einem Bruttoinlandsprodukt von ganz grob gesagt € 450.000.000.000,00 ist ein Prozent auch nicht wenig und das wirkt sich dann oder schlägt natürlich auf viele Bereiche durch, eben auch auf die Steuerentwicklung und damit verbunden auf die Ertragsanteile, die den Ländern und den Städten und Gemeinden dann auch zur Verfügung stehen. Und da haben wir eben auch Ende Juli eine außerordentliche Schätzung des Finanzministeriums erhalten, das uns dann auch vom Land detailliert am 01. August dann übermittelt worden ist, also detailliert heruntergebrochen auf die Stadt Graz. Die Auswirkung war eben ein neuerliches Minus von € 8.000.000,00 für das laufende Jahr, nachdem ja bereits die vergangenen Prognosen im Frühjahr 2024, aber auch bereits im Herbst 2023, massive Rückgänge eingepreist haben. Die mussten wir natürlich ins Budget aufnehmen. Wir können ja nicht einfach irgendwelche Fantazahlen natürlich hineinschreiben, sondern haben diese massiven Rückgänge eingepreist. Aber natürlich die neuesten Schätzungen konnten wir erst jetzt übernehmen.

Zum Schluss noch die Pflegeleistungen, die gesetzlichen Leistungen im Pflegebereich, im Sozialbereich, im Jugendbereich. Wir haben es hier ja beispielsweise zu tun, das hat die Kollegin Gamsjäger-Katzensteiner ja auch schon angesprochen. Wir haben ein Steiermärkisches Sozial- und Pflegeleistungsfinanzierungsgesetz, das uns massiv

belastet. Das belastet uns nicht nur, sondern bringt auch neue Herausforderungen mit sich bei der Budgeterstellung insgesamt. Das heißt, wir haben früher relativ genau, mehr oder weniger genau, sagen können, unsere Ausgaben im Pflichtbereich werden sich auf so und so viele Millionen Euro belaufen. 60 % davon im Schnitt bekommen wir vom Land zurück. Das ist jetzt mit dem neuen Gesetz auch anders. Hier ist entscheidend, was stellt das Land überhaupt ein in ihr Budget und von diesem müssen wir dann auch ausgehen, was da für uns sozusagen ausgewiesen wird und wir können da nur die Landeszahlen übernehmen. Das Land überraschenderweise hat hier sehr niedrig budgetiert. Ich möchte eigentlich fast ausschließen, dass es da einen Zusammenhang mit der bevorstehenden Landtagswahl gibt, um hier besser dazustehen. Aber auch das Land wird selbstverständlich hier noch heuer dann entsprechend nachbessern müssen, vor allem, was dann das kommende Jahr anbelangt, also wo ja unsere Kostenersätze für das laufende Jahr 2024 dann rücker setzt werden müssen.

Ich möchte vielleicht auch noch kurz zum Thema der Sparbücher und auch zum Thema Sparen natürlich: Die Sparbücher, ja, ich weiß jetzt gar nicht mehr, wer das gesagt hat, ich glaube, das war eh der Kurt Hohensinner, hat ja richtigerweise angemerkt, ja, es macht Sinn, diese sogenannten Sparbücher einzuführen, damit man eben Gelder, die man nicht sofort verbraucht, dass die nicht eingezogen werden am Jahresende oder verfallen, sondern dass man mit denen im nächsten Jahr weiterarbeiten kann. Und genau deswegen werden wir aus heutiger Sicht selbstverständlich auch diese Sparbücher weiterhin zur Verfügung stellen und hier eine bestimmte Sicherheit geben. Umgekehrt, was bedeutet es aber, wenn man Projekte, Leistungen, was man immer von den Sparbüchern finanziert? Das bedeutet nichts anderes, dass man die LCF-Werte erhöht, was zu erhöhten Ausgaben führt und genau um das geht es ja. Also wir haben die Tatsache, dass wir täglich ungefähr € 250.000,00 mehr ausgeben als wir einnehmen, und das weist ja sehr deutlich darauf hin, dass wir hier darauf achten müssen, die Ausgaben zu reduzieren und mit Sparbuchentnahmen, mit der Finanzierung über Sparbücher, können wir das nicht gewährleisten, sondern ganz im

Gegenteil, da werden auch unsere Ausgaben erhöht und das betrifft natürlich dann auch die Liquidität.

Ich bin schon ziemlich am Ende der Redezeit angelangt, ich möchte nur noch kurz ein paar Zahlenbeispiele hier sagen, weil es ja immer heißt, ja, das Sozialbudget wird unendlich aufgebläht. Wir haben im Jahr 2022 einen Rechnungsabschluss von rund € 7,5 Millionen im Sozialbereich gehabt. Aufgrund der Ausweitung der SozialCard haben wir diese Zahl des Budgets für 2023 auf über € 14 Millionen erhöht, aber es war natürlich nicht genau absehbar, wie wirkt sich denn diese Ausweitung der SozialCard aus, wer sucht dann überhaupt darum an, welche Leistungen werden in Anspruch genommen. Wir haben es nicht ausgenutzt. Für 2024 sind wir dann wieder auf € 12 Millionen zurückgegangen, für 2025 und 2026 aus heutiger Sicht sind wir dann bei rund € 10 Millionen. ABI ist bereits angesprochen worden von € 42 Millionen 2022 auf € 61 Millionen für 2025, € 63 Millionen für 2025 und im Vergleich auch ein Bereich aus dem Verantwortungsbereich der Frau Vizebürgermeisterin, Grünraumabteilung, weil ich gerade auch den Robert Wiener vorher da gesehen habe, ich glaube, er ist schon wieder weg, aber jedenfalls haben wir dort auch € 543.000,00 Ausgaben gehabt, 2022. Fürs heurige Jahr sind wir bei € 531.000,00 also leicht darunter. Für 2025, 2026, jeweils ungefähr € 500.000,00, also auch in diesen Bereichen, die uns als Koalition ja auch sehr wichtig sind. Wir sind ja angetreten, weil wir gesagt haben, wir wollen eine demokratische, eine ökologische, eine soziale Politik für diese Stadt machen. Auch hier in diesen Bereichen gehen wir mit größter Sparsamkeit vor und versuchen natürlich dennoch diese Ziele zu erreichen. Danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke schön. Herr Stadtrat Hohensinner bitte.

Stadtrat **Hohensinner**:

Ich möchte ganz kurz zu dem, was der Manfred Eber jetzt gesagt hat, replizieren und dann noch auf die Kinderbetreuung kurz eingehen. Lieber Manfred, ja, dass mit den Sparbüchern, dass du diese Logik beibehältst, das ist gut, nur wenn jetzt unsere Budgets leergeräumt wären, also die Reste, die wir sonst auf das Sparbuch bekommen hätten, wenn genau diese Reste aufgesaugt werden, dann haben wir keine Sparbücher im nächsten Jahr. Und du hast auch eines richtig beschrieben, aufgrund einer Fehleinschätzung der Bürgermeisterin, was die SozialCard betrifft, deswegen hat die Frau Bürgermeisterin jetzt ein Sparbuch von € 17.000.000,00 weil man angenommen hat, dass der Bezieher:innenkreis der SozialCard sich verdoppeln wird, von etwa 10.000 auf 20.000. Gott sei Dank braucht es nicht dieses Mittel für so viele Menschen, und da hat man sich das Geld gespart. Deswegen ist es für mich nicht nachvollziehbar, warum man nicht ganz einfach das Sparbuch der Bürgermeisterin hernimmt. Dann würden wir uns dieses Sparpaket ersparen. Also das ist aus meiner Sicht nicht nachvollziehbar. Und du hast jetzt die Entwicklung der Bildungsabteilung gesagt, ja, wir haben jedes Jahr mehr Kinder, wir haben mehr Schulen, mehr Einrichtungen. Deswegen braucht es auch jedes Jahr eine Steigerung des Bildungsbudgets. Aber von 2024 auf 2025 wird es erstmalig keine Steigerung des Bildungsbudgets geben, obwohl wir vom Bund Geld bereitgestellt bekommen.

Und jetzt ganz kurz, um das Gesagte von der Frau Katzensteiner und Co. noch ein wenig ins richtige Licht zu rücken. Ich bin bei dir, Frau Katzensteiner. Wir haben einiges zusammen mit dem Land erreicht für die Elementarpädagogik. Gott sei Dank, wir haben eine bessere Bezahlung, wir haben in die Ausbildung investiert, wir haben die Herabsetzung der Gruppenhöchstzahl zusammenbekommen. Aber es ist immer so eine Sache mit der politischen Wahrheit. Normalerweise hat jede Partei so ein bisschen eine eigene Perspektive der politischen Wahrheit. Das ist der politische Diskurs. Aber in dem Fall ist die Faktenlage so klar und erdrückend, dass ich da einfach ein paar Zahlen richtigstellen muss. Ja, wir haben massiv investiert bis 2021 in den Ausbau der Kinderbetreuung. Wir haben bis 2021, in den zehn Jahren, in denen ich für die Kinderbetreuung vor dem Regierungswechsel verantwortlich war, 1.800 zusätzliche

Plätze zusammengebracht. Das war ganz, ganz wichtig, das haben wir forciert. Seit 2021 gibt es keine zusätzlichen Plätze. Faktum ist, dass wir jetzt von einer anderen Gebietskörperschaft, vom Bund € 18.700.000,00 für den Ausbau der Elementarpädagogik zusätzlich bekommen, jedes Jahr, erstmals dieses Jahr. Fakt ist, dass ich ins Bildungsbudget um keinen Cent mehr eingestellt bekomme, das ist, da kann man noch so viel drüber reden, das noch so schön beschreiben wie die Frau Katzensteiner und einige davor. Das ist Fakt und das ist unverantwortlich, dass Geld, das für die Bildung bereitgestellt wird, nicht für die Bildung verwendet wird. Ich finde das unverantwortlich, wirklich. Und damit wir ein bisschen von den Fakten reden, und das kann ich wirklich nochmals allen Gemeinderätinnen und Gemeinderäten bereitstellen, dass wir wissen, was passiert, wenn wir jetzt nicht den Ausbau vorantreiben. Wir haben im Betreuungsjahr 2023/2024 einen Versorgungsgrad im Kindergarten von 92,99 %. Der Manfred Eber hat heute in der Kleinen Zeitung gesagt, es wird kein zusätzliches Geld geben. Ich sage euch, was passieren wird: Im Jahr 2027 werden wir einen Versorgungsgrad von 79,22 % haben. Das klingt jetzt sehr mathematisch. In Wirklichkeit wird ein großer Teil der Jungeltern keinen Kinderbetreuungsplatz haben. Aus meiner Sicht ist das wirklich ein Wahnsinn. Und wenn das so eintritt, dann, liebe Frau Bürgermeisterin, fällt das uns insgesamt auf den Kopf. Als Bildungsstadtrat habe ich die Verantwortung rechtzeitig zu warnen. Das habe ich vor zwei Jahren gemacht. Ich habe rechtzeitig einen Ausbauplan vorgelegt. Ihr gebt mir leider das Geld nicht, damit ich ausbauen kann.

Und zu dem, was der Manfred Eber heute in der Kleinen Zeitung gesagt hat: Ja, der Landesgesetzgeber hat da auch eine Möglichkeit vorgegeben, dass eine Kindergartengruppe eine zusätzliche Betreuerin nimmt. Dann kann man bei den 25 Kindern bleiben. Ja, das ist gedacht für Gemeinden, wo jetzt statt 20 Kinder in einem Jahrgang 23 oder 24 sind. Da ist daran gedacht, dass man da nicht extra noch eine zusätzliche Gruppe bauen muss. Dort ist es verständlich. Und ich habe mich auch nicht verwehrt, mit allen Pädagog:innen in Graz mich zusammensetzen und zu sagen: Ja, für wen ist das eine Option?“ 5 Gruppen haben sich bereiterklärt, das zu machen, von ungefähr 300. Aber, lieber Manfred Eber, zwingen kann man die Pädagog:innen nicht,

weil sonst würden wir genau wieder dort zurückfallen, wo wir vor drei Jahren waren, wo ihr vor drei Jahren auf der Straße mit euren Mitstreiter:innen unterwegs wart und die Herabsetzung der Gruppengröße zu Recht eingefordert habt. Das kann nur auf freiwilliger Basis passieren. Ich war mit dir, mit dem Personalvertreter der Kindergartenpädagogen, vor zwei Wochen bei dir im Büro und wir haben das durchdiskutiert. Du weißt, was er zu dir gesagt hat, und du hast gesagt im O-Ton: „Ja, das haben wir eigentlich ja immer gefordert, die Gruppenherabsetzung.“ Aus meiner Sicht geht sich das nicht aus. Der Wille wäre da, wenn das alle mitgetragen hätten. Nur ohne zusätzliches Geld, werden wir den Ausbau nicht schaffen. Ich glaube, das wollen wir uns alle nicht vorstellen, dass wir im Versorgungsgrad auf 79 % herunterfallen. Also das wäre aus meiner Sicht wirklich für die Familienpolitik dieser Stadt eine Katastrophe. Familie und Beruf unter einen Hut zu bekommen, setzt voraus, dass wir genügend Kinderbetreuungsplätze in dieser Stadt haben. Wenn ihr so weitermacht, dann wird dieser Bereich heruntergewirtschaftet. Das möchte ich nicht zulassen.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke schön. Frau Gemeinderätin Potzinger bitte.

Gemeinderätin **Potzinger**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Damen und Herren. Gestatten sie mir, dass ich ein bisschen in die Geschichte der letzten 25 Jahre schaue, was Demografie betrifft. Ich bin jetzt seit 26 Jahren im Gemeinderat und habe da einen gewissen Überblick. Im Jahr 2000, erinnere ich mich, hatten wir 215.000 Einwohner in Graz, jetzt haben wir 300.000. Europa erlebt einen demografischen Winter, es werden immer weniger Kinder geboren. In der Steiermark hatten wir in den 60er Jahren 20.000 Geburten, jetzt sind es 10.000. In Graz ist das erfreulicherweise anders. Graz ist eine junge dynamische Stadt. Wir haben viele Kinder, das ist sehr, sehr erfreulich. Aber wir haben auch viele Kinder, die einen

zunehmenden Bedarf an Förderung haben, was die Sprache betrifft. Diese große Zunahme an Kindern geht natürlich auch zurück auf viele Familien mit Migrationshintergrund, die in den letzten Jahren zu uns gekommen sind. Und uns ist jedes Kind gleich lieb und wertvoll. Das muss einmal ganz klar gesagt werden. Jedes einzelne Kind hat Anspruch auf bestmögliche Förderung, und ich glaube, da sind wir uns alle einig. Wir wollen, dass jedes einzelne Kind beste Zukunftschancen hat, auch später am Arbeitsmarkt, und das setzt die entsprechende Bildung voraus. Jetzt schauen wir in die Grazer Volksschulen. Nur eine kurze Zahl: Jedes zweite Volksschulkind in Graz spricht zu Hause nicht Deutsch, jedes fünfte Kind bekommt kein Zeugnis, ist ein außerordentlicher Schüler, weil dieses Kind dem Unterricht nicht ausreichend folgen kann, weil es Mängel in der deutschen Sprache hat. Das heißt, was ist da unsere vorrangige Aufgabe? Zu investieren in die Sprachförderung. Das muss im Kindergarten beginnen, bei den Vier- und Fünfjährigen. Und wirklich danke, lieber Stadtrat Hohensinner, weil es in den letzten Jahren unglaublich viel passiert ist beim Thema Sprachförderung und du betonst es auch immer wieder, nur das kostet natürlich Geld. Das machen Vereine für uns, die aber auch bezahlt werden müssen. Und was wir in dem Alter machen bei den Vier- und Fünfjährigen, das ist wissenschaftlich erwiesen, das rechnet sich im Ausmaß von 1 zu 6, wenn wir erst bei den 15-Jährigen ansetzen, die keinen Schulabschluss haben, die nicht ausreichend Deutsch können, die nicht sinnerfassend lesen können, die damit nicht vermittelbar sind am Erwerbsarbeitsmarkt, dann versechsfachen sich in dieser Altersgruppe die Kosten. Das heißt, es ist gut investiertes Geld bei der kindlichen Frühförderung anzusetzen, bei der Sprachförderung und dafür, nicht zuletzt auch dafür, bekommen wir jetzt ein zusätzliches Geld vom Bund. Es ist erfreulich, wirklich, Herr Finanzstadtrat, Frau Bürgermeisterin, es wird viel getan, um in Graz das Bildungssystem gut zu finanzieren. Aber die Mittel reichen nicht aus, wie wir jetzt sehen. Jetzt bekommen wir vom Bund anteilmäßig von dieser Milliarde über € 18 Millionen, die das Land Steiermark postwendend, an die Stadt Graz weitergibt. Das ist ein zusätzliches Geld, und dieses Geld muss zusätzlich verwendet werden im Kinderbildungs- und Betreuungsbereich für den Ausbau der Betreuungsplätze. Heute schon mehrfach

erwähnt, das war ja die Forderung auch der Pädagog:innen, die Gruppen kleiner zu machen innerhalb von fünf Jahren, auf 25, auf 20 Kinder zu kommen. Ich brauche es nicht näher auszuführen, ihr wisst es alle, dass das pädagogisch höchst wertvoll ist. Aber das heißt, dass wir um ein Fünftel mehr Kindergartenplätze brauchen, allein wenn die Kinderzahl gleichbleibt. Aber bei der steigenden Kinderzahl brauchen wir umso mehr Plätze, und die Zahlen hat der Bildungsstadtrat schon erwähnt. Das heißt, wir brauchen dieses Geld, das der Bund uns gibt, zusätzlich, additiv, um zu investieren in den Ausbau der Betreuungsplätze und der Bildungsplätze und vor allem auch in die Sprachförderung. Deshalb, liebe Frau Bürgermeisterin, lieber Herr Finanzstadtrat, dieses zusätzliche Geldpaket, das wir vom Bund bekommen für die Kinder, gehört den Kindern, darf nicht zweckentfremdet werden. Ich ersuche um ein Bekenntnis, dass wir in der Zukunft Stadt Graz, Menschenrecht Stadt Graz, die Kinder- und familienfreundlich zertifiziert ist, dass wir dieses Geld den Kindern nicht vorenthalten und in die Kinder investieren, damit die Kinder und Familien ein gutes Leben in dieser Stadt haben.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke Frau Gemeinderätin. Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Herr Gemeinderat Wagner bitte.

Gemeinderat **Wagner**:

Hoher Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen. Unglaublich eigentlich, wie häufig wir in den letzten zweieinhalb Jahren schon zum Budget und zu unseren Finanzen haben sprechen müssen und nicht dürfen. Sage ich auch ganz bewusst so, weil es ja wirklich ein Trauerspiel ist, wie oft, wir hier eigentlich nacharbeiten müssen. Eines ist einmal Fakt: Im Bereich Soziales habt ihr euch definitiv fair budgetiert, weil ansonsten kann es, meiner Meinung nach, nicht möglich sein, dass die wohl sinnvollen Sparbücher dann doch auf ein Maß von € 17,4 Millionen anschwellen. Ich glaube, da ist

das höchste Zeit, dass man die wieder etwas nach unten reduziert, auf ein vernünftiges Maß, wie gesagt, abschaffen will es keiner, es ist ja ein sinnvolles Instrument, aber ich glaube, diese Größenordnung muss einmal auf gar keinen Fall sein. Und weil man immer wieder hört, es waren alles die Vorgänger: Es wird niemand bezweifeln, dass die Vorgänger nicht auch genug Fehler gemacht haben, keine Frage, aber es ist trotzdem so, dass ihr jetzt zweieinhalb Jahre Zeit gehabt habt, es besser zu machen und das ist vielerorts nicht passiert, und da gehe ich schon einmal her auf einen Punkt, der im Kommunalen Plus auch angefallen ist, betrifft zum Beispiel das Büro der Frau Vizebürgermeisterin, weil eins der ersten Daten war, den Personalstand gleich einmal richtig ordentlich und satt aufzustocken. Ich glaube, das sind alles sicher nicht die Maßnahmen, die dieses große Minus verursachen, aber es sind Kleinigkeiten, die den Weg dorthin ebnen. Und es sind auch 600 Parkplätze, die sie weggestrichen haben. Ja, gut, da kann man sagen, ist doch schön, da kommen weniger Leute in die Stadt. Das sehe ich ein bisschen differenziert, aber vor allem sehe ich es anders, wenn ich daran denke, was wir an Einnahmenverlusten dadurch haben. Oder zum Beispiel auch das fertig geplante Projekt Remise Steirergasse, wo man umgeplant hat, weil man es halt natürlich so, wie es die Vorgänge gemacht haben, nicht umsetzen wollte. Da macht man ein bisschen einen Park aufs Dach, da macht man einen Windrad aufs Dach. Was ist denn davon übergeblieben am Tagesende, nachdem wir draufgekommen sind, dass das Geld kostet? Weder der öffentliche Park am Dach noch das Windrad. Aber € 80 Millionen Mehrkosten, die sind übergeblieben und wir diskutieren heute über € 10 Millionen, die hier irgendwo auflaufen. Das ist wirklich sehr, sehr schade, also wie gesagt, nicht immer so tun, als würden nur die Vorgänger alles falsch machen, ich glaube, die Liste lässt sich da durchaus, wenn man lang genug sucht, weiterführen, aber das wird alles nichts helfen. Eins hilft aber ganz sicher nicht, und das ist Einsparen im Bereich der Bildung, im Bereich der Wirtschaft und im Bereich des Sportes, weil das sind Investitionen in die Zukunft. Herr Stadtrat Eber hat jetzt erst richtig ausgeführt, wir wissen, dass sich die Wirtschaft nicht gut entwickeln wird, aber die Frage ist, was habt ihr denn dagegen gemacht, außer das einzelne Mandatäre durchaus mit sehr sinnvollen Wirtschaftsanträgen eine Wirtschaftsstrategie fordern? Beim Parken ein

bisschen was auf die nicht vorhandenen Parkplätze dazuzahlen lassen wollen, also das sind zwar schöne Einzelmaßnahmen, aber wenn ihr anfängt das Budget jedes Jahr um € 2 Millionen zu kürzen und jetzt schon vorausschickt, dass es wieder um € 700.000,00 Euro kürzen werdet, dann darf ich mich am Tagesende auch nicht wundern, wenn ich dann hier reinschreiben muss in den Motivenbericht, dass die Kommunalsteuereinnahmen sinken werden. Und wenn wir so weitermachen, dann wird das leider weiter so sein und ich weiß nicht, wo der Plan hingeht, auch wo Kinderbetreuungsstätten dann offenbar von euch hingehen. Weil ich sehe diese Strategie und diesen Plan nicht, aber eines ist ganz sicher: Wenn es unserer Wirtschaft weiterhin so schlecht geht und wir nicht entsprechend investieren und sicherstellen, dass wir diese ein bisschen unterstützen und schauen, dass sie in die Gänge kommt, dann werden wir bald so viele Leute zuhause sitzen haben, dass sie auf ihre Kinder selber schauen müssen, und das ist traurig.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Herr Gemeinderat Gostentschnigg.

Gemeinderat **Gostentschnigg**:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe ÖVP, ich trage meinen Kragen in aller Regel sehr locker, aber er ist trotzdem kurz davor, dass er mir platzt, weil eines lasse ich Ihnen nicht durchgehen: Es geht nicht, dass der Bund zum Beispiel die Körperschaftsteuer senkt, es geht nicht, dass die kalte Progression abgeschafft wird und nicht gegenfinanziert wird, wodurch natürlich Steuereinnahmen fehlen, die letzten Endes über den Bundesfinanzausgleich auch in den Gemeinden fehlen. Es geht nicht, dass uns hier das Geld heruntergerissen wird, was uns natürlich vorne und hinten fehlt. Es geht auch nicht, dass das Land Steiermark mit einem Belastungspaket, vor allem auch für die Stadt Graz im Zuge des Pflege- und Sozialfinanzierungsgesetzes, das über uns hereinbricht. Natürlich wird das irgendwo fehlen. Ja, glauben Sie ernsthaft, wir

stehen in der Früh auf und denken uns: „Wem nehmen wir denn heute das Geld weg? Ach, den Kindern“. Ich meine, wir wären die Ersten, die natürlich das Geld zusätzlich gerne zur Verfügung stellen würden, wenn wir es könnten. Wir strecken uns nach einer Decke, die nicht wir bauen. Diese Decke baut die ÖVP auf Landes- und Bundesebene. Und natürlich, wenn da die Einnahmen fehlen, werden die vorne und hinten auch in Graz dann durchschlagen, ja sicher.

Zwischenruf

Gemeinderat **Gostentschnigg:**

Sie können gerade der KPÖ tatsächlich nicht vorwerfen, aus genannten Gründen, wir hätten selbst in schweren Zeiten nichts für die Kinderbildung und -betreuung getan. Ganz im Gegenteil, wir haben zusätzliche Vollzeitäquivalente geschaffen, wir haben das Gehalt angepasst, wir haben Überschneidungstunden finanziert und so weiter und so fort in einer Zeit, die wirklich nicht einfach ist. Aber wenn Sie sich da jedes Mal wieder herstellen und so tun, als würden wir den Kindern aus reiner Boshaftigkeit Geld vorenthalten, das stimmt einfach nicht, Entschuldigung.

Zwischenruf

Gemeinderat **Gostentschnigg:**

Vielleicht machen Sie nachher eine Wortmeldung, Sie sind recht weit weg gerade von mir, ich kann es nicht hören. Glauben Sie mir, wäre tatsächlich insgesamt mehr Geld da, wir würden super gerne in den Ausbau der Kinderbildungsstätten investieren. Schauen Sie, wenn Sie auf der einen Seite einen Batzen Geld hinunterreißen und auf der anderen Seite dann ein Geld kommt, und dann können Sie uns schon vorwerfen, dass das Budgetflicken ist. Wir müssen heute ein legales Budget zusammenkriegen, wir strecken uns nach einer Decke, die wir nicht selbst konstruieren.

Zwischenruf

Gemeinderat **Gostentschnigg:**

Ich mache einen Punkt, sonst muss ich mich noch nicht ärgern. Ich hoffe, ich habe übergebracht, was ich sagen wollte. Es geht nicht, dass auf den übergeordneten Ebenen einfach das Geld den Kommunen vorenthalten wird. Wir lesen jeden Tag in der Zeitung, was das für die Kommunen heißt. Und auf der anderen Seite uns dann so herzustellen, als würden wir aus reiner Boshaftigkeit irgendwem ein Geld vorenthalten, das ist einfach nicht wahr. Wir tun unser Bestes, glauben Sie uns das, aber wir strecken uns halt auch nur nach der Decke.

Bürgermeisterin **Kahr:**

Danke schön. Die Frau Clubobfrau Hopper hat sich gemeldet und dann Herr Gemeinderat Huber.

Clubobfrau **Hopper:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Stadtregierungsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen. Danke Simon, das war ähnlich wie die Daniela vorher, grundsätzlich von der Wortmeldung, und wer alles nicht zuständig ist. Ich möchte diese Zuständigkeiten und die Intentionen vielleicht jetzt noch einmal in einer anderen Richtung beleuchten. Erstens einmal nur zur Klarstellung, es hat in keiner einzigen Wortmeldung jemand eine Boshaftigkeit unterstellt, nämlich nicht eine Boshaftigkeit, aber sehr wohl eine Absicht und darauf bleiben wir auch drauf, weil es ist eine absichtliche Entscheidung, alle anderen Sparbücher sukzessive abzuschmelzen und zu sagen, das ist der Schlüssel, um das Budget zu sichern. Das einzige Sparbuch, das nicht hierher herangezogen wird, ist das der Bürgermeisterin. Das ist eine Willenssache und das ist keine Böshaftigkeit. Wir unterstellen hier keine Böshaftigkeit, wir unterstellen einfach, dass es so ist und dass es absichtlich so gemacht wird.

Wem ich tatsächlich eine Unterstellung machen möchte, und da appelliere ich wirklich an die Fraktion der SPÖ und an die Fraktion der Grünen, diese € 18 Millionen, die wir auf Bundesebene beschlossen haben, haben einen klaren Zweck, haben ein ganz klares Mascherl. Wir reden immer sehr viel von Geld hat ein Mascherl, Geld hat kein Mascherl. Wir haben in der GUF-Diskussion sehr viel darüber geredet, aber diese € 18 Millionen haben einen ganz klaren Zweck und dieser Zweck wird hier jetzt gerade im Gemeinderat und in den ganzen Budgetdiskussionen so nicht gesehen. Das sollte eigentlich, finde ich, gerade die grüne Fraktion ziemlich ärgern, weil wir auf Bundesebene eigentlich hier ein ganz klares Bekenntnis abgegeben haben. Das sollte auch die sozialdemokratische Fraktion ziemlich nerven, weil das, und die Kollegin Potzinger hat das schon vorher gesagt, dieses Geld für Graz eins zu eins als Durchläufer an uns weitergeht, und zwar nicht dafür, dass wir die prekäre Budgetsituation, in die uns die Koalition jetzt über die Jahre hinweg verfrachtet hat und verschlimmert hat, um hier Budgetlöcher zu stopfen, sondern tatsächlich in Kinder investieren. Und ich wiederhole meinen Appell von zu Beginn. Vielleicht kann man sich das noch einmal überlegen. Ich glaube, unser Abänderungsantrag wird genau das sicherstellen. Vielleicht könnt ihr euch ja doch noch irgendwo darin wiederfinden.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke, Herr Gemeinderat Huber, bitte. Ich wollte nur zwischenseitig erinnern, einige, ich glaube, es möchten einige zur Eröffnung des Steirischen Herbstes gehen, wir müssen halt immer schauen, dass wir beschlussfähig bleiben. Deswegen, die Argumente werden jetzt nicht...Also ich wollte einfach sagen, wenn es jetzt nicht noch den dringenden Wunsch nach Wortmeldungen gibt, weil es ist schon sehr viel gesagt und ausgetauscht worden, bitte, Herr Gemeinderat.

Gemeinderat **Huber**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, also ich muss schon sagen, dass teilweise die KPÖ ein sehr ambivalentes Verhältnis zum Thema Geld hat. Das haben wir ja schon immer alle gewusst, aber heute mit euren Wortmeldungen muss ich echt sagen, schießt ihr beinhart den Vogel ab in diesem Gemeinderat. Schauen wir uns einmal eure Politik in dieser Stadt an, nehmen wir diesen Wohnungsbereich her, Wohnen Graz, der Eigenbetrieb, wo wir einmal geschmeidige € 8 Millionen Verlust machen im Jahr 2023, weil ihr schlicht und ergreifend nicht wirtschaften könnt in diesem Bereich. Dann nehmen wir den Bereich Wirtschaft her, wo ihr das Budget unseres Wirtschaftsstadtrates Günter Riegler zusammenkürzt, dass nichts mehr möglich ist in dieser Stadt. Schauen wir uns einmal die ganzen Leerstände in dieser Innenstadt an. Die habt alle ihr zu verantworten, liebe KPÖ. Oder meine Frage heute an die Frau Bürgermeisterin, ob die Rückstellungen für die Schadenersatzzahlungen bezüglich der Josef-Huber-Unterführung eingestellt werden. Nein, da schauen wir einmal, was auf uns zukommt. Weiß ich ja nicht, sind es € 100.000,00, sind es € 10.000.000,00, ja, Frau Vizebürgermeisterin, die werden auf uns zukommen, dank Ihrer Politik, so schaut das aus. Und jetzt, zum Abschluss von eurer Super-Budget-Politik, spart ihr halt an der Zukunft der Kinder in dieser Stadt, und dann geht der Herr Simon heraus und sagt, was wir alles auf der Bundesebene gemacht haben. Macht lieber einmal eure Hausaufgabe in der Stadt Graz, bevor uns auf der Bundesebene erzählt wird, was wir falsch machen.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Zumindest hören wir heute viele Argumente. Herr Stadtrat Krotzer bitte.

Stadtrat **Krotzer**:

Ich möchte noch tatsächlich berichtigen, das, was von der Clubobfrau Anna Hopper gesagt worden ist, dass die Sparbücher von allen Stadtregierungsmitgliedern abgeschmolzen werden und das Einzige, das nicht abgeschmolzen wird, wäre jenes der

Bürgermeisterin. Das ist so natürlich nicht richtig, selbstverständlich werden auch hier Mittel dafür verwendet, zum Beispiel auch für den kommunalen Wohnbau. Das muss noch kurz korrigiert werden.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke, Robert, es gäbe viel zu korrigieren, aber dann würde die Sitzung auch weiter und ich wollte eigentlich mich hier heute zurückhalten, aber die Frau Vizebürgermeisterin möchte noch gerne einen Aspekt einbringen.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Ich bitte auch um die Korrektur dieser ständigen Behauptung, wir würden Schadenersatzzahlungen für die Stadt in Kauf nehmen. Das ist einfach die Unwahrheit und ich bitte Sie, das endlich einzustellen. Wir arbeiten mit bestem Wissen und Gewissen an einer besten Lösung, die hoffentlich eine Alternative ist für ein Vergangenheitsprojekt, für ein fossiles Projekt, wie die Josef-Huber-Unterführung, die 2010 hier beschlossen wurde und 14 Jahre danach schon wirklich fossiles Relikt ist und uns € 47.000.000,00 kosten würde für nichts leider. Es wird vielleicht darauf hinauslaufen, dass wir das beschließen werden müssen, aber ich möchte nichts ungeprüft lassen. Wir nehmen sicher keine Schadenersatzzahlungen in Kauf. Ich bitte das zurückzunehmen.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Möchte Herr Hackenberger ein Schlusswort? Bitte.

Gemeinderat **Hackenberger**:

Sehr geehrte Stadtregerung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauer, um auf die letzte Wortmeldung zurückzukommen, ich hoffe, die war humoristisch gemeint, weil alles andere ist für mich unvorstellbar. Wärst du Geschäftsführer einer GmbH und würdest eine Rückstellung für eine nicht existierende Forderung vornehmen, würde man dich wahrscheinlich sehr schnell aus der Geschäftsführung entfernen. Ich will aber jetzt zum Inhalt zurückkommen. Zwei Dinge möchte ich nicht gerne stehen lassen. Das eine ist die Behauptung, der Finanzdirektor, der zuständige Stadtrat hätte ja eh schon lange wissen müssen, wie die Zahlen sein werden, weil das hat man ja schon vor Jahren gesehen etc., etc. Wir sind in einem System, was die Ertragsanteile des Bundes anbelangt, das so aussieht, dass die Volkswirtschaftliche Abteilung des Finanzministeriums Schätzungen vornimmt, die an die Länder weitergibt und die Länder geben es dann an die Gemeinden weiter. Das heißt, die Grundlage für jeden Finanzstadtrat oder für jeden Referenten in den Gemeinden für die Erstellung des Budgets sind die Zahlen, die aus dem Finanzministerium und dessen Volkswirtschaftliche Abteilung kommen. Die haben es nicht gewusst. Das kann nicht Ihr Ernst sein, dass der Herr Eber das wissen hätte müssen, was man in Wien in einer großen Abteilung mit Volkswirtschaftsspezialisten nicht gewusst hat. Das ist das eine. Das zweite ist, jetzt habe ich schon zum wiederholten Male gehört, eigentlich ist das jetzt dauernd gesagt worden von Ihrer Seite, das Geld, € 18.700.000,00 sei sozusagen verplempert, wird verplempert in einem allgemeinen Budgettopf und verschwindet dort. Das Papier, das Sie heute zu beurteilen und zu beschließen haben sagt genau das Gegenteil. Beschließen sollen wir die Änderungen der Budgetansätze laut der Beilage 1 und wenn Sie die Beilage 1 aufschlagen, sehen Sie auf der zweiten Seite, weil € 18.752.000,00 als Herkunft, Transfer von Ländern, Zukunftsfonds, Elementarpädagogik und als Ziel Kindergärten. Klarer kann man nicht ausdrücken, dass es hier um ein Geld geht, was tatsächlich natürlich so verwendet wird und auch so verwendet werden muss, wie es von Bund und Land gedacht ist und gemäß diesen Vorgaben hat die Finanzdirektion diese Position genau bei Kindergärten eingestellt. Das heißt, das Budget des Herrn Stadtrat Hohensinner ist um dieses € 18,7 Millionen

höher geworden durch die Zahlung vom Land, die bisher nicht budgetiert werden konnte. Es ist genau bei der Position Kindergärten gelandet, deswegen ist mir das nicht klar, was Sie hier behaupten. Danke schön.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Herr Stadtrat Hohensinner möchte gerne eine tatsächliche Berichtigung vornehmen.

Stadtrat **Hohensinner**:

Zu zwei Punkten, das, was du oder was Sie – müssen wir uns noch ausreden.

Gemeinderat **Hackenberger**:

Du.

Stadtrat **Hohensinner**:

Du, danke. Das, was du jetzt gesagt hast, das wäre schön, wenn zusätzlich € 18 Millionen jetzt da wären. Dann wären es nämlich nicht nur € 62 Millionen, sondern € 80 Millionen. Das ist aber nicht der Fall. Also, das ist eine tatsächliche Berichtigung. Der Bund gibt Geld her für zusätzliche Kinderbetreuung. Er will das Geld zusätzlich bereitstellen. Das hast du ja jetzt angemerkt. Aber das Geld gibt es in meiner Bildungsabteilung zumindest zusätzlich nicht. Wenn es zusätzlich noch bereitgestellt wird, sage ich dreimal danke. Aber ich sehe es derzeit nicht.

Und das Zweite: Wir haben nicht gesagt, dass die Ertragsanteile ganz genauso zu erwarten waren. Sondern wir haben gesagt, die gesetzlichen Leistungen waren genauso zu erwarten, zumindest im Behindertenbereich. Und das sage jetzt nicht nur ich, sondern in einer Beilage zu dem Stück sagt es das Sozialamt. Ich zitiere: „Für das Budgetjahr 2024 wurde für den Pflichtleistungsbereich nach StPHG aufgrund von

magistratsinternen Vorgaben lediglich ein Betrag von € 127.000.000,00 bewilligt“, obwohl - und das steht schwarz auf weiß im Stück - seitens der Abteilung ein deutlich höherer Budgetvoranschlag eingemeldet wurde. Also das heißt, das Fachamt hat gesagt, dass wird teurer, und der Finanzstadtrat Manfred Eber hat gesagt, wir stellen trotzdem weniger Geld in das Budget ein. Tatsächliche Berichtigung.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Aber, wenn du zugehört hast, hat Stadtrat Manfred Eber auch gesagt, weil wir die Vorgabe vom Land so gehabt haben, aber wir werden hier wahrscheinlich nicht mehr fertig werden, deshalb kommen wir jetzt zur Abstimmung, und zuerst zum Abänderungsantrag von Frau Clubobfrau Hopper und Herrn Gemeinderat Pointner, ich glaube, Sie haben um eine getrennte Abstimmung ersucht.

Gemeinderat **Pointner**:

Ja bitte.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Ich war ja zu diesem Zeitpunkt nicht da. Dann kommen wir zum Abänderungsantrag von der Frau Clubobfrau. Ich darf ersuchen, wer dafür ist, um ein Handzeichen mit der Hand.

Zwischenruf:

Getrennte Abstimmung.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Genau, pardon, Abänderungsantrag zum Punkt 1. Ich hoffe, Sie haben den Text oder wissen, um was es geht. Punkt 1 - wer ist dafür? Gegenprobe, der Punkt 1 ist abgelehnt, mehrheitlich.

Wir kommen zum Punkt 2. Wer ist da dafür? Gegenprobe, der Punkt ist auch mehrheitlich abgelehnt.

Und der Punkt 3 im Antrag, wer ist da dafür? Ist auch mehrheitlich abgelehnt.

Punkt 1 des Abänderungsantrages mehrheitlich abgelehnt (gegen ÖVP, KFG, FPÖ).

Punkt 2 des Abänderungsantrages mehrheitlich abgelehnt (gegen ÖVP).

Punkt 3 des Abänderungsantrages mehrheitlich abgelehnt (gegen ÖVP, NEOS).

Wir kommen zum Stück selbst und dem Antrag dabei, wer dafür ist, bitte um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe ist gegen die Stimmen der ÖVP, Gemeinderat Wagner und den NEOS so angenommen.

Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen (gegen ÖVP, NEOS, FPÖ).

Ich muss Sie zuerst fragen: Wir haben jetzt 16.20 Uhr. Wir haben noch vier Tagesordnungspunkte. Wären Sie einverstanden, dass wir die fertig machen und dann zu den Dringlichen gehen? Danke, ich sehe das als Zustimmung und darf gleich bitten, die Frau Gemeinderätin Lässer um den Tagesordnungspunkt 14.

**8.17 Stk.14) A13-30691/2014/55
A8-115740/2023-34**

Bezirkssportplatz Kirchnerkaserne

(Berichterstatterin: GRⁱⁿ Lässer, KPÖ)

Gemeinderätin **Lässer:**

Geschätzte Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, ich fasse mich kurz. Im vorliegenden Stück geht es um die Projektgenehmigung des Bezirkssportplatzes Kirchnerkaserne. Es geht dabei um einen Betrag von € 993.000,00 und um eine Fläche von etwa 9.300 Quadratmetern. Bei der Planung wurde besonders auf die Bedürfnisse von Mädchen eingegangen, welche im Vorfeld durch einen Beteiligungsprozess gemeinsam mit dem Sportamt und der Abteilung für Grünraum und Gewässer erhoben worden sind. Die Kosten verteilen sich wie folgt: Aus dem Jahr 2024 sind es € 100.000,00, aus dem Jahr 2025 € 833.000,00. Vom Land Steiermark wird eine Bedarfszuweisung in Höhe von € 120.000,00 in Aussicht gestellt, womit sich der Finanzmittelbedarf der Stadt Graz auf € 813.000,00 beläuft. Ich darf daher folgenden

Antrag

stellen: Der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Der Projektgenehmigung Bezirkssportplatz Kirchnerkaserne in Höhe von € 993.000,00 wird zugestimmt. Die Mittel verteilen sich wie folgt: Aus dem Jahr 2024 € 100.000,00, aus dem Jahr 2025 € 833.000,00.
2. Der Budget-Vorsorge in Höhe von € 100.000,00 wird zugestimmt. Die Budgetmittel in Höhe von € 833.000,00 für das Jahr 2025 werden in SAP auf die Ihnen vorliegenden Budgetstrukturplan-Kombination zur Verfügung gestellt. Die Bedeckung in Höhe von € 100.000,00 für 2024 und € 713.000,00 für 2025 erfolgt durch eine Umschichtung aus dem Investitionsfond. Der aktuelle Stand über Höhe und bisherige Verwendung des Investitionsfonds geht aus der Ausschussinformation für den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Immobilien hervor.

Ich bitte um breite Annahme.

Originaltext des Antrages:

Der Ausschuss für Bildung, Sport, Jugend und Familie und der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Immobilien stellen daher gemäß §93 Abs. 1 und § 95 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.130/1967 in der Fassung LGBl. Nr 77/2024 den

Antrag

Der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Der Projektgenehmigung „Bezirkssportplatz Kirchnerkaserne“ in Höhe von € 933.000,- wird zugestimmt. Die Mittel verteilen sich wie folgt:

Jahr	Betrag
2024	100.000,-
2025	833.000,-
Summe	933.000,-

2. Der Budgetvorsorge in Höhe von € 100.000,- wird zugestimmt.

Der Finanzierungs- und Ergebnishaushalt 2024 werden wie folgt geändert:

Finanzstelle	Fonds	Finanzposition	Haushaltsprogramm	Beschreibung des HHP/der Fipos	Deckungsring	FVA 2024	EVA 2024
270	269000	1.050000	1.2703090	Bezirkssportplatz Kirchnerkaserne / Sonderanlagen	D.270309	+ 100.000	
180	269000	2.346000		Investitionsdarlehen		+ 100.000	

Die Budestmittel iHv. € 833.000,00 für das Jahr 2025 werden in SAP auf folgender Budgetstrukturplan-Kombination zur Verfügung gestellt:

öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 19.09.2024

Fonds: 259000 / Sachkonto: 1.050000 / D.270309 / HHP 12703090 „Bezirkssportplatz Kirchnerkaserne“

Zusätzlich wird die Bedarfszuweisung vom Land Steiermark iHv. € 120.000 für das Jahr 2025 in SAP auf folgender Budgetstrukturplan-Kombination berücksichtigt: Fonds: 930000 / Sachkonto: 2.861000 / HHP 42703090 „Bezirkssportplatz Kirchnerkaserne“

Die Bedeckung in Höhe von €100.000,- für 2024 und € 713.000,- für 2025 erfolgt durch eine Umschichtung aus dem Investitionsfonds. Der aktuelle Stand über Höhe und bisherige Verwendung des Investitionsfonds geht aus der Ausschussinformation für den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Immobilien hervor.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke vielmals. Gibt es Wortmeldungen zu dem Stück? Herr Gemeinderat Alic bitte.

Gemeinderat **Alic**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, geschätzter Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich hoffe, mir ist vorgekommen, die Mikrofone sind heute ein bisschen lauter gedreht, Sascha korrigiere mich aus, und meine Kinder kennen mich nur als ruhigen Menschen, und ich darf da anmerken und meine Freude zum Ausdruck bringen, das ist ein wunderbares Stück, nicht nur vom Sportamtsleiter mit einer Leidenschaft vorgetragen im Ausschuss, sondern tatsächlich, wenn ich das vergleiche mit meiner Kindheit, wir haben eine Menge Platz gehabt zum Blödsinn machen, auch zum Kicken auf der Pfarrerwiese. Wir haben die Gstätten hinter dem Haus gehabt und den Murfelderplatz. Das gibt es jetzt so nicht mehr, deswegen sind solche Sachen, solche, wie soll ich sagen, Stücke, die man einbringt, solche Sportanlagen, gerade in einem verbauten Gebiet wie Jakomini, unheimlich wichtig, dass die Kinder etwas zum Spielen haben. Viele Sportarten, die da angeboten werden, kann ich zwar aussprechen, wenn ich es herunterlese, aber nicht ausführen, also Slackline. Entschuldige. Ich habe, wie ihr

es auf den Plakaten habt, liebe ÖVP, über den Sommer meine Mitte gestärkt und bin froh, wenn ich über die Straßen komme. Also, Slackline ist nichts für mich. Ich kann am Tischtennistisch ein Rundgangerl machen. Derlei Dinge, wie auch immer, Sportanlagen sind ja nicht für Leute wie mich gemacht, vielleicht auch, aber nicht ausschließlich. Letztendlich bleibt mir auf jeden Fall zu sagen, auch wenn das, wie soll ich sagen, du kriegst so ein Stück, gibst deinen Senf dazu und sagst, wie klasse das ist, aber da steckt immer ein Haufen Arbeit dahinter und das ist das, was man hier jedes Mal würdigen sollte und auch aussprechen. Wissen tun wir es eh, aber es gehört viel öfter gesagt. Deswegen möchte ich mich bei allen vom Sportamt bedanken, die hier die Arbeit gemacht haben und das Stück dann so ausgearbeitet und hergelegt haben. Ich freue mich, das auch mitbeschließen zu dürfen. Und auch wenn es nicht ums Geld geht, wo ich mich wirklich nicht auskenne, sind da doch einige Sachen, die man sich sparen kann. Deswegen möchte ich auch das zum Anlass nehmen, zu erwähnen, was mir wirklich leid tut ist, dass dann in der Zeitung drinnen steht und von dir, lieber Kurt, behauptet wird, dass die Koalition, was Sportdinge betrifft, auf der Bremse steht. Das stimmt einfach nicht. Es sind nämlich auch Beispiele angeführt, warum es jetzt nicht da ist, im Gemeinderat, seinen Grund hat. Das ist einerseits die Luftgeschichte. Warum auch immer, also das Stück ist noch nicht über den Stadtrechnungshof gegangen und deswegen ist es nicht da, nicht weil es wir nicht wollen, ganz im Gegenteil, das ist eine gute Sache.

Dann die Geschichte, ich weiß nicht, wie so eine Anlage heißt, wo man Skateboard fährt. Ich bin kein cooler Skater, ich habe das auch nie behauptet, aber da gibt es ein Pendant und wirklich ein Schmuckkasterl, was in Reininghaus dann sein wird.

Deswegen wird man, ob der explodierenden Baukosten für das, was das Grünanger dann kosten wird, sich mit Greb noch zusammensetzen und das ausarbeiten, was man vielleicht dann schenken kann, was man nicht braucht, dass man das trotzdem machen kann. Aber auch da, keine Absicht, kein böser Wille, dass man das bremst oder irgendwas, das ist einfach nicht richtig, Kurt.

Was haben wir noch? Es war genau der Postplatz, der ist auch namentlich erwähnt in der Zeitung. Auch das stimmt nicht, weil da unten ist die Post, die ASVÖ, und die

müssen Sie noch einigen. Da gibt es offensichtlich noch rechtliche Dinge zu klären, auch mit der Schießanlage und derlei Dinge. Das weiß ich nicht, ich war beim Gespräch nicht dabei, aber Kurt, du warst dabei und deswegen finde ich es einfach gelinde gesagt, nicht in Ordnung, wenn du dann öffentlich behauptest, dass wir da auf der Bremse stehen. Das stimmt nicht und du bist ein Profi, du hättest das nicht notwendig. Du bist wirklich durch und durch ein Politprofi. Sicher, die Konstrukteure der Titanic waren auch Profis, aber das ist wieder eine andere Geschichte. Und wirklich, es tut mir dann leid, dass so ein schönes Stück, wo du dich wirklich herausstellen kannst und sagen kannst, "Hey, zeigt alle auf, das ist etwas Feines für die Stadt, das haben wir gemeinsam gemacht, gemeinsam mit den Beamten." Dass du dich hier herausstellen musst und dann dich über derlei Dinge ärgern musst, das tut mir leid. Deswegen habe ich es richtiggestellt. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit. Laut bin ich nicht geworden, danke.

Stadtrat **Hohensinner**:

Lieber Herr Kollege, weil du mich gerade direkt angesprochen hast, ich möchte mich auch beim Sportamt in aller Form bedanken. Thomas Rajakovics und sein Team, die machen eine erstklassige Arbeit und würden halt gerne mehr machen. Und natürlich, es passiert etwas, aber es passiert aus meiner Sicht viel zu wenig. Zugegeben, wenn man jetzt minimalistische Schritte macht im Sport, obwohl es größere Schritte bräuchte, dann ist meine Freude einfach verhalten. Und ich weiß einfach, was in den letzten zehn Jahren im Sport weitergegangen ist. Also da haben wir die Sportinfrastruktur, ihr habt auch immer mitgestimmt, um ca. € 150 Millionen ausgebaut. Nicht alleine, sondern immer mit der Unterstützung von Bund und Land. Und wir haben auch, und das ist das Wichtige, weil Infrastruktur alleine bringt uns nicht wirklich ganz nach vorne. Das ist zwar klasse, wenn man Bezirkssportplätze hat, aber wir brauchen auch die vielen Vereine in Graz. Wir haben über 100 Sportvereine, die auf unsere Kinder schauen und die sind so wichtig. Für die Vereine haben wir, vor ungefähr vier Jahren, haben wir einen großen Schritt zusammengebracht. Wir haben

das Sportbudget von € 3 Millionen auf € 5 Millionen aufgestockt, also das ist wichtig, weil gerade der Sport nicht zu kurz kommen darf.

Und jetzt wissen wir auch, dass die Teuerung ziemlich allen Bereichen zusetzt, auch dem Sportbereich. Die vielen Vereine, du setzt dich auch für den Fußball ein, die Kinder müssen mit Bussen von Spiel zu Spiel gebracht werden, die Hallenmieten steigen und wenn wir dann eine Budgetentwicklung haben, dass wir in den letzten beiden Jahren, also letztes Jahr und heuer keine zusätzlichen Mittel bekommen haben, obwohl die Inflation ungefähr jedes Jahr mit 7 % zugeschlagen hat, dann haben wir jetzt in den aktuellen Jahren minus 14 % gemacht und der Manfred Eber hat mir in einem Gespräch erklärt, dass wir kommendes Jahr auch im Sport noch einmal zusammenbeißen müssen und weitere 14 % weniger haben. Das sind 28 % weniger Sportbudget. Jetzt haben wir übergestiegene Kosten, und das heißt einfach auf die Kinder und Jugendlichen umgemünzt, dass die Vereine mit dem gleichen Geld nicht mehr gleich viele Kinder begleiten können. Das ist einfach so, und ich werde nicht müde werden, mich für den Sport einzusetzen, für den Sport zu kämpfen, weil gerade Sport gibt unseren Kindern so viel, Sport ist integrativ, Sport ist sozial, Sport ist inklusiv. Also, das bringt unsere Kinder weiter. Ich kriege das selber gerade mit, mein Bub ist beim Fußballverein, und da sollten wir einfach schauen, dass alle Kinder von dem breiten Sportangebot in Graz profitieren. Und nein, ich habe nicht gesagt, es ist nichts weitergegangen. Wir haben auch ein Reininghaus mit dem Schulsportplatz, und Judith Schwentner hat einen Pumptrack mit mir umgesetzt. Ein bisschen was ist weitergegangen, aber es ist zu wenig für die zweitgrößte Stadt Österreichs. Das ist zu wenig und zu langsam, und ich werde jetzt nicht laut werden, aber ich werde weiter eintreten für die Sportstadt Graz. Und das ist leider zu wenig, was hier bereitgestellt wird.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Wenn es keine weiteren Wortmeldungen gibt, dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer ist für dieses Stück? Gegenprobe, somit ist der Bezirkssportplatz in der Kirchnerkaserne einstimmig angenommen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 17. Herr Gemeinderat Deveci oder Herr Hackenberger, wer berichtet? Herr Gemeinderat Hackenberger, bitte.

Ich habe beide nämlich hier stehen, deshalb habe ich gefragt.

**8.18 Stk.17) WG-039853/2016/0086
A8 115740/2023-46**

Neubau Adlergasse

(Berichterstatter: GR Hackenberger, Grüne)

Gemeinderat **Hackenberger**:

Liebe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauer. Wir sprechen hier über die Erhöhung der Projektgenehmigung für den Neubau einer städtischen Wohnanlage in der Adlergasse 39, die deswegen notwendig geworden ist, weil das Projekt ursprünglich, es handelt sich um 20 Wohnungen, Neubau, ursprünglich im Jahr 2017 auf Schiene gebracht und geplant wurde und inzwischen halt sieben Jahre vergangen sind und sich die Baupreise, das ist der wesentliche Gesichtspunkt bei der Angelegenheit, wesentlich erhöht haben. € 2.050.000,00 hat man ursprünglich geschätzt, € 3.450.000,00 jeweils Netto sind es nunmehr geworden. Der Löwenanteil geht, wie gesagt, auf die Baukostenerhöhungen zurück. Daneben ergab sich noch die Notwendigkeit, die Außenanlagen komplett zu erneuern und Einfriedungen zu

erhöhen. Letzteres als Folge der Bauverhandlung und des Baubescheides. Wo kommt das Geld her? Von einem Sparbuch, was heute schon Gegenstand der Auseinandersetzung war. Entnahme aus Sparbüchern des Sozialamtes, nämlich € 3.000.000,00, sowie des Amtes für Wohnungsangelegenheiten € 450.000,00, beide im Ressort von Frau Bürgermeisterin Elke Kahr. Ich stelle daher namens des Verwaltungsausschusses Wohnen Graz und des Ausschusses für Finanzen, Beteiligung und Immobilien, den

Antrag

der Gemeinderat wolle beschließen: Erhöhung der Projektgenehmigung vom 21.09.2017 um € 1.400.000,00 auf € 3.450.000,00 und entsprechende Einordnung im Wirtschaftsjahr 2025, wo die Zahlung schlagend wird, um entsprechend diese € 1.400.000,00.

Ich bitte um Annahme dieses Stücks.

Originaltext des Antrages:

Gemäß § 5 Abs. 2 des Betriebsstatutes Eigenbetrieb Wohnen Graz stellt der Verwaltungsausschuss WOHNEN GRAZ sowie der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Immobilien gemäß § 95 Statut der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 idF LGBl 77/2024 den

Antrag

der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1. Die Erhöhung der Projektgenehmigung vom 21.09.2017 (WG-039853/2016/0010) um € 1.400.000,- auf gesamt € 3.450.000,-.*
- 2. Für das Wirtschaftsjahr 2025 wird die Investitionskennzahl des Eigenbetriebes Wohnen Graz im Teilinvestitionsbereich „Neubau“ um € 1.400.000,- (Investitionskennzahl des Eigenbetriebes Wohnen Graz auf Basis der aktuell gültigen Mittelfristplanung für 2025 somit insgesamt auf € 11.413.000,-) erhöht.*

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke schön. Gibt es Wortmeldungen dazu? Frau Gemeinderätin Kreiner.

Gemeinderätin **Kreiner**:

Sehr geehrte Gemeinderatskolleginnen und -kollegen, sehr geehrte Zuseher, sehr geehrte Stadtregierung. Herzliche Gratulation dem Eigenbetrieb Wohnen zu diesem tollen Projekt, aber leider auch kein Grund zum Feiern. Durch geringe Mieteinnahmen, wie wir schon gehört haben heute, ist dem Eigenbetrieb Wohnen Graz eben das nicht möglich, Kreditzinsen zu finanzieren. Bei dieser Finanzierung aus dem Sparbuch des Sozialamtes mit € 3.000.000,00 und den € 450.000,00 aus dem Sparbuch für Wohnungsangelegenheiten in der Zuständigkeit von der Frau Bürgermeisterin, das ist der beste Beweis für diese wirtschaftliche Schieflage im Eigenbetrieb Wohnen Graz. Das sollte uns zu denken geben. Zum Jahresverlust vielleicht: 2022 waren das Minus € 4.200.000,00, 2023 waren es dann schon € 7.900.000,00 und die Eigenkapitalquote ist auch noch einmal, also wird jetzt auch bis 2028 voraussichtlich auf 16 % zurückgehen, lag sie doch 2021 noch bei 44 %. Also vielleicht auch einmal darüber nachdenken und, ja, danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke, liebe Frau Gemeinderätin. Was den Ausbau des kommunalen Wohnbaus betrifft und das wir hier weiterkommen, denken wir seit über 20 Jahren nicht nur nach, sondern versuchen unter schwierigen Bedingungen auch Fakten zu setzen. Das fängt vom Grundstückserwerb an, bis hin auch im Wissen, dass bei Übertragungswohnbauten durch eine Förderpolitik, die in den vergangenen Jahrzehnten nicht immer günstig war. Sie ist jetzt, Gott sei Dank, im Land erkannt worden, dass das falsch war und Gott sei Dank gibt es das ab jetzt nicht mehr. Aber noch einmal, wir haben da keinen Einfluss. Wir werden heute noch zu einem Dringlichkeitsantrag kommen von den NEOS, der eigentlich einfach unsinnig ist,

nämlich in bestehende Mietverträge einzugreifen und ständige Einkommensüberprüfungen zu machen. Das geht eigentlich rechtlich überhaupt nicht, bei über 6.000 Übertragungswohnbauten nicht und würde ja permanente Einkommenskontrollen brauchen. Aber wichtig ist zu wissen, dass eben ein Teil dieser Übertragungswohnbauten durch ansteigende Annuitätenrückzahlungen die Mieten so hoch sind, dass wir diese Mitzinszahlung haben. Gott sei Dank haben wir die 2007 eingeführt, ansonsten könnten in einen Teil dieser Übertragungswohnbauten viele Familien auch durch die steigenden Zinseszinsen sich die Wohnkosten nicht leisten. Der Eigenbetrieb, der ja ein Wunsch mehrheitlich war, hier im Gemeinderat, dass wir den so angehen, muss man immer sagen, ist ein hundertprozentiger Betrieb der Stadt Graz. Wir haben hier einen sozialpolitischen Auftrag zu erfüllen. Das heißt, wenn es zu einer Schieflage kommen sollte, ist es auch selbstverständlich aus meiner Sicht, dass wir diesen Ausgleich aus den Budgetmitteln der Stadt Graz genauso wie bei der GGZ schaffen. Das sind unsere Einrichtungen und das ist eine Pflichtleistung, die dazu gehört. Wir müssen hier schauen, dass wir bei steigenden Lebenskosten der Grazer Bevölkerung darauf achten, die Mieten zumindest zu bremsen. Das ist ja wohl ein Gebot der Stunde und ich denke, das teilen Sie ja genauso.

Weitere Wortmeldungen bitte. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist für diesen Tagesordnungspunkt? Gegenprobe, war das eine Gegenstimme, Herr Gemeinderat Winter? Dann gegen eine Stimme, wenn ich das jetzt so richtig sehe, von der KFG.

Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen (gegen KFG).

Dann Tagesordnungspunkt 19, Berichterstatter ebenfalls, Herr Gemeinderat Hackenberger.

8.19 Stk.19) A8-115740/2023-49

Photovoltaik Masterplan Haus Graz

(Berichterstatter: GR Hackenberger, Grüne)

Gemeinderat **Hackenberger**:

Ja, ich darf gleich fortsetzen, das nächste Stück ist ein durchaus erfreuliches Stück. Es ist nämlich das erste Umsetzungspaket für den Masterplan Photovoltaik. Wenn wir uns erinnern, es wurde im Februar dieses Jahres der Grundsatzbeschluss über den Photovoltaik-Masterplan gefasst, der letztendlich dazu führen soll, dass die Stadt Graz ihren Strombedarf zu etwa 50 % aus eigenen noch zu erschließenden Quellen beziehen kann, über Photovoltaik. Der erste Schritt in dieser Sache ist dadurch oder wird dadurch getan, dass drei Anlagen auf den Dächern des GGZ in der Albert-Schweitzer-Gasse 36 errichtet werden, die uns immerhin 106 Kilowatt Peak Eigenstrom bescheren. Auf Dächern ist es bekanntlich am unproblematischsten und am ökologischsten, es schädigt nicht, es wird keine unversiegelte Fläche in Anspruch genommen, ist also durchaus ein Leuchtprojekt. Die Kosten dafür betragen € 324.000,00, wovon € 200.000,00 noch in diesem Jahr und € 114.000,00 im nächsten Jahr ausgegeben werden. Die Finanzierung, Bedeckung erfolgt durch Umschichtung aus dem Investitionsfonds für transformative Vorhaben. Ich stelle daher namens des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Immobilien den

Antrag

auf Genehmigung des Projekts, für das Vorhaben in Höhe von € 324.000,00 im ICF der Abteilung für Immobilien, und bitte um Annahme. Danke.

Originaltext des Antrages:

Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Immobilien stellt daher gemäß § 93 Abs. 1 bzw. § 95 Statut der Landeshauptstadt Graz, LGBl.1.130/1967 idF LGBl. 77/2024 den

Antrag

der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Die Projektgenehmigung für das Vorhaben in Höhe von insgesamt € 314.000,- im ICF der Abteilung für Immobilien wird wie folgt erteilt:

Jahr	Betrag
2024	200.000,--
2025	114.000,--
Summe	314.000,--

2. Der Budgetvorsorge über € 200.000, -- für das Jahr 2024 wird zugestimmt.

Der Finanzierungs- und Ergebnishaushalt 2024 werden wie folgt geändert:

Finanzstelle	Fonds	Finanzposition	Haushaltsprogramm	Beschreibung des HHP/der Fipos	Deckungsring	FVA 2024	EVA 2024
210	859000	1.050000	12103410	GGZ Photovoltaik / Sonderanlagen	D.210341	+200.000	
180	859000	2.346000		Investitionsdarlehen		+200.000	

Die Budgetmittel iHv. € 114.000, -- für das Jahr 2025 werden in SAP auf folgender Budgetstrukturplan-Kombination der Abteilung für Immobilien zur Verfügung gestellt:

Fonds: 859000 / Sachkonto: 1.050000 / D.210341 / HHP 12103410 „GGZ Photovoltaik“

Die Bedeckung in Höhe von € 200.000, -- für 2024 und € 114.000, -- für 2025 erfolgt durch eine Umschichtung aus dem Investitionsfonds für transformative Vorhaben. Der aktuelle Stand über Höhe und bisherige Verwendung des Investitionsfonds für transformative Vorhaben geht aus der Ausschussinformation für den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Immobilien hervor.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke. Gibt es Wortmeldungen dazu? Wenn das nicht der Fall ist, dann darf ich um die Abstimmung bitten. Wer ist dafür? Gegenprobe, das Stück ist somit einstimmig angenommen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Wir kommen zum letzten Tagesordnungspunkt in der Öffentlichen. Vielen Dank, Herr Gemeinderat Sikora übernimmt die Berichterstattung, da Herr Gemeinderat Ammerer sich entschuldigen lässt, weil er erkrankt ist.

8.20 Stk.20) KFA-80444/2019/0018

Novellierung der KFA Satzung

(Berichterstatter: GR Ammerer, Grüne)

Gemeinderat **Sikora**:

Werte Kolleginnen und Kollegen des Grazer Gemeinderats, werte Stadtregierung. Erfreuliche Nachricht: Das Stück ist das letzte Stück der öffentlichen Tagesordnung, bevor wir zu den Dringlichen Anträgen übergehen. Nicht umso weniger wichtig, dass es wäre, das Stück einzubringen. Es geht hier um die Novellierung der KFA-Satzung. Ich möchte nur ganz kurz replizieren: Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung vom 25.04.2024 für die KFA ein Paket zur Wiederherstellung eines ausgeglichenen Haushalts beschlossen. Ein wesentlicher Bestandteil dieses Sanierungspakets ist die Anhebung der laufenden Dienstgeberbeiträge von bisher 3,2 % auf 3,5 %, also insgesamt 3,9 % inklusive der Beiträge für die erweiterte Heilbehandlung. Um diese Erhöhung umsetzen zu können, bedarf es einer entsprechenden Novellierung, die wir jetzt vorliegen haben, in der Geltung stehenden Dienst- und Gehaltsordnung der

Beamten der Landeshauptstadt Graz. Der diesbezügliche Änderungsantrag der Dienstordnung wurde nach Beschlussfassung im Gemeinderat dem Amt der Steiermärkischen Landesregierung bzw. dem Landtag zur Beschlussfassung vorgelegt und dies hat in der Sitzung vom 14. Mai 2024 diesen beschlossen. Die Kundmachung erfolgte am 08. Juli 2024, somit konnte die Novellierung der Dienst- und Gehaltsordnung der Beamten der Landeshauptstadt Graz mit 09. Juli in Kraft treten. Damit sich die Erhöhung der Beiträge auch für die KFA wirksam entfalten kann, bedarf es nunmehr auch einer Anpassung der KFA-Satzung § 23, laufende Beiträge. Ganz kurz noch, weiters wurde mit Landtagsbeschluss vom 14. Mai 2024 des Statuts der Landeshauptstadt Graz dieses dahingehend geändert, dass nunmehr der Rechtszug in landesgesetzlich geregelten Dienstrechtsverfahren direkt von der ersten Instanz - das haben wir heute eh schon einmal gehört - an das Landesverwaltungsgericht gerichtet ist. Der Ausschuss der KFA stellt daher den

Antrag,

der Gemeinderat wolle gemäß § 37 der Dienst- und Gehaltsordnung der Beamten der Landeshauptstadt Graz in der vorliegenden Fassung beschließen. Den beiliegenden und einen integrierenden Bestandteil dieses Berichtes bildenden Änderungen der KFA-Satzung wird zugestimmt, daher bitte ich um Annahme. Danke.

Originaltext des Antrages:

Der Ausschuss der KFA stellt daher den

Antrag

der Gemeinderat wolle gemäß § 37 Abs. 4 der Dienst- und Gehaltsordnung der Beamten der Landeshauptstadt Graz 1956, LGBl 30/1957, in der Fassung LGBl Nr. 75/2024 und des § 21a des Grazer Gemeindevertragsbedienstetengesetzes 1974, LGBl Nr.30/1974, in der Fassung LGBl Nr. 103/2023 beschließen:

Den beiliegenden und einen integrierenden Bestandteil dieses Berichtes bildenden Änderungen der KFA-Satzung wird zugestimmt.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke. Gibt es Wortmeldungen dazu? Wenn das nicht der Fall ist, wer ist dafür?

Gegenprobe, das Stück ist einstimmig angenommen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Ende der öffentlichen Tagesordnung: 16.47 Uhr.